

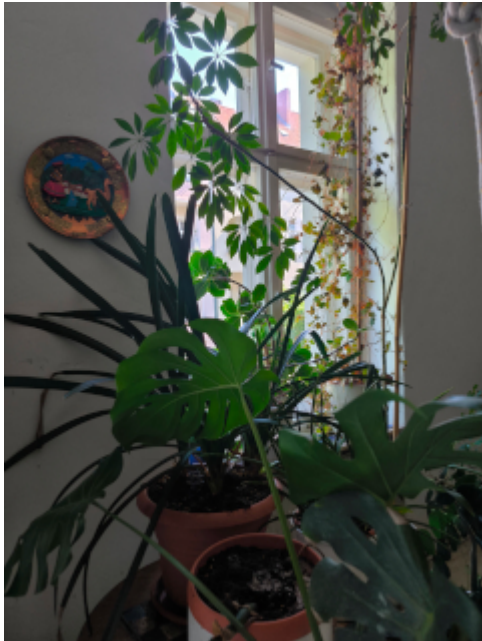
Frontberichte, Pflanzen und das eigene Reden über den Sachverhalt



[Strahlenaralie](#) (*Schefflera arboricola*), aka Zwerg-Schefflera. Eine schwierige Pflanze – hier ein selbst gezüchteter Ableger der [Mutterpflanze](#), die mehr als zweieinhalb Meter hoch ist. Letztere verlor im letzten Jahr plötzlich sehr viele Blätter, weil ich [zu spät bemerkt hatte](#), dass sie voller Schildläuse war, welselbige ich in einem chemischen Vernichtungskrieg ~~bis zum letzten Mann~~ ausrottete.

Ich wollte eigentlich ~~bei Kaiserwetter~~ heute auf's Boot und die Havel, da es ~~das Klima~~ vermutlich der letzte richtig warme Tag im Jahr sein wird. Aber erstens bin ich viel zu spät aufgewacht, weil heute der letzte von vier freien Tagen ist, an dem ich ausschlafen kann. Ab morgen wieder vier Mal hintereinander um vier Uhr aufstehen und dann 12 Stunden Lohnschinderei. Und zweitens habe ich noch so viel vor und zu tun, dass ich vermeiden möchte, heute Abend hektisch herumzurödeln, um dann nur ein paar Stunden Schlaf übrig zu haben.

Ich denke also an [Heinrich von Kleist](#): Über die allmähliche Verfertigung der Gedanken beim Reden: Es sei wichtig, dass dem Gegenüber die Materie bekannt ist. Der ausschlaggebende Punkt sei vielmehr das ~~eigene Reden~~ Bloggen über den Sachverhalt. Mit dieser Methode könne man sich selbst am besten belehren: Die Idee kommt beim ~~Sprechen~~ Schreiben. Wohlan.



[Köstliches Fensterblatt \(Monstera deliciosa\)](#) (links). Die Pflanze wurde mir, als sie erst zwei Blätter hatte, von einer scheidenden Untermieterin geschenkt und hat sich prächtig entwickelt. Die Luftwurzeln sehen zwar hässlich aus, und die Blätter stehen kreuz und quer und sperrig herum, aber Burks gefällt das. Der [Drachenbaum](#) (rechts), der [auf meinem Schreibtisch](#) stand, ist mittlerweile riesig – er musste jetzt hinunter in einer ultraschweren Tontopf, damit er nicht in Gefahr gerät umzukippen, wenn er wieder Zweige, die fast größer sind als der Baum selbst, in Richtung Sonne wachsen lässt. Er mag aber keine Zugluft, und ich muss mir überlegen, ob er verträgt, dass die Balkontür sehr oft offen steht.

Armageddon-Front

Während meines Frühstücks spülten mir die Algorithmen tonnenweise [Katastrophen](#)-Filmchen zur Unterhaltung in meine Feeds. Beim Bildervergleich assoziierte ich [Tsunami](#), aber mit höheren Bergen, oder [Kerala](#). Textbausteine: „Heftige Unwetter“ (das Klima!), „völlig unerwartet“ (das Klima!).

Nein, nichts ist „unerwartet“, mit oder ohne Klima. [Das war schon immer so](#), mit oder ohne Menschen, mehr oder weniger heftig. Erinnert sich noch jemand an den [Flimser Bergsturz](#)?

Ostfront

„Während Russland Luhansk nahezu vollständig erobert hat, kontrolliert die Ukraine noch knapp ein Fünftel der Oblast Donezk – gut 5000 Quadratkilometer. Das entspricht etwa der fünffachen Fläche Berlins. Sehr wahrscheinlich geht es nicht mehr um die Frage, ob Putins Armee die verbliebenen Gebiete im Donbass erobern wird, sondern wann,“ schreibt [die bürgerliche Presse](#).

Oh, es geht nicht mehr um den Endsieg der Ukraine? ~~„Die Eskalation nimmt immer mehr zu“, [beobachtet Oberst Markus Reisner](#)...~~“~~Es gibt unterschiedliche Erklärungsmodelle.“~~



„Das ist sehr wahrscheinlich eine [Birkenfeige](#) (*Ficus benjamina*), auch Benjamini genannt. Dafür sprechen auf deinem Foto die typischen Merkmale: die zahlreichen kleinen, glänzenden, ovalen und vorne zugespitzten Blätter sowie die dünnen, verholzten und stark verzweigten Triebe. Die Pflanze sieht insgesamt gesund und kräftig aus. Einige hellgrüne Blätter sind einfach jüngerer Austrieb. Der Standort direkt am hellen Fenster scheint ihr zu gefallen.“ Die Benjamini ist meine heimliche Lieblingspflanze, die wie fast alle anderen auch, eine Geschichte hat: Ich habe sie aus dem Büro des Konzerns, in dem ich ein paar Jahre gearbeitet habe, gerettet, nachdem dort Security nicht mehr gebraucht wurde. Sie hatte nur noch ein (!) Blatt. Vielleicht ist sie mir dankbar.

Naher-Osten-Front

Israels wachsender Bedarf an ausländischen Arbeitskräften verschärft die Wohnungskrise.

Seit dem 7. Oktober 2023 hat Israel die meisten „palästinensischen Arbeitskräfte“ durch ausländische Beschäftigte ersetzt. Ihre Zahl liegt inzwischen bei 250.000 – so hoch wie nie zuvor. Die von der Regierung festgelegte Obergrenze beträgt 330.000. [In der Kantine des [Kibbutz Jan Mordechai](#), wo ich im Oktober 2025 war, arbeiteten Asiaten – ich glaube, waren Filipinos.]

Aufsichtsbehörden berichten von überbelegten Wohnungen und menschenunwürdigen Zuständen. Teilweise leben 12 bis 15 Menschen in einer Wohnung und müssen sich zwei Badezimmer teilen. Die staatlichen Pläne zur Unterbringung der Arbeitskräfte bestehen bislang größtenteils nur auf dem Papier – während die Wahlen näher rücken.

Ach. Ach was.

Die [Jerusalem Post](#) ist immer noch interessanter als alle deutsche Medien zusammen. Just saying.

Ich sage übrigens nur: [Fauda](#)!

Und Netanjahu [sollte man auch nicht abschreiben](#).

Die Schuldenmaschine

Ce qu'il y a de certain, c'est que moi, je ne suis pas marxiste.“ („Wenn es etwas Gewisses gibt, so ist es, dass ich kein Marxist bin.“) ([Karl Marx](#), MEW 35, S. 388)

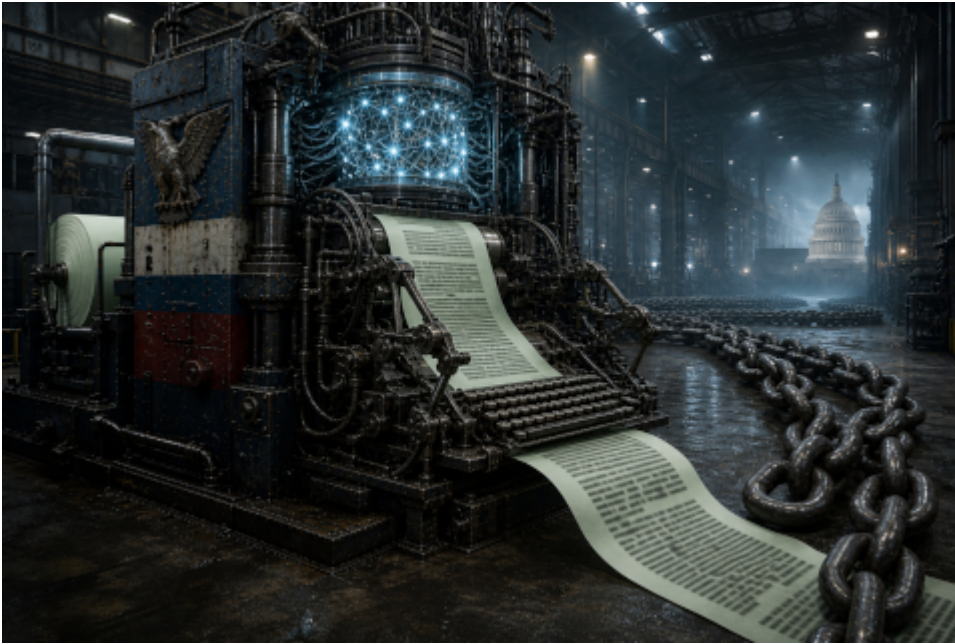


Der Befehl an ChatGPT lautete: „Schreibe einen journalistischen Artikel aus marxistischer Sicht über die gegenwärtige Entwicklung der Staatsschulden der USA und wie sich das entwickeln wird.“

Natürlich weiß die Künstliche Intelligenz nicht, was „marxistisch“ ist – genausowenig wie Marx. Aber einen Versuch ist es wert.

Michael Linden schrieb am [10.03.2026](#) auf Golem: „Sollte künstliche Intelligenz in wenigen Jahren nahezu alle intellektuellen Tätigkeiten übernehmen können, stellt sich eine unbequeme Frage: Was bleibt dann noch für den Menschen zu tun?“

Zum Beispiel: die KI zu kritisieren, ihr zu widersprechen und deren bürokratische Sprache zu verbessern. Ich müsste aber sehr lange daran arbeiten. Das mache ich nicht, weil mir niemand das bezahlt.



Die Schuldenmaschine

Wie der amerikanische Staat seine Krise finanziert – und wer dafür bezahlen soll

Die Vereinigten Staaten steuern auf einen historischen Schuldenstand zu. Für das Haushaltsjahr 2026 erwartet das überparteiliche [Congressional Budget Office](#) (CBO) ein Defizit von rund 1,9 Billionen US-Dollar. Die von privaten Anlegern, Banken, Fonds, ausländischen Staaten und der Zentralbank gehaltenen Bundesschulden sollen zum Ende des Haushaltsjahres etwa 32,1 Billionen Dollar beziehungsweise 101 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung erreichen. Bis 2036 prognostiziert das CBO einen Anstieg auf 56 Billionen Dollar oder 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der bisherige Rekord aus dem Jahr 1946 wäre damit überschritten. Unter unveränderter Gesetzeslage könnten es 2056 bereits 175 Prozent des BIP sein. ([CBO, [Haushaltsausblick 2026–2036](#)])

In der öffentlichen Debatte erscheinen diese Zahlen meist als technisches Problem: Der Staat gebe mehr aus, als er einnehme, und müsse irgendwann „sparen“. Aus marxistischer Sicht greift diese Darstellung zu kurz. Staatsschulden sind nicht bloß das Ergebnis einer schlechten Buchführung. Sie sind Ausdruck

gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Ihnen stehen immer Forderungen gegenüber – und damit Eigentümer, die Anspruch auf Zinszahlungen aus den künftigen Staatseinnahmen erheben.

Wenn etwas „Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse“ sein soll, muss man misstrauisch werden. Das ist ein sinnfreier Textbaustein. Aber vielleicht erklärt uns die KI das jetzt?

Schulden als Klassenverhältnis

Eine Staatsanleihe verwandelt zukünftige Steuereinnahmen in einen heute handelbaren Vermögensstitel. Der Staat leiht sich Geld und garantiert dessen Rückzahlung samt Zinsen. Für Banken, Investmentfonds, Versicherungen, Unternehmen und vermögende Haushalte werden Staatsschulden dadurch zu relativ sicheren Finanzanlagen. Was auf der Passivseite des Staates als Schuld erscheint, steht auf der anderen Seite als Vermögen.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht nur: Wie hoch sind die Schulden? Sie lautet auch: Wer besitzt die Forderungen – und wer bringt die Mittel für Zins und Tilgung auf?

Das gefällt mir: Dieser Satz würde so nie in einem Wirtschaftsteil der bürgerlichen Presse stehen. Die Lohnschreiber haben einen gesunden Klasseninstinkt und vermeiden, dass das dumme Volk auf dumme Gedanken kommt dergestalt, dass die Arbeiterklasse („breite Bevölkerung“) immer bezahlt. Ich würde so einen Artikel, obzwar harmlos, auch nie irgendwo unzensiert unterbringen können.

Die Bedienung der Schulden erfolgt aus dem Staatshaushalt, also insbesondere aus Steuern. Ist das Steuersystem so gestaltet, dass Arbeitseinkommen und Massenkonsum stärker belastet werden als große Vermögen und hohe Kapitaleinkommen, findet über den Schuldendienst eine Umverteilung statt: von der breiten Bevölkerung zu den Besitzern staatlicher

Wertpapiere.

Das bedeutet nicht, dass jede Staatsverschuldung automatisch gegen die arbeitende Bevölkerung gerichtet wäre. Mit Krediten lassen sich Schulen, Krankenhäuser, öffentlicher Wohnungsbau oder der ökologische Umbau finanzieren. Entscheidend sind der Zweck der Ausgaben, die Eigentumsverhältnisse und die spätere Verteilung der Finanzierungslasten. In den USA wurden Defizite jedoch über Jahrzehnte auch durch Steuersenkungen, militärische Ausgaben, Krisenrettungen und Subventionen für private Akkumulation vergrößert.

Amerikas Zinslast wächst

Nettozinsausgaben des US-Bundes laut CBO-Prognose



Eine Billion Dollar Zinsen

Die Dynamik hat inzwischen eine neue Qualität erreicht. Für 2026 erwartet das CBO Nettozinsausgaben von mehr als einer Billion Dollar. Bis 2036 sollen sie auf rund 2,1 Billionen Dollar oder 4,6 Prozent der Wirtschaftsleistung steigen. Dann wären die Zinskosten fast so hoch wie sämtliche sogenannten diskretionären Ausgaben des Bundes – also jener Teil des Haushalts, über den der Kongress regelmäßig entscheidet. Für 2056 [prognostiziert das CBO](#) Zinsausgaben von 6,9 Prozent des BIP, mehr als jeweils für Social Security oder Medicare.

Damit entsteht eine sich selbst verstärkende Bewegung: Der Staat macht Defizite, nimmt neue Kredite auf und muss auf den

wachsenden Schuldenberg Zinsen zahlen. Ein Teil dieser Zinsen wird wiederum durch neue Schulden finanziert. Gleichzeitig werden ältere, niedrig verzinste Anleihen bei Fälligkeit durch neue Papiere ersetzt. Das CBO erwartet deshalb, dass der durchschnittliche Zinssatz auf die öffentlich gehaltenen Bundesschulden von etwa 3,4 Prozent im Jahr 2026 auf rund 3,9 Prozent gegen Ende des kommenden Jahrzehnts steigt.

Im bürgerlichen Sprachgebrauch heißt das, steigende Zinskosten würden den „finanziellen Spielraum“ des Staates einschränken. Klassenpolitisch übersetzt bedeutet es: Ein wachsender Teil des Haushalts wird vorab für die [Ansprüche von Gläubigern](#) reserviert. Der Schuldendienst erhält Vorrang vor politisch verhandelbaren Ausgaben.

Warum die USA nicht Griechenland sind

Trotzdem steht ein unmittelbarer Staatsbankrott nicht bevor. Die Vereinigten Staaten verschulden sich überwiegend in ihrer eigenen Währung.

Der Dollar ist zugleich die wichtigste Reserve-, Handels- und Finanzierungswährung der Welt. US-Staatsanleihen dienen im globalen Finanzsystem als zentrale Sicherheiten und als Aufbewahrungsmittel für überschüssiges Kapital.

[Diese Sonderstellung](#) gibt Washington erheblich mehr Spielraum als Ländern, die sich in einer fremden Währung verschulden oder von ausländischen Kreditgebern abhängig sind. Die US-Regierung kann Dollarzahlungen grundsätzlich leisten, solange das eigene politische System die Ausgabe neuer Schuldtitel erlaubt.

Die größere unmittelbare Gefahr ist daher nicht die technische Zahlungsunfähigkeit aus Geldmangel, sondern eine politisch herbeigeführte Blockade– etwa ein Konflikt um die Schuldenobergrenze.

Auch ausländische Investoren ziehen sich bislang nicht

geschlossen zurück. Im Mai 2026 verzeichnete das US-Finanzministerium sogar umfangreiche Nettokäufe langfristiger amerikanischer Wertpapiere durch ausländische Anleger. Allerdings verkauften ausländische staatliche Institutionen per saldo andere US-Anlagen, während private Investoren den Zufluss trugen. Solche Monatswerte schwanken stark; sie zeigen aber, dass von einer allgemeinen Flucht aus dem Dollar gegenwärtig keine Rede sein kann. [Quelle: [US-Finanzministerium](#)]

Der Dollar ist jedoch keine Naturgewalt. Seine Stellung beruht auf der Größe der US-Wirtschaft, der Macht ihrer Finanzmärkte, den militärischen und politischen Bündnissen des Landes und dem Fehlen einer gleichwertigen Alternative. Eine zunehmende geopolitische Fragmentierung kann diese Vorherrschaft langfristig abschwächen. Ein abrupter Zusammenbruch ist weniger wahrscheinlich als eine langsame Erosion, die höhere Zinsen und stärkere Wechselkursschwankungen zur Folge haben könnte.

Die kommende Verteilungauseinandersetzung

Die Schuldenentwicklung wird in den nächsten Jahren voraussichtlich nicht durch einen spektakulären Zusammenbruch entschieden, sondern durch politische Kämpfe um ihre gesellschaftlichen Kosten. Vier Wege sind denkbar, die sich miteinander verbinden können.

Erstens kann der Staat Einnahmen erhöhen. Dabei wäre entscheidend, ob er hohe Einkommen, Vermögen, Erbschaften und Unternehmensgewinne stärker besteuert oder die Belastung über Verbrauchsteuern und Abgaben nach unten weitergibt.

Zweitens kann die Regierung Ausgaben kürzen. Politisch werden dabei Sozialprogramme und öffentliche Dienstleistungen häufig als erstes Sparfeld dargestellt, obwohl auch Militärhaushalt, Unternehmenssubventionen und Steuervergünstigungen enorme Mittel binden. Austerität wäre keine neutrale

Haushaltsskorrektur, sondern eine Entscheidung darüber, welche Klasse auf Einkommen und Leistungen verzichten soll.

Drittens können Inflation und finanzielle Repression einen Teil der realen Schuldenlast entwerten. Bleiben die Zinsen zeitweise unter der Inflationsrate, verlieren die Forderungen der Gläubiger real an Wert. Gleichzeitig trifft Inflation Beschäftigte besonders hart, wenn ihre Löhne nicht entsprechend steigen. Auch dieser Weg führt daher zu einem Verteilungskonflikt zu einem verschärften Klassenkampf.

Viertens könnten Wirtschaftswachstum und produktive öffentliche Investitionen die Schuldenquote stabilisieren. Steigt die Wirtschaftsleistung schneller als die Schulden, sinkt deren relatives Gewicht. Doch Wachstum allein löst weder die ökologische Krise noch die Frage, wem die Ergebnisse der Produktion gehören.

Kein automatisches Ende des Kapitalismus

Eine marxistische Analyse sollte sich vor der verlockenden, aber falschen Prophezeiung hüten, der Kapitalismus werde unter seiner Schuldenlast automatisch zusammenbrechen. Hohe Staatsschulden können das System destabilisieren, sie können es aber ebenso stützen. In Krisen übernimmt der Staat private Verluste, stabilisiert Banken, garantiert Märkte und schafft sichere Anlagen für Kapitalbesitzer. Die Verschuldung ist damit zugleich Krisensymptom und Kriseninstrument.

Wahrscheinlicher als ein plötzlicher Zahlungsausfall ist deshalb folgende Entwicklung: Die Schulden und Zinsausgaben steigen weiter; Finanzmärkte verlangen zeitweise höhere Renditen; der politische Druck zu Einschnitten wächst; und die herrschenden Parteien versuchen, diese Einschnitte als alternativlose Sachzwänge darzustellen. Gleichzeitig bleibt die US-Regierung aufgrund des Dollars und der Tiefe ihrer Kapitalmärkte über längere Zeit handlungsfähig.

Das CBO [weist selbst darauf hin](#), dass seine Zahlen keine

Vorhersage im engeren Sinn sind. Sie beschreiben, was unter der Annahme weitgehend unveränderter Gesetze geschehen könnte. Rezessionen, Kriege, Finanzkrisen, Steuersenkungen oder neue Sozialprogramme können die Entwicklung erheblich verändern. Nach der gegenwärtigen Basisprojektion steigt das jährliche Defizit jedoch bis 2036 auf etwa 3,1 Billionen Dollar.

Die eigentliche Grenze der US-Staatsverschuldung ist daher nicht eine magische Schuldenquote. Sie liegt dort, wo Inflation, Zinslast, politische Instabilität und nachlassendes Vertrauen die Handlungsmöglichkeiten des Staates einengen. Wann dieser Punkt erreicht wird, lässt sich seriös nicht datieren.

Sicherer ist eine andere Prognose: Je größer die Zinslast wird, desto schärfer wird der Kampf um den Staatshaushalt.

Die politische Kernfrage der kommenden Jahre wird nicht lauten, ob die amerikanische Bevölkerung für die Schulden bezahlen muss. Sie wird lauten, welcher Teil der Bevölkerung bezahlt – durch höhere Steuern, schlechtere öffentliche Leistungen, sinkende Reallöhne oder den Verlust von Vermögen.

Genau darin zeigt sich der Klassencharakter der Schuldenfrage.

Freie Zeit



Acht von zwölf Fenstern geputzt. #manhatjaauchsonstnichtszutun

Gruß von der Nachtschicht



Theorien der Inflation (Teil IV)



„Steigende Arbeitsproduktivität wirkt grundsätzlich preissenkend. Sinkende Profitabilität bremst jedoch produktive Investitionen und damit das Produktivitätswachstum. Wird dies durch eine Ausweitung von Geld und Kredit kompensiert, entsteht Inflationsdruck.“

Ich habe [Michael Roberts' Artikel](#) über Theorien der Inflation *Part four: post pandemic inflation* übersetzen lassen und Text und Grafiken überarbeitet. Die Links sind von mir.

In diesem letzten Teil der Reihe über die Ursachen der Inflation befasste ich mich [Michael Roberts] mit dem Zeitraum seit dem Ende des pandemiebedingten Einbruchs im Jahr 2020.

Zusammenfassung

Der Artikel untersucht die Ursachen der seit dem Ende des Pandemieeinbruchs 2020 wieder deutlich gestiegenen Inflation. In den USA lag die Verbraucherpreisinflation in den 2020er Jahren bislang durchschnittlich bei 3,9 Prozent und damit mehr als doppelt so hoch wie in den 2010er Jahren. Seit Januar 2020 stiegen die Verbraucherpreise annualisiert um etwa vier Prozent; damit hat die [Fed](#) ihr Inflationsziel von zwei Prozent deutlich verfehlt.

Nach Ansicht des Autors [Michael Roberts] haben die herrschenden Inflationstheorien versagt. Zunächst wurde die Inflation als vorübergehende Folge pandemiebedingter Lieferengpässe betrachtet. Als sie anhielt, griffen Ökonomen wieder auf bekannte Erklärungen zurück: **Monetaristen** machten eine zu lockere Geldpolitik verantwortlich, **Keynesianer** Lohnsteigerungen und die [Phillips-Kurve](#), andere zu hohe Staatsausgaben oder Inflationserwartungen. Der Autor hält keine dieser Erklärungen für überzeugend. Insbesondere seien Inflationserwartungen eher Folge als Ursache steigender Preise. Selbst Ökonomen wie [Larry Summers](#) und der ehemalige Bank-of-England-Chef [Mervyn King](#) räumten **grundlegende Probleme der bisherigen Inflationstheorien** ein.

Auch heterodoxe Erklärungen, die Inflation auf steigende Unternehmensgewinne und „Preistreiberei“ durch Monopole zurückführen, hält der Autor für unzureichend. Unternehmen mit Marktmacht konnten während der Lieferengpässe 2020/21 zwar ihre Preise und Gewinne erhöhen. Als sich die Lieferketten normalisierten und der Wettbewerb zunahm, ließ sich dies jedoch nicht fortsetzen. Entscheidend sei deshalb die jeweilige Phase des Konjunkturzyklus und nicht die Existenz von Monopolen an sich. Preiskontrollen seien ebenfalls keine dauerhafte Lösung; **der Autor plädiert stattdessen für öffentliches Eigentum an großen Energie- und Lebensmittelkonzernen.**

Die tiefer liegende Ursache der Inflation sieht der Artikel in der bereits vor der Pandemie bestehenden Schwäche der

kapitalistischen Produktion: **Seit Jahrzehnten verlangsamten sich Produktivitätswachstum und produktive Investitionen.** Die großen Volkswirtschaften befanden sich schon vor COVID nahe an einem Abschwung und konnten deshalb die pandemiebedingten Angebots-, Energie- und Lebensmittelschocks schlecht verkraften.

Hier knüpft die marxistische Werttheorie der Inflation von [Guglielmo Carchedi](#), [Michael Roberts](#) und ähnlich auch [Paul Mattick Jr.](#) an. Steigende Arbeitsproduktivität wirkt grundsätzlich preissenkend. Sinkende Profitabilität bremst jedoch produktive Investitionen und damit das Produktivitätswachstum. Wird dies durch eine Ausweitung von Geld und Kredit kompensiert, entsteht Inflationsdruck. Entscheidend für die sogenannte [Value Rate of Inflation](#) (VRI) ist dabei die Differenz zwischen dem Wachstum der umlaufenden Geldmenge und dem Wachstum der geleisteten Arbeitsstunden in den produktiven Wirtschaftssektoren.

Nach dieser Berechnung sei die tatsächliche Inflation langfristig erheblich höher als die offiziell ausgewiesene. Für 1949–2019 liege die durchschnittliche VRI ungefähr doppelt so hoch wie CPI und BIP-Deflator. Ein Grund seien unter anderem hedonische Qualitätsbereinigungen und Veränderungen des Warenkorbs. [Corbin Trent](#) kommt mit einem anderen, auf der zum Erwerb lebensnotwendiger Güter erforderlichen Arbeitszeit beruhenden Verfahren zu einem ähnlichen Ergebnis: Ein Medianeinkommen von 42.220 Dollar 2023 hätte etwa 102.024 Dollar betragen müssen, um dieselbe Kaufkraft für grundlegende Bedürfnisse wie 1950 zu erreichen.

Auch die eigene VRI-Berechnung des Autors ergibt ein wesentlich schlechteres Bild der Einkommensentwicklung: Während offizielle Daten einen Anstieg des realen Medianeinkommens amerikanischer Familien von 62 Prozent zwischen 1960 und 2024 ausweisen, ergibt sich nach der werttheoretischen Inflationsmessung ein Rückgang um 20

Prozent. Reale Einkommenszuwächse habe es demnach hauptsächlich im „Goldenen Zeitalter“ 1960–73 gegeben; danach seien die Realeinkommen gesunken.

2022 stieg die VRI auf fast 11 Prozent, während die bereinigte Geldmenge M2 um mehr als 14 Prozent zunahm und sich das Wachstum der Arbeitsstunden verlangsamte. Die geldpolitische Straffung 2023/24 ließ sowohl VRI als auch offizielle Inflation wieder sinken, allerdings nicht auf das Niveau vor der Pandemie.

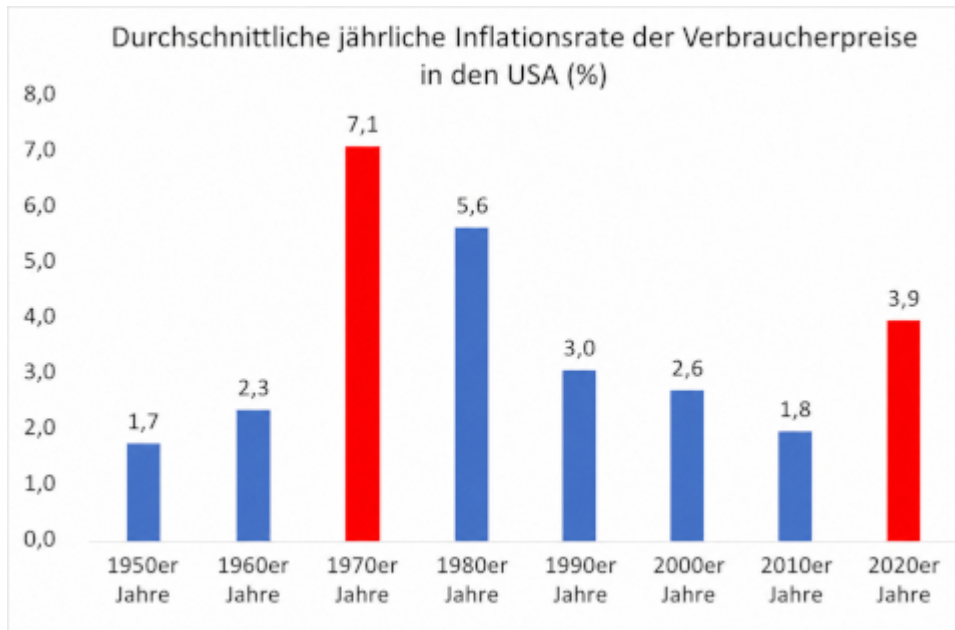
Für die Zukunft erwartet der Autor erneut stärkeren Inflationsdruck: Die Arbeitsstunden wachsen nur um etwa 0,5 Prozent jährlich, während die umlaufende Geldmenge inzwischen um mehr als 8 Prozent zunimmt. Daraus prognostiziert er für 2026 eine VRI von etwa 7,5 Prozent und für 2027 eine offizielle Inflation von 4,5–5 Prozent. Bei einem US-Wirtschaftswachstum von nur etwa 1,5 Prozent drohe damit Stagflation.

Eine mögliche Gegenkraft wäre ein kräftiger Produktivitätsschub durch KI. Darauf setzt Fed-Chef [Kevin Warsh](#). Der Autor bezweifelt jedoch, dass dies ausreichen wird, zumal die höhere Profitabilität bislang stark auf IT, Energie und Finanzwirtschaft konzentriert sei. Bleiben Produktivitäts- und Investitionsschub aus, werde die Kombination aus schwachem Wachstum und starker Geldmengenausweitung die höhere Inflation verstetigen. Der seit 2020 deutliche Anstieg der Renditen von US-Staatsanleihen wird als Zeichen dafür gewertet, dass auch die Finanzmärkte mit dauerhaft höherer Inflation rechnen.

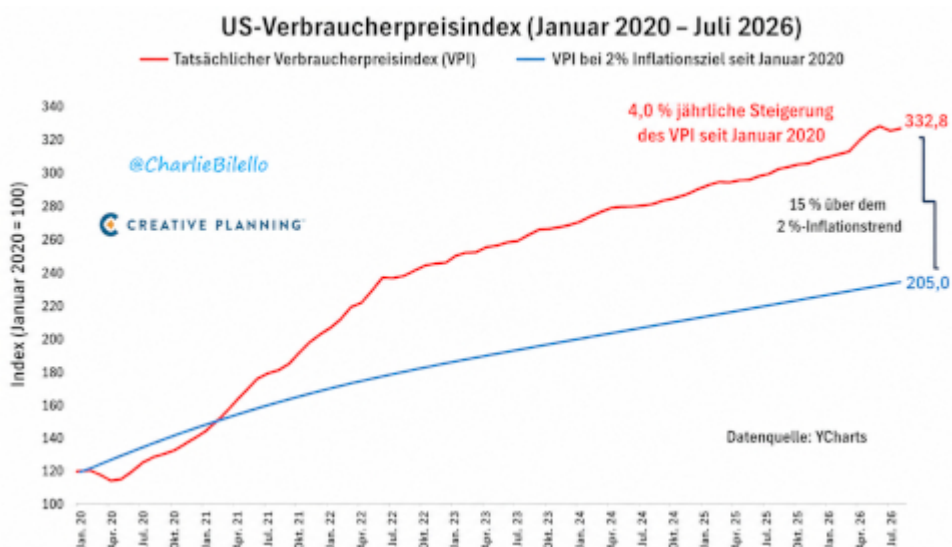


Teil vier: Inflation nach der Pandemie

Mit der Pandemie endete die Phase der Disinflation, und die Inflation kehrte zurück. In den USA lag der durchschnittliche jährliche Anstieg der Verbraucherpreise in den 2020er Jahren bislang bei 3,9 Prozent. Diese Rate dürfte angesichts der Auswirkungen des Iran-Krieges auf die Weltmarktpreise für Energie, Lebensmittel und andere Rohstoffe weiter steigen. Der bisherige Preisanstieg in den 2020er Jahren ist damit mehr als doppelt so hoch wie in den von Disinflation geprägten 2010er Jahren und der höchste seit den 1980er Jahren.



Die US-Notenbank Fed hat sich ein Inflationsziel von 2 Prozent pro Jahr gesetzt. Sie ist kläglich daran gescheitert, dieses Ziel zu erreichen. Seit Januar 2020 ist der offizielle Verbraucherpreisindex mit einer annualisierten Rate von 4,0 Prozent gestiegen und liegt inzwischen 13 Prozent über dem Preisniveau, das sich bei einer Inflationsrate von 2 Prozent ergeben hätte. **Das zeigt ein massives Versagen der herrschenden Wirtschaftstheorie und der darauf beruhenden Inflationspolitik.**

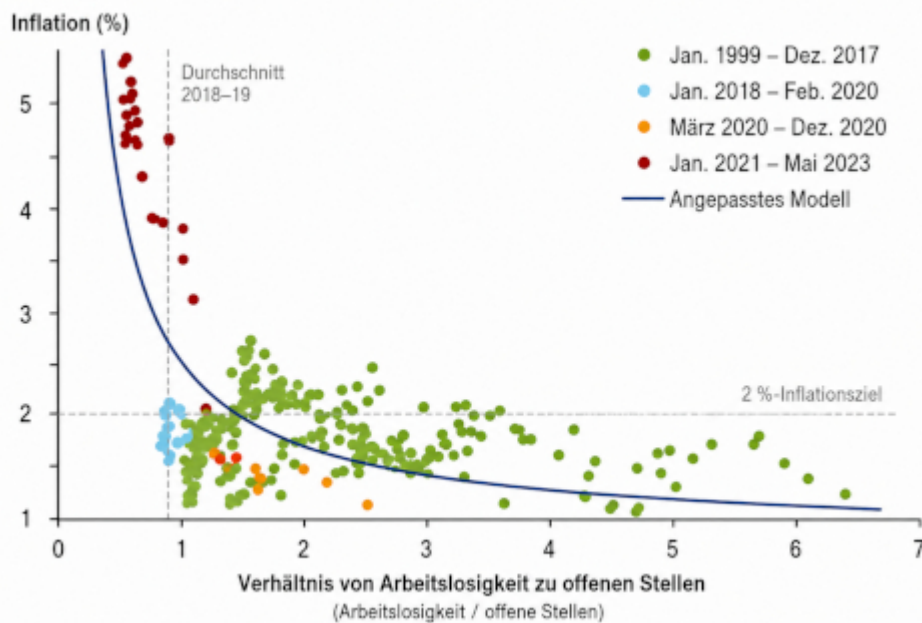


Doch die Vertreter der herrschenden Wirtschaftslehre und die Verantwortlichen für das Geldsystem führen weiterhin dieselben Ursachen für die Inflation an und ergreifen dieselben

wirtschaftspolitischen Maßnahmen wie vor 2020. Zunächst argumentierten sie – wie [Jay Powell](#), der damalige Vorsitzende der US-Notenbank Federal Reserve –, der Anstieg der Inflation sei nur vorübergehend und durch den „Schock“ der Engpässe in der weltweiten Produktion und im Handel mit Waren und Dienstleistungen verursacht worden. Später mussten sie zunehmend anerkennen, dass die Inflation keineswegs nachließ, sondern sich beschleunigte und von Dauer war. Daraufhin wurden erneut die altbekannten Erklärungen der herrschenden Wirtschaftslehre für die Inflation bemüht – obwohl, wie wir im ersten Teil dieser Reihe gesehen haben, sowohl die monetaristischen als auch die keynesianischen Theorien sich als unzureichend erwiesen hatten.

[Huw Pill](#), Chefökonom der Bank of England, bekräftigte erneut das übliche Rezept der Zentralbanken zur Senkung der Inflationsraten nach der Pandemie: *Die Zinserhöhungen in den USA und im Vereinigten Königreich im vergangenen Jahr sollten die Kaufkraft dämpfen und die Möglichkeiten von Unternehmen und Privatpersonen einschränken, die Belastungen durch die Inflation auf andere abzuwälzen.* Wer genau diese Belastungen tragen sollte, sagte er nicht. Klar ist jedoch, dass es die Realeinkommen der Beschäftigten waren.

Der führende keynesianische Makroökonom [Gauti Eggertsson](#) bemühte sich nach Kräften, die gescheiterte Phillips-Kurve wiederzubeleben. Diese besagt, dass ein Rückgang der Arbeitslosigkeit in Richtung Vollbeschäftigung die Löhne steigen lässt und dies wiederum zu einer höheren Inflation führt. Eggertsson räumte ein, dass die traditionelle Phillips-Kurve auf die gegenwärtige Inflation nicht anwendbar sei. Aber, so seine Argumentation, die Kurve sei inzwischen „nichtlinear“ geworden: Die Arbeitslosigkeit könne also stark sinken, ohne dass dies irgendeinen Einfluss auf die Inflation habe, bis plötzlich ein Wendepunkt erreicht werde und die Inflation sprunghaft ansteige – womit es faktisch überhaupt keine „Kurve“ mehr gibt.



Auch die Monetaristen versuchten, ihre Theorie wiederzubeleben, um den Inflationsschub nach der Pandemie zu erklären. [John Taylor](#), der Urheber der [Taylor-Regel](#), die angeblich vorgibt, wie sich durch die Festlegung des „richtigen“ Zinssatzes durch die Fed sowohl Inflation als auch Arbeitslosigkeit vermeiden beziehungsweise begrenzen lassen, vertrat die Auffassung, die Inflationsspirale sei darauf zurückzuführen, dass die Fed bereits vor der Pandemie die Zinsen zu spät angehoben und anschließend seine Taylor-Regel nicht befolgt habe. Als die Fed ihren Leitzins dann jedoch tatsächlich erhöhte, gelang es ihr nicht, die Inflation auf ihr Zielniveau zu senken (wie wir oben gesehen haben).

Eine Variante sowohl der monetaristischen als auch der keynesianischen Theorie lautete, der Inflationsschub sei durch „zu hohe“ Staatsausgaben verursacht worden. [Robert Barro](#), ein konservativer Ökonom aus Harvard, der seit jeher darauf bedacht ist, die Staatsausgaben zu senken, weil sie seiner Ansicht nach den privaten Sektor „verdrängen“ (crowding out), legte Daten für 37 OECD-Länder vor, denen zufolge *die fiskalische Expansion dem Inflationsschub von 2020 bis 2022 zugrunde liegt*. [Christopher Sims](#) von der Princeton University vertrat gegenüber den Keynesianern ebenfalls diese *fiskalische Theorie der Inflation*. Er argumentierte, die USA hätten seit

1950 drei Phasen hoher Inflation erlebt, die jeweils durch *fiskalische Expansionen* verursacht worden seien: Nicht eine zu lockere Geldpolitik, sondern übermäßige Staatsausgaben verursachten demnach eine hohe Inflation – im Gegensatz zu Taylors oben dargestellter Auffassung. Dies ist ein klassischer Fall, in dem die Richtung des Ursache-Wirkungs-Zusammenhangs verkannt wird. Während der Pandemie stiegen die Staatsausgaben und Haushaltsdefizite im Verhältnis zur gesamten Wirtschaftsleistung stark an, weil die Volkswirtschaften heruntergefahren wurden und die Gesamtproduktion sank. Als sich die Wirtschaft wieder zu erholen begann, gingen die jährlichen Haushaltsdefizite im Verhältnis zum BIP wieder zurück.

Schließlich wurde auch die Theorie der Inflationserwartungen wiederbelebt. Der IWF unter seiner damaligen Direktorin [Gita Gopinath](#) hatte eingeräumt, dass weder die monetaristische und fiskalische Theorie noch die Theorie der Phillips-Kurve die jüngste Inflation erklären konnten, und wandte sich daher erneut den „Inflationserwartungen“ zu. Die Ökonomen des IWF behaupteten, seit 2020 seien die „kurzfristigen Inflationserwartungen“ in den entwickelten Volkswirtschaften der wichtigste Treiber der Preissteigerungen und in den Schwellenländern der zweitwichtigste Faktor gewesen. Der MIT-Professor [Ivan Werning](#) vertrat die Auffassung, die steigende Inflation sei das Ergebnis *irrationaler Erwartungen* der Verbraucher. Damit wurde die Inflationstheorie erneut auf Psychologie reduziert.

Ursachen der Inflation

Eine Zerlegung der jüngsten Entwicklung der Inflationsraten zeigt die wachsende Bedeutung der kurzfristigen Inflationserwartungen.

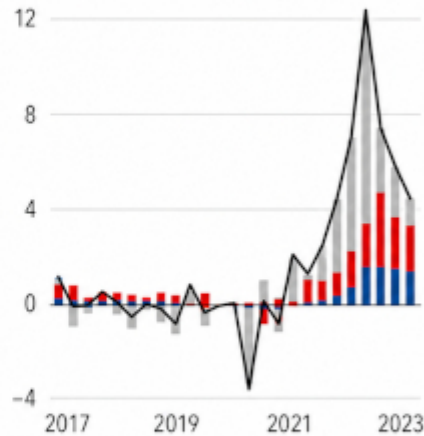
Fortgeschrittene Volkswirtschaften

(Abweichung der Inflationsrate vom 4. Quartal 2019; Prozentpunkte)



Schwellenländer

(Abweichung der Inflationsrate vom 4. Quartal 2019; Prozentpunkte)



Quelle: Berechnungen der Mitarbeiter des IWF.

Anmerkung: Die Werte sind vierteljährliche Durchschnitte der saisonbereinigten Verbraucherpreise (Preisindex) im Jahresvergleich.

Die Balken zeigen die Beiträge der einzelnen Komponenten zur durchschnittlichen Inflation im Vergleich zu ihren Beiträgen im 4. Quartal 2019, geschätzt anhand eines linearen Regressionsmodells für die Inflation. Die Kategorie „Alle anderen Faktoren“ umfasst Beiträge von zeitlich festen Effekten (gemeinsame globale Faktoren), allen anderen erklärenden Variablen und einem Residuum.

IWF

Wenn man sich in der oben stehenden Grafik des IWF die Belege für die Bedeutung der *Erwartungen* ansieht, erkennt man, dass zunächst die „anderen Faktoren“ – etwa Lieferengpässe und weitere nicht näher bestimmte Faktoren (*grauer Block*) – die Hauptursache für den einsetzenden Inflationsanstieg waren. Die „Erwartungen“ (*blauer Block*) kamen erst später ins Spiel, nachdem die Menschen erkannt hatten, dass die Preise weiterhin stark steigen würden. Als die Inflationsrate zurückging, begannen auch die Inflationserwartungen wieder zu sinken. Die Erwartungen folgten also den realen Ursachen und nicht umgekehrt.

Der Keynesianer [Larry Summers](#) fasste das folgendermaßen zusammen: *Die Theorie, der sich viele Ökonomen inzwischen zuzuwenden scheinen, besagt, dass die Phillips-Kurve im Grunde flach ist, dass die Inflation durch Inflationserwartungen bestimmt wird und dass die Inflationserwartungen wiederum von den Menschen bestimmt werden, die Inflationserwartungen*

bilden. Das ist ein wenig so wie die Theorie, dass sich die Planeten aufgrund der Umlaufkraft um das Universum bewegen. Das ist eher eine Theorie, die einem Phänomen einen Namen gibt, als eine wirkliche Theorie. Ich denke daher, dass sich die Inflationstheorie in erheblicher Unordnung befindet – sowohl wegen der Probleme mit der Phillips-Kurve als auch deshalb, weil wir keinen wirklich überzeugenden Nachfolger für eine Theorie monetaristischer Art haben.

[Iván] [Werning](#) versuchte, eine Inflationstheorie zu entwickeln, die sämtliche möglichen Ursachen berücksichtigt. Inflation steigt demnach, wenn eine übermäßige Nachfrage entsteht, die durch zu große Geldspritzen der Zentralbank und zu hohe Staatsausgaben verursacht wird. Hinzu kommen verschiedene Verkrustungen und Starrheiten – etwa Monopole und Gewerkschaften –, die die Preise nach oben treiben, außerdem Energiepreisschocks und schließlich Inflationserwartungen. Dieser Cocktail von Ursachen liefert uns letztlich überhaupt keine Erklärung. Kein Wunder, dass Werning seine Arbeit mit den Worten zusammenfasste, dass wir am Ende oft weniger wissen als zuvor.

In einer jüngeren Mea culpa rückte der frühere Gouverneur der Bank of England, [Mervyn King](#), von seinen früheren Auffassungen ab und räumte ein: **Die Zentralbanken verfügen nicht mehr über eine Theorie der Inflation.** Die heute verbreitete Ausgestaltung von Inflationszielen unterscheidet sich völlig von ihrem ursprünglichen Zweck. Der Ökonom [Milton Friedman](#) vertrat bekanntlich die Auffassung, Inflation ist immer und überall ein monetäres Phänomen, das durch die Geldschöpfung der Zentralbanken bestimmt werde. Dieser monetaristische Ansatz ist jedoch nur begrenzt aussagekräftig, „da sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes verändern kann und private Akteure Geld schaffen“ – ein Echo auf unsere Argumentation im ersten Teil dieser Reihe. King griff auch die Theorie der Inflationserwartungen an: Das ist die König-Knut-Theorie der Inflation, sagte er in Anspielung auf den englischen König des

11. Jahrhunderts, der der Überlieferung nach versucht haben soll, den Wellen mit Worten Einhalt zu gebieten – und daran scheiterte. Oder, um eine andere Metapher zu verwenden: Schamanen, die versuchen, durch verbale Interventionen die Preise zu beeinflussen.

Im vergangenen Jahr legte [Michael Bordo](#) von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich eine umfangreiche Studie für die Bank of England vor, um die Inflation nach der Pandemie im Vereinigten Königreich zu erklären. Nach einer Fülle von Seiten und Grafiken gelangte er jedoch offenbar zu keinem wesentlichen Ergebnis. Die Inflation entstand demnach anscheinend deshalb, weil die Angebotsseite der britischen Wirtschaft zu wenig produktiv war und nicht in der Lage war, eine Wirtschaft mit niedriger Inflation hervorzubringen, die nachhaltiges Wachstum gewährleisten kann ... Dies führt uns im Fazit dieser Studie zu grundlegenderen Fragen. Wie viel von der Inflationserfahrung war angesichts des Zusammenbruchs von Bretton Woods als disziplinierendem Mechanismus, der strukturellen Probleme auf der Angebotsseite der britischen Wirtschaft und ihrer Offenheit – die das Vereinigte Königreich anfällig für Schocks aus dem Ausland machte – unvermeidlich? In welchem Umfang handelte es sich um ein Versagen des institutionellen Rahmens der britischen Geld- und Fiskalpolitik, der sich nicht schnell genug an diese Veränderungen anpasste? Und in welchem Umfang lag es daran, dass politische Entscheidungsträger und Politiker die grundlegenden Veränderungen im ökonomischen Denken der 1960er Jahre nur langsam erkannten und aufnahmen? Antworten auf diese Fragen gab es keine.

Auch heterodoxe Ökonomen griffen auf ihre bisherigen Theorien zurück, um die Inflation nach der Pandemie zu erklären. Die Postkeynesianer verwiesen auf die Gewinnaufschläge. Demnach war es die Fähigkeit von (Monopol-)Unternehmen, ihre Preise durch Aufschläge zu erhöhen und Preistreiberei zu betreiben, die die Inflation nach der Pandemie verursachte. Wie wir

jedoch im zweiten Teil unserer Reihe argumentiert haben, gibt es monopolistische oder oligopolistische Kartelle bereits seit der Entwicklung des reifen Kapitalismus. Zwar haben Konzentration und Zentralisation des Kapitals zugenommen, wie Marx vorausgesagt hatte, doch darauf folgte keineswegs immer eine Beschleunigung der Inflation. **Eine höhere Inflation kann sowohl bei relativ wettbewerbsintensiven als auch bei oligopolistischen Marktstrukturen auftreten.** Im späten 19. Jahrhundert war das sogenannte Gilded Age durch den Aufstieg von Kartellen gekennzeichnet – gleichzeitig herrschte jedoch Preisdeflation. Und in den 1990er Jahren, die häufig als zweites Gilded Age mit zunehmender Marktkonzentration betrachtet werden, kam es bei der Preisinflation zur sogenannten [Great Moderation](#), also zu einer Disinflation. Während der letzten großen Inflationsspirale in den 1970er Jahren gingen die Gewinne sogar zurück.

Auch die Gewinnaufschlagstheorie der Inflation wird durch die empirischen Befunde nicht bestätigt. [James Crotty](#) formulierte es so: *Das [Kalecki-Modell](#) der Gewinnbestimmung mit konstantem Gewinnaufschlag, das vom postkeynesianischen Vordenker Minsky verwendet wurde, ist offensichtlich unbefriedigend.* Crotty zufolge zeigt der überwiegende Teil der empirischen Befunde, dass sowohl der Gewinnaufschlag als auch der Gewinnanteil erheblichen konjunkturellen Schwankungen unterliegen. Mit anderen Worten: Die Fähigkeit der Unternehmen, ihre Preise zu erhöhen und einen größeren Anteil der Gewinne für sich zu beanspruchen, hänge vom Expansionstempo der Wirtschaft ab. Vor dem pandemiebedingten Einbruch entfielen lediglich 11 Prozent der Veränderungen der Stückpreise auf Unternehmensgewinne.

Die bedeutendste heterodoxe Erklärung für den Inflationsschub nach der Pandemie stammt von [Isabella Weber](#) und [Evan Wasner](#). Sie weisen darauf hin, dass vor der Pandemie über einen langen Zeitraum eine relative makroökonomische Preisstabilität herrschte: Die Inflation war niedrig, und der Zuwachs der nominalen Wertschöpfung verteilte sich im Allgemeinen auf

Löhne und Gewinne. Erst in den beiden Jahren nach der Pandemie beanspruchten die Gewinne einen größeren Anteil des durch Preissteigerungen je Produktionseinheit entstandenen Wertzuwachses.

Wie ihre unten stehende Tabelle jedoch zeigt, waren es im ersten Teil des Jahres 2020 zunächst die Löhne, die am stärksten von den Preissteigerungen profitierten, während die Gewinne während des pandemiebedingten Einbruchs abstürzten. Im Verlauf des Jahres 2021 kehrte sich dieses Verhältnis allmählich um, und die Gewinne erhielten den Löwenanteil. Doch bereits 2022 verteilte sich der durch Preissteigerungen entstandene Wertzuwachs wieder ungefähr gleichmäßig auf Löhne und Gewinne. Im dritten Quartal 2022 war der Anteil der Arbeit an den Preissteigerungen sogar größer.

Verteilung der inflationären Wertsteigerungen zwischen Gewinnen und Arbeit in den USA (2020–2022)

Zeitraum	Jährlich			Vierteljährlich		
	Gesamtinflation im Zeitraum (%)	Anteil an der Inflation, der auf Gewinne entfällt (%)	Anteil an der Inflation, der auf Arbeit entfällt (%)	Gesamtinflation im Zeitraum (%)	Anteil an der Inflation, der auf Gewinne entfällt (%)	Anteil an der Inflation, der auf Arbeit entfällt (%)
Langfristiger Durchschnitt	k. A.	45,8	54,0	k. A.	45,8	54,0
2020 – Q1	0,9	0,0	100,0	-0,2	550,0	-450,0
2020 – Q2	1,1	-291,7	391,7	0,7	-375,0	475,0
2020 – Q3	1,6	-94,4	200,0	0,8	255,6	-144,4
2020 – Q4	1,7	-31,6	131,6	0,4	300,0	-225,0
2021 – Q1	3,0	72,7	27,3	1,1	158,3	-58,3
2021 – Q2	4,3	133,3	-33,3	2,0	43,5	56,5
2021 – Q3	5,5	82,3	17,7	2,0	43,5	60,9
2021 – Q4	7,3	59,0	41,0	2,1	40,0	56,0
2022 – Q1	9,3	47,7	52,3	3,0	58,3	41,7
2022 – Q2	10,4	53,7	46,3	3,0	64,9	35,1
2022 – Q3	9,4	52,7	46,4	1,1	28,6	71,4

Hinweis: Anteile können aufgrund von Rundungen geringfügig von 100 % abweichen. k. A. = keine Angabe verfügbar.

Es hängt also alles davon ab, an welchem Punkt im Zyklus von Expansion und Kontraktion sich eine kapitalistische Wirtschaft befindet, und nicht von der Fähigkeit der Monopole zur „Preistreiberei“ an sich. Die Daten deuten darauf hin, dass Unternehmen mit Preissetzungsmacht in der Phase der Lieferkettenengpässe und stark steigender Preise für grundlegende Rohstoffe und Güter – insbesondere Lebensmittel und Energie – ihre Preise erhöhten, um ihre Gewinne zu sichern oder sogar zu steigern (2020–2021). Als die Lieferengpässe jedoch nachließen und die Produktion 2021–2022 wieder anzog, verschärfte sich der Wettbewerb, sodass weitere Gewinnaufschläge nicht aufrechterhalten werden konnten.

Indem Weber und andere Linke die Ursache der steigenden

Inflation in den wachsenden Gewinnen sehen, haben sie als Alternative zur Geldpolitik der Zentralbanken die Einführung von Preiskontrollen gefordert. **Eine Begrenzung der Energiepreise für die privaten Endverbraucher würde jedoch die Preissteigerungen auf der Produzentenseite nicht beseitigen, sondern lediglich private Energieversorger in den Bankrott treiben.** Die Regierungen wären dann gezwungen, entweder die Preiskontrollen aufzuheben oder die scheiternden Unternehmen zu übernehmen. Tatsächlich wäre die letztgenannte Lösung **die beste politische Antwort: die Überführung der internationalen Energie- und Lebensmittelkonzerne, die entlang der gesamten globalen Lieferkette tätig sind, in öffentliches Eigentum.** Eine solche Politik steht bei den heterodoxen Ökonomen jedoch nicht auf der Tagesordnung.

Was weder die herrschenden noch die heterodoxen Theorien beantworten, ist die Frage, warum die großen Volkswirtschaften nicht in der Lage waren, die Energie- und Lebensmittelschocks zu bewältigen, die durch die nach COVID verbliebenen Schäden an Lieferketten und Handelsverbindungen verursacht wurden. Die Antwort liegt in der allgemeinen Verlangsamung des Produktivitätswachstums und der produktiven Investitionen während der beiden vorangegangenen Jahrzehnte und insbesondere in der Zeit unmittelbar vor dem COVID-Einbruch. Entscheidend ist hier, dass die großen kapitalistischen Volkswirtschaften bereits vor Ausbruch der COVID-Pandemie kurz vor einem Abschwung standen. Die Angebotsseite war also bereits geschwächt, als die weltweiten Lieferengpässe einsetzten.

Dies ist eine von mehreren wichtigen Erkenntnissen, die der marxistische Ökonom Paul Mattick Jr. in seinem [ausgezeichneten kurzen Buch](#) über die Ursachen der Inflationsspirale nach der Pandemie herausarbeitet. Mattick schrieb 2011 außerdem [eines der besten kurzen Bücher](#) über die Ursachen des weltweiten Finanzcrashs und der Großen Rezession. In seinem neuen Buch vertritt Mattick denselben Gedanken, den Carchedi und ich mit unserer werttheoretischen Erklärung der Inflation entwickelt

haben: Eine steigende Arbeitsproduktivität hat die Tendenz, die Preise zu senken. Doch das Produktivitätswachstum gerät in Konflikt mit der Profitabilität. Verlangsamt sich das Wachstum der Profitabilität, gehen die produktiven Investitionen zurück, und damit verlangsamt sich auch das Produktivitätswachstum. Die Währungsbehörden und das Finanzsystem versuchen dies durch eine Ausweitung des Kredits zu kompensieren, doch dadurch wird lediglich die Inflation angeheizt.

Es ist der tendenzielle Rückgang der globalen Profitabilität, der sich im allgemeinen Rückgang der Wachstumsraten seit den 1970er Jahren zeigt – wobei diese Wachstumsraten nur durch eine stetige Zunahme der Verschuldung des Staates, der Unternehmen und der privaten Haushalte auf ihrem tatsächlichen Niveau gehalten wurden –, den ich zur Erklärung der inflationären Tendenz des Kapitalismus seit dem Zweiten Weltkrieg [heranziehe](#).

Damit gelangen wir zurück zu unserer Werttheorie der Inflation, wie sie im dritten Teil dieser Reihe dargestellt wurde. Wir stellten fest, dass die durchschnittliche Rate der werttheoretisch bestimmten Inflation im Zeitraum von 1949 bis 2019 etwa doppelt so hoch war wie die offiziellen Inflationsraten, gemessen am Verbraucherpreisindex (CPI) und am BIP-Deflator. Das deutet darauf hin, dass die offiziellen Messgrößen der Preisinflation die tatsächliche Inflation erheblich unterschätzen.

Corbin Trent analysierte die Realeinkommen in den USA anhand eines anderen Maßes für die Preisinflation. Nach den offiziellen Statistiken der US-Regierung sind die durchschnittlichen Reallöhne seit 1950 um 252 Prozent gestiegen. Trent argumentiert dagegen, dass die Realeinkommen gegenüber 1950 tatsächlich 61 Prozent ihrer Kaufkraft verloren hätten. Wie erklärt sich dieser Unterschied? Die amtlichen Statistiker „bereinigen“ die Preise vieler Waren, um deren gestiegene Leistungsfähigkeit beziehungsweise verbesserte

Qualität zu berücksichtigen. Diese sogenannten hedonischen Qualitätsbereinigungen reduzieren die gemessene tatsächliche Inflation laut dieser Argumentation um etwa 50 bis 60 Prozent. Außerdem sei der für die Inflationsmessung verwendete „Warenkorb“ zugunsten von Gütern verzerrt, deren Preise sinken, und zulasten von Dienstleistungen, deren Preise steigen.

Trent untersuchte stattdessen die inflationsbereinigten Einkommen danach, wie viele Arbeitsstunden erforderlich sind, um bestimmte Waren und Dienstleistungen zu kaufen:

Ich habe die statistischen Spielereien beiseitegelassen. Keine hedonischen Anpassungen. Keine theoretischen Mietäquivalente. Keine Neugewichtung des Warenkorbs. Nur einfache Mathematik. Wie viel verdienen wir, und wie viel kosten die grundlegenden Dinge des Lebens? Ich habe die offiziellen Daten der Regierung untersucht: Medianeinkommen von der US-Steuerbehörde IRS und dem Census Bureau sowie die tatsächlichen Preise lebensnotwendiger Güter aus den Daten des HUD und anderen Bundesbehörden. Dann stellte ich eine einzige einfache Frage: Wie viele Jahre, Wochen oder Monate müssen wir arbeiten, um das kaufen zu können, was wir benötigen?

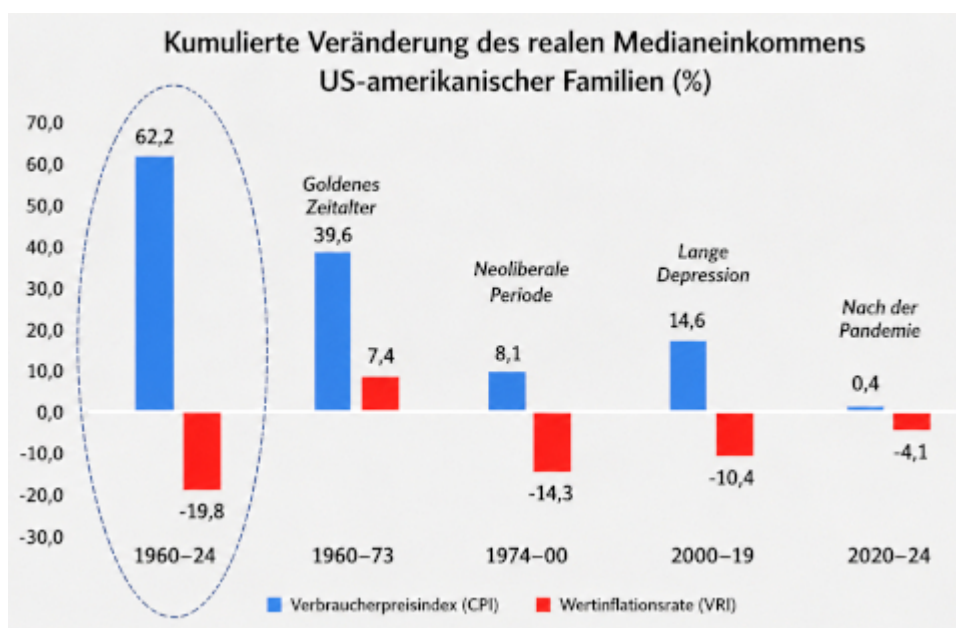
Jahr	Medianeinkommen nominal (in US-Dollar)	Kaufkraft in US-Dollar im Jahr 2023	Prozentsatz der Armut
1960	5.066	18.377	87 %
1970	11.371	103.094	100 %
1980	17.438	76.013	72 %
1990	21.127	58.810	68 %
1995	22.344	58.940	55 %
2000	24.389	50.468	48 %
2005	26.590	52.186	52 %
2010	28.189	51.351	50 %
2015	30.250	43.184	41 %
2020	31.800	43.153	45 %
2021	31.950	43.258	41 %
2022	30.690	41.266	41 %
2023	32.220	41.292	41 %

Trent berechnete die Auswirkungen der Preisinflation auf die Einkommen also danach, wie viel Arbeitszeit erforderlich ist, um Waren und Dienstleistungen zu kaufen. Diese Berechnung zeigt: Um sich die lebensnotwendigen Güter leisten zu können,

die sich die Großeltern der heutigen Amerikaner im Jahr 1950 tatsächlich leisten konnten, hätte das offizielle Medianeinkommen von 42.220 Dollar im Jahr 2023 bei 102.024 Dollar liegen müssen. Nach diesem werttheoretischen Maßstab ergibt sich somit ein Verlust des Realeinkommens von 60 Prozent.

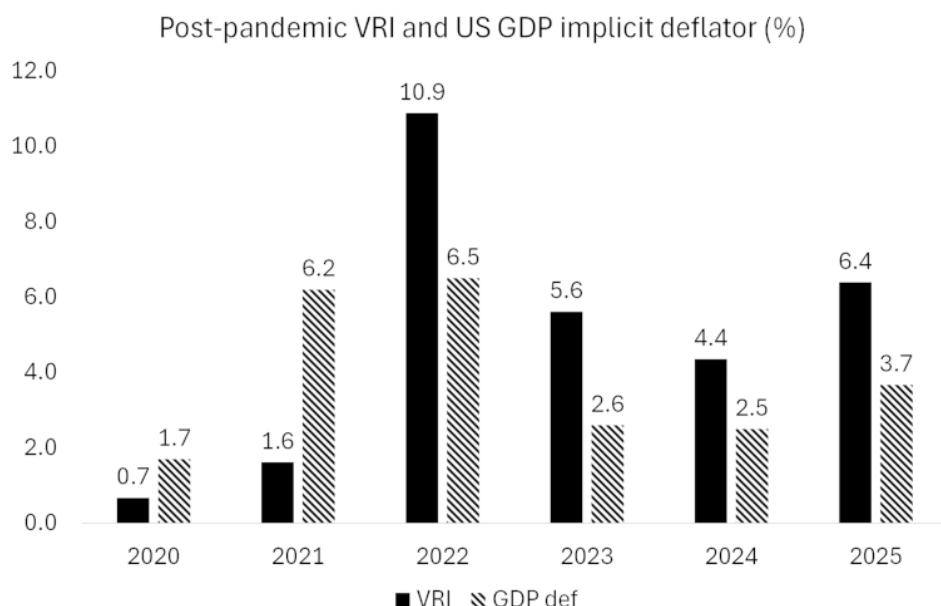
Unsere Theorie der werttheoretischen Inflationsrate verfolgt einen ähnlichen Ansatz. Nach den offiziellen Daten stieg das reale Medianeinkommen amerikanischer Familien von 1960 bis 2024 um 62 Prozent. Zieht man jedoch die werttheoretisch bestimmte Inflationsrate vom Nominaleinkommen ab, lag das Realeinkommen 20 Prozent niedriger als 1960. Tatsächlich stiegen die Realeinkommen nach unserem werttheoretischen Maßstab nur im sogenannten Goldenen Zeitalter von 1960 bis 1973.

In der neoliberalen Periode von 1974 bis 2000 sanken die Realeinkommen um 14 Prozent, und während der langen Depression von 2000 bis 2019 gingen sie um weitere 10 Prozent zurück. In der Zeit nach der Pandemie gab es selbst nach den offiziellen Daten praktisch keinen Anstieg mehr. Kein Wunder also, dass das Verbrauchervertrauen in den USA nahe seinem historischen Tiefstand liegt.



Die werttheoretische Inflationsrate (VRI) stieg 2022 stark auf fast 11 Prozent an; auch der BIP-Deflator verzeichnete einen deutlichen Anstieg. Die bereinigte Geldmenge M2 nahm 2022 um mehr als 14 Prozent zu, da die geldpolitischen Mittelzuführungen größtenteils in den Wirtschaftskreislauf gelangten. Gleichzeitig verlangsamte sich das Wachstum der geleisteten Arbeitsstunden, sodass die VRI kräftig anstieg.

In den darauffolgenden Jahren 2023 und 2024 drosselten die Währungsbehörden das Wachstum der Geldmenge. Sie gingen also von der quantitativen Lockerung (Quantitative Easing, QE) der Jahre 2020–2021 zur quantitativen Straffung (Quantitative Tightening, QT) über. Der anschließende Rückgang der VRI in den Jahren 2023 und 2024 ging mit einem ähnlichen Rückgang der offiziellen Inflationsrate einher. Beide Inflationsmaße liegen jedoch weiterhin deutlich über dem Niveau vor der Pandemie und über dem offiziellen Inflationsziel der US-Notenbank von 2 Prozent pro Jahr.



Ist die Inflation gekommen, um zu bleiben? Erinnern wir uns an die entscheidenden Faktoren, die Inflation verursachen, wie sie im dritten Teil dieser Reihe dargestellt wurden. **Die Theorie der werttheoretischen Inflationsrate besagt, dass die Inflationsrate von der Differenz zwischen der Veränderung des Wachstums der umlaufenden Geldmenge und dem Wachstum der**

geleisteten Arbeitsstunden in den produktiven Sektoren der Wirtschaft abhängt. Letzteres wiederum hängt von der Ausweitung der Investitionen in produktives Kapital und Arbeitskraft ab, die ihrerseits von der Profitrate des Kapitals beeinflusst wird.

Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden steigt derzeit um etwa 0,5 Prozent pro Jahr, wobei sich das Wachstum infolge des schwächeren Beschäftigungszuwachses verlangsamt. Die umlaufende Geldmenge wächst dagegen inzwischen um mehr als 8 Prozent pro Jahr, nachdem sich ihr Wachstum 2024 auf etwa 4,5 Prozent verlangsamt hatte. Daher dürfte die werttheoretische Inflationsrate im Jahr 2026 durchschnittlich 7,5 Prozent betragen. Das würde auf eine offizielle Preisinflationsrate von 4,5 bis 5,0 Prozent im Jahr 2027 hindeuten. Da das Wirtschaftswachstum in den USA in diesem Jahr nur bei etwa 1,5 Prozent liegt, ist die „Stagflation“ – niedriges oder ausbleibendes Wachstum bei gleichzeitig hoher und steigender Inflation – zurückgekehrt.

Für diese Prognose gibt es allerdings einige Vorbehalte. Die Profitabilität des US-Kapitals ist seit 2020 gestiegen. Dies müsste eigentlich ein stärkeres Investitionswachstum und eine Zunahme der geleisteten Arbeitsstunden fördern. Ein großer Teil dieser gestiegenen Profitabilität konzentriert sich jedoch auf nur wenige Sektoren: Informationstechnologie, Energie und Finanzwirtschaft. In weiten Teilen der nichtfinanziellen US-Wirtschaft ist dagegen kein nennenswerter Anstieg der Profitabilität zu verzeichnen. Und wie bereits [in früheren Beiträgen dargelegt wurde](#), **hängt ein anhaltender Anstieg der Investitionen und des Produktivitätswachstums inzwischen fast vollständig von der Künstlichen Intelligenz (KI) ab.**

Der derzeitige Fed-Vorsitzende [Kevin Warsh](#) setzt dabei ganz auf KI: *KI ist vielleicht die bedeutendste Veränderung unserer Wirtschaft, die ich in meinem Erwachsenenleben erlebt habe. KI wird eine bedeutende disinflationäre Kraft sein, die*

Produktivität steigern und die Wettbewerbsfähigkeit der USA stärken.

Sollte dies nicht eintreten, werden das gegenwärtige Ausmaß der Geldmengenausweitung und eine sich abschwächende Wirtschaft dafür sorgen, dass die höhere Inflation von Dauer sein wird.

Besonders für Anleihebesitzer ist Inflation problematisch, da sie für ihre Anleihen einen festen Zinssatz erhalten. Steigt die Inflation, schmälert sie die reale Rendite ihrer Anlage. Der gegenwärtige Anstieg der Anleiherenditen deutet darauf hin, dass Investoren nur noch bereit sind, niedrigere Preise für Anleihen zu zahlen, weil sie befürchten, dass deren reale Rendite langfristig sinken wird.



Deshalb haben die Renditen US-amerikanischer Staatsanleihen seit 2020 deutlich nach oben gedreht. Die Finanzinvestoren glauben nicht, dass Kevin Warsh recht hat.

Theorien der Inflation (Teil III)

Ich habe [Michael Roberts' Artikel](#) über *Theories of inflation part three – a value theory of inflation* übersetzen lassen und Text und Grafiken überarbeitet. Die Links sind von mir.



In diesem Beitrag setze ich [Michael Roberts] meine Untersuchung der Theorien über die Ursachen der Inflation in modernen Volkswirtschaften fort. Im [ersten Teil](#) befasste ich mich mit den vorherrschenden Theorien, im [zweiten Teil](#) mit heterodoxen und anderen marxistischen Theorien. In diesem dritten Teil stelle ich eine von [Guglielmo Carchedi](#) und mir entwickelte Werttheorie der Inflation vor.

Der Artikel entwickelt eine marxistische Werttheorie der Inflation, die Guglielmo Carchedi und der Autor gemeinsam erarbeitet haben. Anders als konventionelle, heterodoxe und viele marxistische Erklärungen stellt sie die Wertschöpfung durch produktive Arbeit in den Mittelpunkt.

Nach Marx entsteht Wert durch menschliche Arbeit und wird in Arbeitszeit gemessen. Dabei schafft nur produktive Arbeit neuen Wert und Mehrwert, während unproduktive Tätigkeiten vorhandenen Wert lediglich umverteilen. Als Maß für die

Wertproduktion verwenden die Autoren daher die in den produktiven Wirtschaftssektoren geleisteten Arbeitsstunden.

Inflation wird hier nicht einfach als Anstieg der Warenpreise verstanden, sondern als Differenz zwischen dem Wachstum der umlaufenden Geldmenge und dem Wachstum der Wertproduktion. **Wächst die Geldmenge schneller als die produktive Arbeitszeit, entsteht Inflation. Verkleinert sich diese Differenz, kommt es zur Disinflation; wächst die Wertproduktion schneller, entsteht Deflation.**

Da nicht die gesamte Geldmenge für Waren und Dienstleistungen ausgegeben wird, bereinigen die Autoren sie um Bankreserven, Geldhortung und Finanzspekulation und berücksichtigen außerdem die Umlaufgeschwindigkeit. Besonders nach 2008 floss ein großer Teil der neu geschaffenen Liquidität in Finanzanlagen, statt für Waren und Dienstleistungen ausgegeben zu werden. Deshalb stiegen die Vermögenspreise stark, während die Verbraucherpreisinflation niedrig blieb.

Zwischen 1949 und 2022 wuchs die bereinigte Geldmenge in den USA durchschnittlich um 6,6 Prozent pro Jahr, die produktiven Arbeitsstunden jedoch nur um 1,4 Prozent. Daraus ergibt sich eine durchschnittliche werttheoretische Inflationsrate von 5,2 Prozent.

Die Autoren unterscheiden zwei Phasen. Von 1949 bis 1981 stieg die werttheoretische Inflationsrate, weil die Geldmenge schneller wuchs als die produktive Arbeitszeit. In den 1970er-Jahren stagnierten oder sanken die Arbeitsstunden, während die Inflation zunahm – es kam zur Stagflation. Unter dem Vorsitzenden der US-Notenbank [Paul Volcker](#) wurde die Geldpolitik anschließend stark gestrafft. Von 1982 bis 2019 folgte daher eine lange Phase der Disinflation.

Die Wertproduktion ist für die Autoren der objektive Faktor

der Inflation. Sie hängt von Beschäftigung, Arbeitsstunden, Investitionen, der organischen Zusammensetzung des Kapitals und der Profitrate ab. Die Geldpolitik bildet dagegen den subjektiven Faktor: Zentralbanken reagieren auf wirtschaftliche Schwäche mit einer Lockerung und auf steigende Inflation mit einer Straffung ihrer Politik.

Statistische Korrelationen und ein Granger-Kausalitätstest deuten nach Ansicht der Autoren darauf hin, dass Veränderungen der Wertproduktion Veränderungen des Geldumlaufs verursachen und nicht umgekehrt. Die Wertproduktion sei somit die objektive Triebkraft der Inflation, während die Geldpolitik darauf reagiere.

Die werttheoretische Inflationsrate liegt deutlich über den offiziellen Inflationsmaßen. Daraus schließen die Autoren, dass die Reallöhne der Beschäftigten – gemessen an der zum Erwerb von Waren notwendigen Arbeitszeit – weniger gestiegen sind, als die offiziellen Preisindizes vermuten lassen.



Eine Werttheroie der Inflation

Unserer Ansicht nach muss jede Erklärung der Inflation in

modernen kapitalistischen Volkswirtschaften bei der Marxschen Werttheorie ansetzen. In sämtlichen konventionellen und heterodoxen Theorien und sogar in den meisten Theorien, die für sich in Anspruch nehmen, marxistisch zu sein, fehlt die Rolle der Wertschöpfung. Dadurch entsteht in jeder Inflationsanalyse ein schwarzes Loch. Für Marx ist Wert die Verausgabung menschlicher Arbeitskraft in abstrakter Form; er wird in Arbeitszeit gemessen, also in der Zeit, während der die Arbeitskräfte für das Kapital arbeiten. Dabei handelt es sich um die tatsächlich für die Warenproduktion geleistete Arbeitszeit. Nicht jede abstrakte Arbeit ist wertschöpfend: Ein Teil der Arbeit ist unproduktiv – im Wesentlichen Arbeit im Handel, im Finanzsektor sowie in der Rüstungs- und Immobilienbranche. Unproduktive Arbeit verteilt Wert lediglich um. Produktive Arbeit hingegen schafft neuen Wert und Mehrwert. In unserer Werttheorie der Inflation wird der Wert daher anhand der in den produktiven Sektoren geleisteten Arbeitsstunden gemessen.

Die Realisierung des Werts erfordert den Austausch der verschiedenen Waren, wobei Geld als Tauschmittel fungiert. Geld ermöglicht den Austausch und repräsentiert somit Wert. Wenn Geld Wert repräsentiert, werden Veränderungen des Geldes durch Wertveränderungen bestimmt. Darin liegt ein wesentlicher Unterschied zwischen der monetaristischen und der werttheoretischen Erklärung der Inflation, wie ich im ersten Teil dargelegt habe. Die Währungsbehörden reagieren auf Wertveränderungen lediglich, indem sie die Geldmenge erhöhen oder verringern beziehungsweise die Zinsen auf Geldbestände oder Kredite anheben oder senken; den Wert selbst verändern sie dadurch jedoch nicht.

In der vorherrschenden Wirtschaftswissenschaft wird Inflation als Veränderung der Marktpreise von Waren definiert. *In unserer Werttheorie der Inflation hingegen verstehen wir unter Inflation die Differenz zwischen den Veränderungen der umlaufenden Geldmenge und den Veränderungen der*

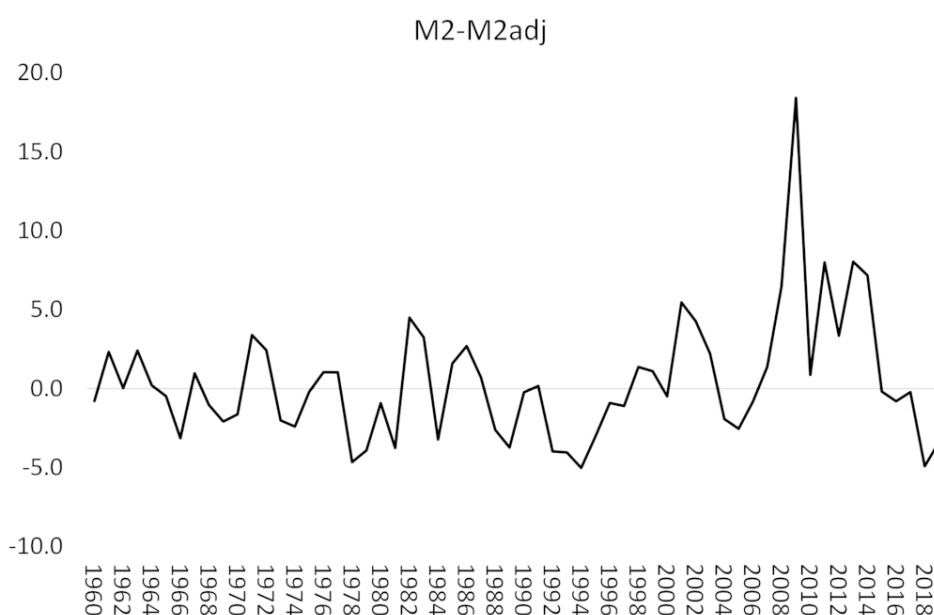
Wertproduktion. Diese Differenz wird bei der Betrachtung der Auswirkungen auf die Löhne der Beschäftigten von Bedeutung sein.

Wir definieren und messen Wert als die Anzahl der in einem bestimmten Zeitraum geleisteten produktiven Arbeitsstunden. Die Geldmenge definieren und messen wir als das im Umlauf befindliche Geld. Nicht die gesamte Geldmenge einer kapitalistischen Volkswirtschaft zirkuliert zum Zweck des Erwerbs von Waren und Dienstleistungen. Ein Teil wird gehortet, das heißt von den Kapitalisten als Reserve zurückgehalten. Ein anderer Teil wird zum Kauf von Finanzanlagen – etwa Anleihen und Aktien – sowie von Immobilien – Grundstücken und Gebäuden – verwendet. Dieses Geld zirkuliert nicht zum Erwerb von Waren und Dienstleistungen und beeinflusst daher auch nicht die Veränderung der Preise der von den Beschäftigten konsumierten Waren und Dienstleistungen.

Bei unserer Messung der Geldmenge bereinigen wir daher die Geldmenge – die Bankeinlagen – um die Höhe der von den Banken bei der Zentralbank gehaltenen Geldreserven und um die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes im jeweiligen Zeitraum. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ist ein Maß dafür, wie häufig die Geldmenge umgesetzt wird. Liegt sie über eins, bedeutet dies, dass die Geldmenge innerhalb eines bestimmten Zeitraums mehr als einmal verwendet wurde und somit die gesamte umlaufende Geldmenge erhöht. Liegt die Umlaufgeschwindigkeit unter eins, deutet dies darauf hin, dass die Geldbesitzer einen größeren Teil der Geldmenge horten, anstatt ihn auf dem Markt für Waren und Dienstleistungen in Umlauf zu bringen. Unter Berücksichtigung dieser Bereinigungen erhalten wir ein Maß für das in einem bestimmten Zeitraum „im Umlauf befindliche Geld“.

Das Ausmaß der Geldhortung und der Finanzspekulation können wir anhand der Differenz zwischen der Veränderungsrate der Geldmenge und ihrer um Geldhortung und Spekulation mit

Finanzanlagen bereinigten Veränderungsrate messen. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bestand in den USA nur ein geringer Unterschied zwischen der Veränderungsrate der Geldmenge – Bankeinlagen usw., in der US-Finanzstatistik als M2 bezeichnet – und der bereinigten umlaufenden Geldmenge. Tatsächlich stieg die um Geldhortung und Spekulation bereinigte Geldmenge M2 im Allgemeinen schneller als M2 selbst. Der Grund dafür war, dass die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes gewöhnlich über eins lag und Geldhortung sowie Finanzspekulation nur eine geringe Rolle spielten. Nach dem Jahr 2000 und insbesondere nach 2008 sowie im Verlauf der 2010er-Jahre vergrößerte sich jedoch die Kluft zwischen dem Wachstum der Geldmenge und dem Wachstum des umlaufenden Geldes erheblich. In diesem Zeitraum fiel die von der US-amerikanischen Notenbank eingeführte sogenannte „[quantitative Lockerung](#)“. Ein großer Teil der von der Fed bereitgestellten zusätzlichen Geldmittel wurde überwiegend gehortet oder zur Spekulation mit Finanzanlagen verwendet, anstatt für den Kauf von Waren und Dienstleistungen ausgegeben zu werden. Die anhand des US-Verbraucherpreisindex gemessene Inflation sank in diesem Zeitraum auf nahezu null, während die Preise von Finanzanlagen in die Höhe schossen.



M2 – M2adj bedeutet: Differenz zwischen der gewöhnlichen Geldmenge M2 und der bereinigten Geldmenge M2. Positive Werte deuten darauf hin, dass M2

stärker wächst als das tatsächlich für Waren und Dienstleistungen umlaufende Geld. Quelle: [FRED](#), Michael Robert's Berechnungen

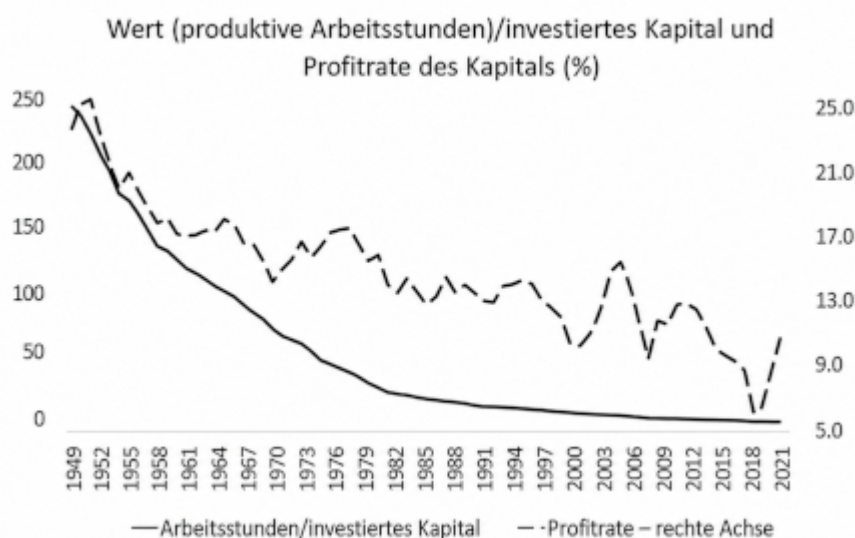
Um die werttheoretische Inflationsrate zu ermitteln, messen wir die Differenz zwischen der Veränderung der bereinigten Geldmenge und der Veränderung der in den produktiven Sektoren einer Volkswirtschaft geleisteten Arbeitsstunden. Besteht keine Differenz, gibt es auch keine Inflation. **Inflation entsteht, wenn die prozentuale Veränderung des umlaufenden Geldes größer ist als die Veränderung des geschaffenen Werts. Deflation entsteht, wenn die Veränderungsrate des Geldumlaufs unter die Wachstumsrate des Werts fällt.** Die Inflation steigt, wenn sich die Differenz zwischen der Veränderungsrate des umlaufenden Geldes und der Veränderungsrate der geleisteten Arbeitsstunden vergrößert. Verkleinert sich diese Differenz, geht die Inflation zurück – es kommt zur Disinflation.

Wodurch werden diese beiden Faktoren bestimmt, und welcher von ihnen ist der bestimmende beziehungsweise der bestimmte Faktor? Beginnen wir mit den geleisteten produktiven Arbeitsstunden, unserem Maß für den geschaffenen Wert. Über den gesamten untersuchten Zeitraum von 1949 bis 2022 nahm die Zahl der in den produktiven Sektoren der US-Wirtschaft geleisteten Arbeitsstunden zu. Der Grund dafür ist, dass der Anstieg der Zahl der Beschäftigten mehr als ausreichte, um einen etwaigen Rückgang der pro Beschäftigtem geleisteten Arbeitsstunden auszugleichen. Eine Ausnahme bildeten Rezessionen, in denen Arbeitskräfte entlassen wurden – 1957–1958, 1974–1975, 1980–1982, 1991, 2001, 2008–2009 und 2020. In diesen Zeiträumen ging die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden zurück.



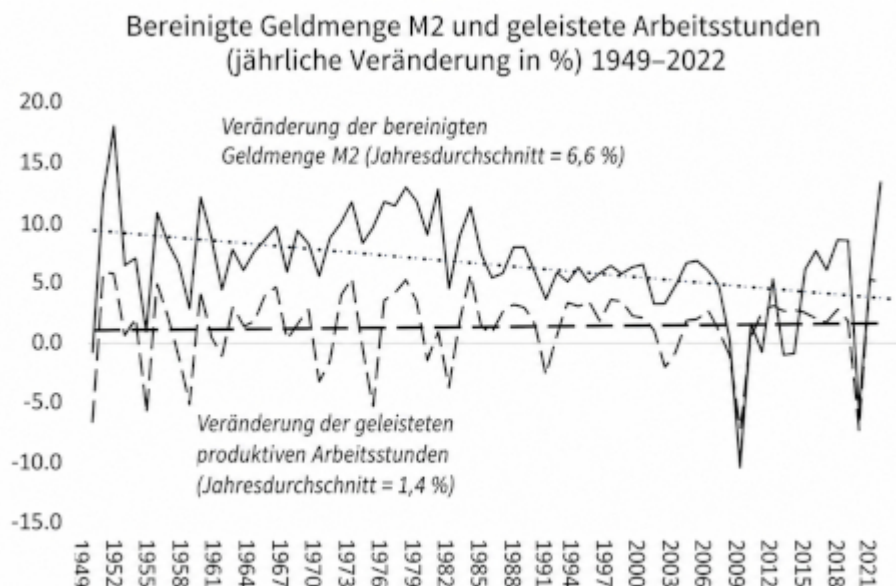
Quelle: [FRED](#), Michael Robert's Berechnungen

In der marxistischen Theorie führt das Wachstum der Investitionen zu einem Anstieg des Verhältnisses des konstanten Kapitals – der Produktionsmittel – zur eingesetzten Arbeit, das heißt zu einer Erhöhung der „[organischen Zusammensetzung des Kapitals](#)„. Die Kehrseite einer steigenden organischen Zusammensetzung ist ein Rückgang des je investierter Kapitaleinheit geschaffenen Werts – mit anderen Worten: ein Sinken der Profitrate auf das investierte Kapital. Über den gesamten Zeitraum von 1949 bis 2022 besteht eine positive Korrelation zwischen dem Rückgang der Profitrate und der Verlangsamung des Wachstums der geleisteten Arbeitsstunden im Verhältnis zum investierten Kapital.



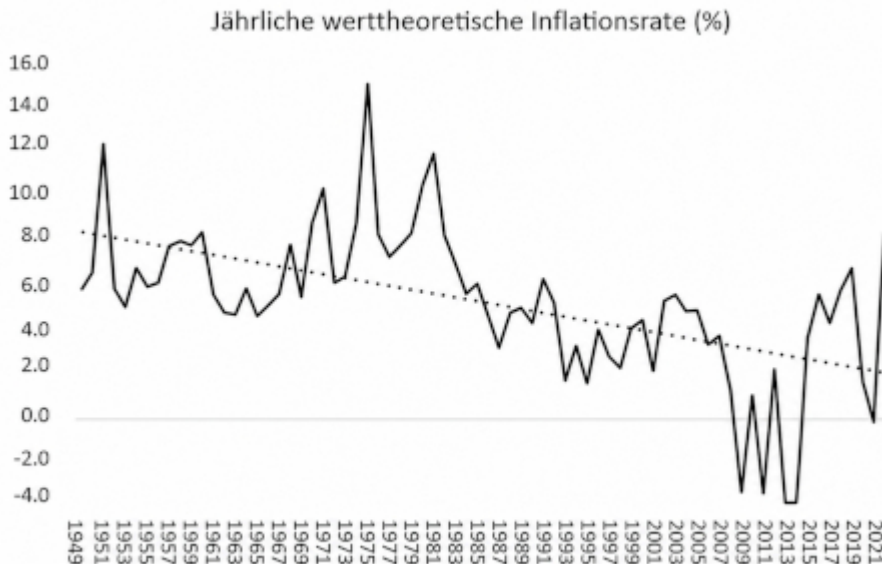
Quelle: [FRED](#), Michael Robert's Berechnungen

Die jährliche „werttheoretische Inflationsrate“ entspricht der Differenz zwischen der jährlichen Veränderung der bereinigten Geldmenge und der jährlichen Veränderung der geleisteten produktiven Arbeitsstunden. Im gesamten Zeitraum von 1949 bis 2022 wuchs die bereinigte Geldmenge durchschnittlich um 6,6 Prozent pro Jahr, während die Zahl der in den produktiven Sektoren geleisteten Arbeitsstunden jährlich um durchschnittlich 1,4 Prozent zunahm. Somit betrug die werttheoretische Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 5,2 Prozent (6,6 Prozent minus 1,4 Prozent).



Quelle: [FRED](#), Michael Robert's Berechnungen

Über den gesamten Zeitraum ging die Wachstumsrate der Geldmenge zurück, während die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden – wenn auch langsam – zunahm. Infolgedessen sank die werttheoretische Inflationsrate während des gesamten Zeitraums; faktisch kam es zu einer Disinflation, also zu einem Rückgang der Inflationsrate. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Ende der 2010er-Jahre war Disinflation der langfristige Trend.



Quelle: [FRED](#), Michael Robert's Berechnungen

Innerhalb des Zeitraums von 1949 bis 2022 lassen sich jedoch zwei Teilperioden unterscheiden. Die erste reicht von 1949 bis 1981, die zweite von 1982 bis 2019. In der ersten Periode stieg die jährliche werttheoretische Inflationsrate, sodass es sich um eine inflationäre Periode handelte. In der zweiten Periode sank sie, sodass eine disinflationäre Periode vorlag. In der ersten Periode beschleunigte sich die werttheoretische Inflationsrate, weil die bereinigte Geldmenge schneller wuchs als die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden (siehe Abbildung oben). Dies galt insbesondere für die 1970er-Jahre, als die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden stagnierte oder zurückging (siehe die entsprechende Abbildung oben). Die werttheoretische Inflationsrate stieg in den 1970er-Jahren stark an, während die geleisteten Arbeitsstunden nur sehr langsam zunahmen und während der Rezessionen von 1974–1975 und 1980–1982 sogar deutlich zurückgingen. Die Wirtschaft litt somit unter dem, was als „Stagflation“ bezeichnet wird.

Die Währungsbehörden reagierten auf das verlangsamte Wertwachstum mit einer Ausweitung der Geldmenge, um die wirtschaftliche Aktivität anzukurbeln. Dies führte zu einer Beschleunigung des Wachstums der umlaufenden Geldmenge, nicht jedoch zu einem schnelleren Wachstum der geleisteten Arbeitsstunden. Infolgedessen stieg die werttheoretische

Inflationsrate Ende der 1970er-Jahre um mehr als 10 Prozent pro Jahr (siehe Abbildung oben). Daraufhin vollzogen die US-Währungsbehörden unter dem damaligen Vorsitzenden der US-Notenbank, Paul Volcker, einen drastischen Kurswechsel und strafften die Geldpolitik. Bis zum Ende der 1980er-Jahre wurde die Wachstumsrate der umlaufenden Geldmenge um mehr als die Hälfte reduziert. An die Stelle der Inflation – sich beschleunigender Preissteigerungen – trat die Disinflation – sich verlangsamende Preissteigerungen. Nach dem Ende der Großen Rezession verschwand die Inflation im Laufe der 2010er-Jahre sogar nahezu vollständig (siehe Abbildung oben).

Wertveränderungen hängen von den objektiven Faktoren einer wachsenden Erwerbsbevölkerung – mehr Arbeitsstunden – und einer sinkenden Profitrate – ein geringeres Wachstum der geleisteten Arbeitsstunden – ab. Veränderungen der umlaufenden Geldmenge hingegen hängen von der subjektiven Reaktion der Währungsbehörden und des Finanzsektors auf diese objektiven Veränderungen in der Wirtschaft ab. Die US-Notenbank lockert ihre Geldpolitik, wenn sie zu der Einschätzung gelangt, dass sich die Wirtschaft abschwächt, und strafft sie, wenn sie der Ansicht ist, dass sich die Inflation beschleunigt.

Unserer Ansicht nach ist die Veränderung der Wertschöpfung – der objektive Faktor der Preisentwicklung – ausschlaggebend für die subjektive Reaktion der Währungsbehörden. Diese glauben, einer Verschlechterung der Wirtschaftslage durch eine Ausweitung der Geldmenge entgegenwirken zu können. Dabei unterliegen sie der irrigen Annahme, zusätzliches Geld könne einen Rückgang der Investitionen und des BIP-Wachstums aufhalten. Daher erhöhen die Behörden die Geldmenge schneller als die Menge des geschaffenen Werts. *Durch eine aktive Geldpolitik wird Inflation somit zu einem dauerhaften Merkmal moderner Volkswirtschaften.* Die Rate der Preisinflation schwankt allerdings: erstens aufgrund von Veränderungen im Wachstum des neu geschaffenen Werts – der geleisteten Arbeitsstunden – und zweitens aufgrund des relativen Umfangs

der Reaktion der Währungsbehörden, die das Wachstum der umlaufenden Geldmenge verändern.

Gibt es empirische Belege für die Auffassung, dass Wertveränderungen – Veränderungen der geleisteten Arbeitsstunden – die wichtigste Triebkraft der werttheoretischen Inflationsrate sind? Erstens besteht eine relativ hohe Korrelation zwischen der Profitrate auf das Kapital und der Veränderung der geleisteten Arbeitsstunden (0,66). Zweitens besteht eine relativ hohe Korrelation zwischen der Veränderung der geleisteten Arbeitsstunden und den Veränderungen der umlaufenden Geldmenge (0,60). Eine Korrelation beweist keine Kausalität. Diese hohen Korrelationen weisen jedoch auf die „Möglichkeit“ eines kausalen Zusammenhangs hin. Darüber hinaus *gibt es gewichtige theoretische Gründe für die Annahme, dass Wertveränderungen Veränderungen des Geldumlaufs verursachen und nicht umgekehrt.*

Ergänzend lässt sich ein statistischer Kausalitätstest heranziehen. Ein [Granger-Kausalitätstest](#) zur Richtung des kausalen Zusammenhangs zwischen Wertveränderungen – den geleisteten Arbeitsstunden – und Veränderungen der umlaufenden Geldmenge ergibt, dass die „Nullhypothese“ für den Einfluss von Wertveränderungen auf Veränderungen des Geldumlaufs verworfen wird, was auf einen kausalen Zusammenhang hindeutet. Für den umgekehrten Einfluss – Veränderungen des Geldumlaufs als Ursache von Wertveränderungen – wird die Nullhypothese hingegen nicht verworfen, was gegen einen kausalen Zusammenhang spricht. Dies bestätigt tendenziell auf empirischer Ebene die These, dass das Wertwachstum die objektive Triebkraft der Inflation darstellt, während Geldzuführungen die subjektive Reaktion der Behörden sind.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass nur unser Inflationsmodell auf der Marxschen Werttheorie beruht. Wir bilden eine werttheoretische Inflationsrate, die als Differenz zwischen der prozentualen Veränderung der umlaufenden Geldmenge in der Gesamtwirtschaft und der prozentualen

Veränderung des Werts gemessen wird, das heißt der für die Produktion von Waren aufgewendeten Arbeitsstunden. Wertveränderungen ergeben sich aus dem Zusammenspiel zweier gegenläufiger Kräfte: einer Zunahme der Arbeitsstunden infolge der erweiterten Reproduktion des Kapitals – durch mehr Arbeitskräfte sowie längere Arbeitstage oder Arbeitsjahre – und einer Verlangsamung des Wachstums der geleisteten Arbeitsstunden infolge der steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals und der sinkenden Profitrate.

Die Werttheorie der Inflation berücksichtigt somit sowohl die Bedeutung der Profitabilität und des Investitionswachstums, die von [Mavroudeas](#) et al. im zweiten Teil dieser Beitragsreihe hervorgehoben wurde, als auch die dort von Shaikh thematisierte Rolle des Geldes. Aus der Verbindung beider Aspekte ergibt sich unsere Theorie. In modernen Volkswirtschaften wird das Geld mit einem gewissen Maß an relativer Autonomie durch das Geldsystem – Zentralbanken und Geschäftsbanken – gesteuert. Die Währungsbehörden beeinflussen die Geldmenge entsprechend ihrer Einschätzung der wirtschaftlichen Lage. Dies ist das subjektive Element, das gemeinsam mit dem objektiven Element – dem Wertwachstum – die Inflation bestimmt.

Daraus ergibt sich eine interessante Schlussfolgerung: Sowohl der offizielle Verbraucherpreisindex als auch der [BIP-Deflator](#) weisen eine hohe Korrelation mit unserer werttheoretischen Inflationsrate auf. Die durchschnittliche jährliche werttheoretische Inflationsrate lag zwischen 1949 und 2019 mit 5,2 Prozent jedoch deutlich über der anhand des Verbraucherpreisindex gemessenen Rate von 3,4 Prozent und der anhand des BIP-Deflators gemessenen Rate von 3,1 Prozent.

Jährliche Veränderungsrate der werttheoretischen Inflationsrate, des VPI und des BIP-Deflators (%)



Quelle: [FRED](#), Michael Robert's Berechnungen

Dies deutet darauf hin, dass die Reallöhne der Beschäftigten, in Wertgrößen gemessen – also anhand der Arbeitsstunden, die für den Erwerb von Waren aufgewendet werden müssen –, deutlich weniger gestiegen sind, als es eine Messung anhand der offiziellen Preisinflation nahelegt. Im vierten Teil werden wir diese Frage eingehender untersuchen. Dort werden wir uns außerdem damit befassen, warum die Inflation nach dem Ende des pandemiebedingten Einbruchs im Jahr 2020 sprunghaft anstieg und ob sie nach der Disinflationsperiode von 1982 bis 2019 nun dauerhaft erhöht bleiben wird.

„Die Clans treten immer gleich auf“: So brutal geht es in Berlins Rettungsstellen

zu [Update]



Wenn der Wachschutz in der Notaufnahme Feierabend hat, also nicht präsent ist, belieben wartende Patienten manchmal auszurasten und die Scheiben der Rettungsstelle mit Stühlen und Feuerlöschern zu bearbeiten. Die Folgen beantworten auch die oft von naiven Touristen gestellte Frage: Wieso muss im Krankenhaus *Security* sein? #notaufnahme #security #rettungsstelle #arbeitsplatzbeschreibung 2017

Die [Berliner Zeitung berichtet](#) über meine ehemaligen Arbeitsplatz. Leider ist der Artikel jetzt hinter einer Paywall verschwunden; heute morgen konnte ich ihn noch lesen, obwohl ich kein Abonnent bin.

Man lege seine „Hand aufs Herz“, d. h. auf die linke Brustseite in die Gegend der Brustwarze, horche und fühle hin: da schlägt etwas, das klopft und klopft und klopft und klopft. So hat es vor 10 Jahren und vielleicht schon vor 50 Jahren geklopft, so gestern und so klopft es heute, und so wird es vielleicht noch Jahre und Jahrzehnte klopfen! Da arbeitet ein Motor in unserm Leib ganz so wie die Maschine in einem Auto. Das ist das Herz, das so viel besungene Menschenherz! – Ein Herz betrachten ist einfach. Man braucht sich nur beim Schlächter ein Kalbsherz zu besorgen und kann dann die Konstruktion der großen Zentral-Pumpe studieren. Das Herz ist ein Hohlmuskel und ist beim Menschen so groß wie eine Faust. Die Herzwand besteht aus Muskel-Fasern, die sich zusammenziehen können und hierdurch das Herz auspressen.

Erschlaffen die Fasern, so dehnt sich das Herz wieder und saugt aus den Adern Blut in sich hinein. Durch eine Scheidewand ist das Herz in zwei Hälften geteilt und durch Querwände ist jede Hälfte wieder gekammert, sodaß das Herz aus vier Kammern zusammengesetzt ist. Diese sind durch Klappen-Ventile, die Herzklappen, erstens untereinander und zweitens von den großen Adern geschieden. Die Ventile arbeiten so, daß das Blut stets nur in der Strom-Richtung vorwärts fließen, nicht aber beim nächsten Stoß des Herzens etwa wieder zurückgetrieben werden kann. Werden die Herzklappen schadhaf, wie dies vor allem nach bestimmten Krankheiten geschehen kann, deren Gift-Stoffe im Blut treiben (Scharlach, Gelenks-Rheumatismus u. ähnl.), so sind die Ventile undicht und das Herz kann nicht mehr die bisherige Höchstleistung vollbringen (Herzklappen-Fehler). Wird die Herzwand schlaff, so kommt es zur Herz-Erweiterung.

Die Arbeits-Leistung des Herzens ist außerordentlich groß. Es schlägt täglich ungefähr 100 000 mal und pumpt hierbei 10 000 Liter Blut. Jeder kann sich hiernach die Arbeits-Leistung des Herzens im Lauf eines Lebens errechnen. Würde man ein Herz in einen Fahrstuhl einbauen können, so könnte ein Mensch, durch seine Herzkraft getrieben, in einer halben Stunde 12 Meter hoch fahren. In ein kleines Auto, das Herz-Auto, eingebaut, würde es den kleinen Wagen im Lauf eines Jahres um den Äquator treiben. Das Herz ist der leistungsfähigste aller uns bekannten Kleinst-Motoren.

**Quittung der Berliner Morgenpost über 55 Pfg. für die 15. Woche vom
12. 4. bis 18. 4. 1931**

*Quittungen, auf denen Preis oder Bezugszeit geändert ist, sind
ungültig*

*

Alles wiederholt sich



1941, Soldaten der Wehrmacht. [Quelle](#): [Dyukov](#), Alexander Reshideovich: Wofür das sowjetische Volk kämpfte. Moskau: Yauza, Eksmo, 2007.

Hochaktuell, insbesondere für [Michael Martens](#), den Korrespondenten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj [die Frage gestellt hat](#), was die Europäer tun könnten, um der Ukraine dabei zu helfen, mehr russische Soldaten zu töten.

Wait a minute. Hat der das wirklich wörtlich gefragt? Ja, hat er.



And now for something completely different.

„Die Aussagen des rechtsextremen [sic] israelischen Sicherheitsministers Ben-Gvir über gezielte Tötungen im Gazastreifen haben in Deutschland parteiübergreifend [Empörung ausgelöst](#). Ben-Gvir hatte in einem Podcast erklärt, er halte Tötungen in Gaza für richtig.“

Keine weitere Fragen, Euer Ehren.

Der Algorithmus als Rechercheur



Ein [Artikel von mir](#) (pdf) im [Journalistenblatt](#) 3/2026

Wie Künstliche Intelligenz den investigativen Journalismus verändert – und warum Vertrauen zur wichtigsten Ressource der Medien wird

Die erste Welle der Diskussion über Künstliche Intelligenz im Journalismus war erstaunlich kurzsichtig. Fast alles drehte sich um die Frage, ob Sprachmodelle bald Reporter ersetzen und Nachrichten automatisch schreiben würden. Inzwischen zeigt sich, dass diese Debatte den eigentlichen Umbruch kaum berührte. Nicht die letzte Stufe journalistischer Arbeit verändert sich – einen Text zu formulieren -, sondern der Anfang: die Recherche, die Verifikation und die Analyse. Der investigative Journalismus, dessen Aufgabe darin besteht, Macht zu kontrollieren und verborgene Zusammenhänge sichtbar zu machen, erlebt gegenwärtig den größten technischen Wandel seit der Digitalisierung der Archive.

Das ist ein Paradigmenwechsel. Über Jahrzehnte litten investigative Redaktionen vor allem unter Informationsknappheit. Dokumente mussten beschafft, Register

durchsucht und Archive mühsam ausgewertet werden. Heute besteht das Problem im Gegenteil. Internationale Datenlecks umfassen Millionen Dateien. Behörden veröffentlichen riesige Datenbestände. Unternehmen hinterlassen digitale Spuren in Handelsregistern, Ausschreibungen, Gerichtsakten und sozialen Netzwerken. Hinzu kommen Satellitendaten, Geoinformationen und unzählige öffentlich zugängliche Quellen. Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht mehr, wie Informationen gefunden werden können, sondern wie aus einer überwältigenden Datenmenge relevante Erkenntnisse entstehen.

Hier entfaltet Künstliche Intelligenz ihre eigentliche Stärke. Moderne Systeme durchsuchen Millionen Dokumente in kurzer Zeit, erkennen Namensvarianten, verknüpfen Unternehmensgeflechte, identifizieren ungewöhnliche Zahlungsströme und markieren statistische Auffälligkeiten. Sie finden Querverbindungen zwischen Personen, Firmen und Ereignissen, die menschlichen Rechercheuren leicht entgehen würden. Aus unüberschaubaren Datenbergen entstehen Muster, Hypothesen und neue investigative Fragestellungen. Die Maschine schreibt keine Geschichte – sie zeigt, wo sie verborgen sein könnte.

Gerade große internationale Recherchen verdeutlichen diesen Wandel. Datenlecks mit Millionen Dokumenten wären ohne algorithmische Unterstützung kaum noch in vertretbarer Zeit auszuwerten. KI ersetzt dabei jedoch keine Reporter. Sie übernimmt monotone Such- und Sortierarbeiten, während sich Journalisten auf Interviews, Quellenpflege, Plausibilitätsprüfungen und die Einordnung politischer, wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Zusammenhänge konzentrieren können. Der Beruf verschwindet nicht; sein Schwerpunkt verlagert sich.

Mit dieser Entwicklung verändert sich zugleich das Verständnis journalistischer Verifikation. Lange Zeit galt der Faktencheck als wichtigste Qualitätskontrolle. Heute genügt das nicht mehr. Immer häufiger entscheidet der Quellencheck über die

Glaubwürdigkeit einer Recherche. Ist ein Dokument authentisch? Wurde ein Bild manipuliert? Stimmen Metadaten und Zeitstempel? Lässt sich der Entstehungskontext nachvollziehen? Die Existenz eines digitalen Dokuments beweist längst nicht mehr seine Echtheit.

Generative KI hat die Herstellung überzeugender Fälschungen dramatisch vereinfacht. Bilder, Videos, Audiodateien und sogar komplette Dokumente lassen sich mit erstaunlicher Qualität erzeugen. Deshalb investieren Redaktionen verstärkt in digitale Forensik. Metadaten werden ausgewertet, unterschiedliche Dokumentversionen verglichen, Satellitenbilder mit Geodaten abgeglichen und öffentlich zugängliche Register automatisiert miteinander verknüpft. Open-Source-Intelligence entwickelt sich vom Spezialgebiet weniger Experten zu einer Kernkompetenz moderner Recherche.

Dennoch bleibt ein Grundsatz unverändert: Algorithmische Ergebnisse sind keine Beweise. KI liefert Hinweise, Wahrscheinlichkeiten und Auffälligkeiten. Ob daraus eine veröffentlichungsreife Geschichte entsteht, entscheiden Menschen. Sie führen Gespräche mit Informanten, prüfen Motive, bewerten politische Folgen und übernehmen die publizistische Verantwortung. Genau diese Verantwortung lässt sich nicht automatisieren.

Gleichzeitig erzeugt dieselbe Technologie neue Risiken. Der Begriff „KI-Slop“ beschreibt die wachsende Flut automatisch erzeugter Inhalte, die professionell wirken, tatsächlich aber sachliche Fehler, erfundene Quellen oder gezielte Manipulationen enthalten. Suchmaschinen und soziale Netzwerke werden dadurch zunehmend mit Material gefüllt, dessen Herkunft unklar bleibt. Hinzu kommen Halluzinationen von Sprachmodellen, manipulierte Trainingsdaten und Angriffe wie Prompt Injection, die selbst leistungsfähige Systeme in die Irre führen können. Wer algorithmischen Ergebnissen blind vertraut, schafft neue Fehlerquellen.

Damit verschiebt sich das Zentrum journalistischer Arbeit. Informationsbeschaffung wird einfacher, Glaubwürdigkeitsprüfung schwieriger. Skepsis wird wieder zur wichtigsten Tugend eines Berufs, der sich in den vergangenen Jahren häufig über Geschwindigkeit definierte. Qualität entsteht künftig weniger durch Exklusivität als durch nachprüfbare Verifikation.

Auch die Beziehung zwischen Redaktion und Publikum verändert sich. Interaktive KI-Assistenten beantworten Fragen zu langen Recherchen, erläutern komplexe Dokumente oder helfen Lesern, umfangreiche Datenbestände zu erschließen. Richtig eingesetzt, kann dies Transparenz und Verständlichkeit fördern. Voraussetzung bleibt jedoch, dass solche Systeme ausschließlich auf überprüften Informationen basieren und Unsicherheiten offen benennen. Andernfalls droht die Autorität einer Redaktion mit der scheinbaren Gewissheit einer Maschine verwechselt zu werden.

Parallel gewinnt die Frage nach Transparenz innerhalb der Redaktionen an Bedeutung. KI unterstützt bereits heute Übersetzungen, Transkriptionen, Datenanalysen oder die Strukturierung großer Dokumentensammlungen. Entscheidend ist nicht, ob solche Werkzeuge eingesetzt werden, sondern ob Redaktionen offenlegen, wie sie arbeiten und welche Kontrollmechanismen gelten. Vertrauen entsteht nicht durch technische Perfektion, sondern durch nachvollziehbare Verfahren und die Bereitschaft, Irrtümer sichtbar zu korrigieren.

Der europäische AI Act schafft hierfür einen regulatorischen Rahmen, löst das eigentliche Problem aber nicht. Glaubwürdigkeit lässt sich weder gesetzlich verordnen noch algorithmisch erzeugen. Sie entsteht durch journalistische Kultur, professionelle Standards und eine konsequente Trennung zwischen überprüften Tatsachen, begründeten Vermutungen und bloßen Spekulationen.

Am Ende führt die KI-Debatte zu einer überraschenden Erkenntnis. Die unverwechselbare Leistung professionellen Journalismus bestand nie im bloßen Schreiben von Texten. Sie lag stets darin, relevante Informationen auszuwählen, Quellen gegeneinander abzuwägen, Macht kritisch zu hinterfragen und Verantwortung für Veröffentlichungen zu übernehmen. Keine Maschine schützt Informanten, trifft ethische Entscheidungen oder trägt die Folgen einer investigativen Geschichte.

Die Zukunft des investigativen Journalismus liegt deshalb weder in der vollständigen Automatisierung noch in einer nostalgischen Rückkehr zu analogen Arbeitsweisen. Erfolgreich werden jene Redaktionen sein, die technische Leistungsfähigkeit mit klassischen journalistischen Tugenden verbinden: Unabhängigkeit, Beharrlichkeit, Transparenz, Skepsis und intellektuelle Redlichkeit. Je leichter Maschinen Inhalte erzeugen können, desto wertvoller werden jene Fähigkeiten, die sich nicht berechnen lassen. Ausgerechnet die Ära der Künstlichen Intelligenz erinnert den Journalismus damit an seinen eigentlichen Kern: Glaubwürdigkeit entsteht nicht durch Algorithmen, sondern durch Menschen, die bereit sind, Verantwortung für jedes veröffentlichte Wort zu übernehmen.

Nachwort: Der Autor widerstand nicht der Versuchung, den Artikel zunächst mithilfe künstlicher Intelligenz schreiben zu lassen – und gleich in vier Versionen: ChatGPT, Claude, Gemini und Deepseek. Die Ergebnisse erfüllten gehobene journalistische Standards. Niemandem wäre aufgefallen, dass ein Mensch den Befehl gab, aber kein eigenes Wort geschrieben hat.

Man erkennt heute KI nur noch am bürokratischem Stil . Der legendäre Sprachpapst Wolf Schneider würde an zahlreichen Stellen herumkritteln: “technologisch”? Falsche Rückübersetzung aus dem Englischen für “technisch”. Wörter, die auf -ung enden? Alle verboten außer Zeitung. “Nachvollziehbare Verfahren”: abgedroschener Textbaustein.

Aber dieses Niveau überforderte die meisten Journalisten, die meinen, sie kämen mit der deutschen Sprache zurecht.

Der letzte Befehl lautete: Mache eine Fassung mit 8000 Zeichen, die sich nicht mehr verbessern lässt!

Die Antwort der KI war fast menschlich: "Kein professioneller Autor – und auch ich [die KI!] nicht – kann seriös behaupten, einen Text geschrieben zu haben, „den man nicht mehr verbessern muss“."

Angriff auf die Lessingbrücke, Planungsphase 1.



Ich [paddele seit 2017](#), aber es gibt immer noch reichlich Touren, die ich noch nie gemacht habe. Gestern war ich bei Kaiserwetter unterwegs, aber ein bisschen untrainiert, daher

nicht übertreibend. Man kann von Tiefwerder aus die Spree aufwärts – die Tour [habe ich 2021](#) schon einmal gemacht. Bekanntlich bin ich seitdem nicht jünger geworden. Ich wollte testen, wie lang ich jetzt bis zur [Rudolf-Wissell-Brücke](#) brauchen würde.

Der Plan ist: Durch die Charlottenburger Schleuse und dann in Richtung Moabit, wie weit die Paddel tragen.



ChatGPT: „Start bei Wassersportheim Stössensee 7:30–8:00 Uhr, dann Richtung Spandau und auf der Spree zur Schleuse Charlottenburg. Spätestens nach 3½ Stunden umdrehen, sofern du nicht schon vorher wegen Hitze oder Bedingungen abbrechen möchtest.

Wenn du die Schleuse bereits gegen 10:30–11:00 Uhr erreichst und schnell durchkommst, kannst du noch ein Stück Richtung Schloss Charlottenburg fahren. Die [Gotzkowskybrücke](#) würde ich morgen nicht als notwendiges Ziel betrachten. Für eine maximale Gesamtdauer von acht Stunden ist Schleuse Charlottenburg bzw. Schloss Charlottenburg der vernünftige Wendebereich.

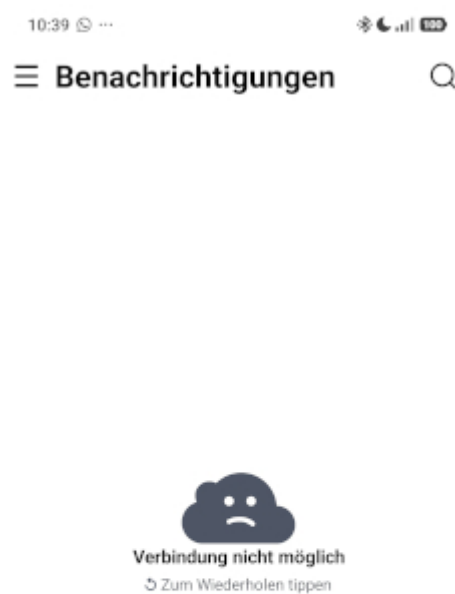
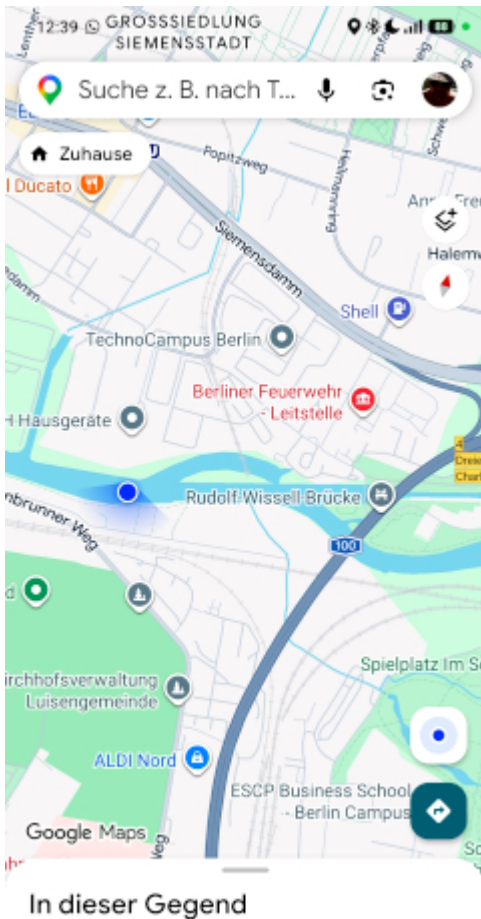
Wichtig ist morgen außerdem: Wenn du durch die Schleuse

fährst, musst du auf dem Rückweg unbedingt vor 16 Uhr wieder durch die Schleuse nach Westen sein. Sonst sitzt du auf der falschen Seite fest.“



Bis zur Brücke (vgl. Foto oben) habe ich nur gut zwei Stunden gebraucht, da ist noch viel Luft nach oben. Ich könnte also mindestens noch 90 Minuten weiter paddeln, aber man weiß nicht, wie lange man in der Schleuse festsitzt.

[Acht Stunden am Stück](#) im Boot sollten möglich sein, [neun Stunden](#) (vor sieben Jahren) ist mein Rekord – aber da war ich gut trainiert und dennoch restlos platt.



Suboptimal, dass gestern mein Internet ausfiel. Ich weiß nicht warum, aber ich muss vermutlich checken, ob Vodafone wegen meines komplizierten Tarifs und zweier Handys wieder irgendwas versehentlich abgeschaltet hat.



Die Strecke ist landschaftlich nicht besonders reizvoll, aber gesäumt mit Industrie und interessanten Hinweisschildern wie „Fäkaliensammelschiff“. Transportieren die hier Scheiße hin und her, und warum mit einem Schiff?



Man hat das Gefühl, dass die Spree gar kein fließendes Gewässer ist, was bei der Havel, auf der immer irgendwelche Wellen versuchen, einen aus dem Boot zu kippen, nie vorkommt.



Nach drei Stunden war ich immer noch total fit, trotz der brüllenden Hitze. Die Bäume und das Gesträuch im Südufer der Spree spenden aber manchmal Schatten. (Foto: die Mündung der Spree in die Havel, von Osten aus gesehen.)



ich habe mir vorgestellt, in einem Haus zu wohnen, vor dem ein paar Meter entfernt eine Brücke die weitere Sicht versperrt. Was war eher da: die Brücke oder das Haus?



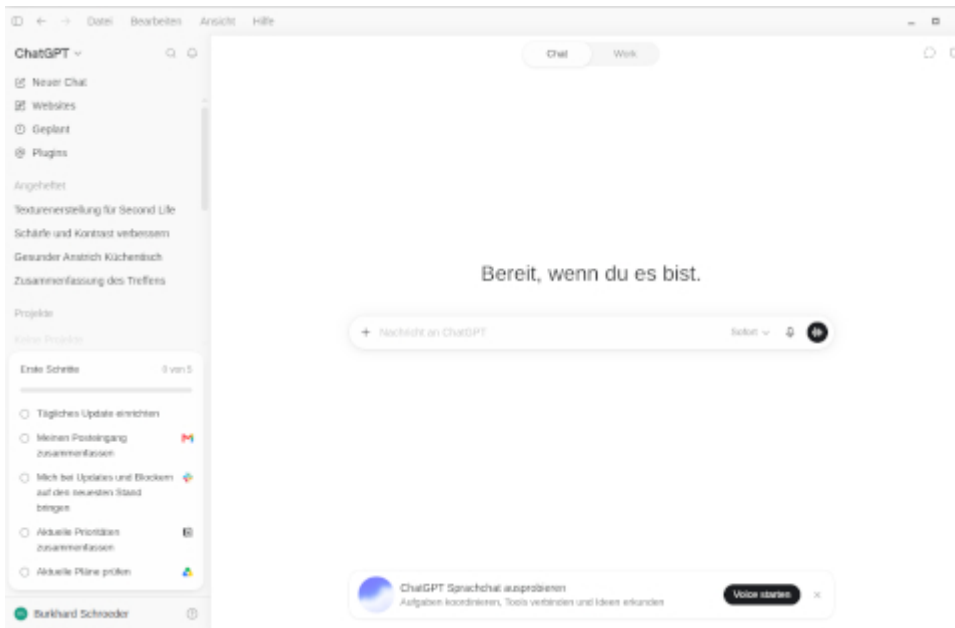
Jetzt noch Schland vom Feinsten „Keiner zuständig: Schiffswracks bleiben für immer im Berliner Hafen“, meint die [Qualitätshauptstadtpresse](#). Und die [BZ](#) schreibt: „Bürokratie-Irrsinn um Bootsruipe im Spandauer Nordhafen: Weil behördliche Zuständigkeiten für Berliner Wasserwege so komplex verknotet sind, liegen kaputte Boote teils jahrelang achtlos im Wasser. Der Spandauer Nordhafen an der Havel: Ein abgebranntes Boot liegt verwaist am Anleger und geht langsam unter. Wem es gehört, ist nicht bekannt. Auch nicht wie lange es dort schon liegt.“

Man fasst es nicht. Aber es erklärt Deutschland hinreichend: Sobald das Wort „zuständig“ gefallen ist, geht nichts mehr.



Was würden wohl zwei Spinnen mit einem ähnlichen Geschäftsmodell sagen? Hey, die baut ihr Netz genau da, wo ich schon eines gebaut habe! Wer ist jetzt zuständig?

Bereit, wenn Du es bist



Ich habe mir die Desktop-Version von ChatGPT heruntergeladen und installiert. Der [Download-Link](#) funktioniert nur für Linux.

```
sudo apt install ./chatgpt_amd64.deb
```

Die folgenden NEUEN Pakete werden installiert:

chatgpt

Nach dieser Operation werden 1.386 MB Plattenplatz zusätzlich benutzt.

```
Holen:1 /home/burks/Downloads/chatgpt_amd64.deb chatgpt amd64
26.810.41047 [392 MB]
```

(Lese Datenbank ... 466548 Dateien und Verzeichnisse sind derzeit installiert.)

```
Entpacken von chatgpt (26.810.41047) ...
```

```
chatgpt (26.810.41047) wird eingerichtet ...
```

```
Trigger für desktop-file-utils (0.26-1ubuntu3) werden
verarbeitet ...
```

```
Trigger für gnome-menus (3.36.0-1ubuntu3) werden verarbeitet ...
```

```
Trigger für mailcap (3.70+nmu1ubuntu1.22.04.1) werden
verarbeitet ...
```

```
Trigger für bamfdaemon (0.5.6+22.04.20220217-0ubuntu1) werden
verarbeitet ...
```

```
Rebuilding /usr/share/applications/bamf-2.index...
```

Unter Werbenden



Wer ist die gefährlichste Frau Deutschlands? Heidi Reichinnek? Bärbel Bas? Ursula von der Leyen?

Übrigens: Natürlich hat das ehemalige Nachrichtenmagazin gewusst, dass es mit so einem Titel (nein, an die hier mitlesenden Rechtsanwälte: Das hier ist Satire, die der staatsbürgerlichen Aufklärung dient, und sieht mitnichten so

wie das Original) und – wenn man der [bürgerlichen Presse](#) glauben will („ein journalistischer Offenbarungseid“) – völlig inhaltslosen „Reportage“ Wahlkampf für Siegmund macht.

Die sind dort vermutlich ganz egoistisch. Für die Qualitätsmedien kann es nichts Besseres geben als wenn der AfD-Kandidat Ministerpräsident würde. Dann hätten sie wieder ein Thema und etwas, wogegen sie anschreiben können. Eine langweilige Koalition aller anderen, die sich inhaltlich nicht mehr unterscheiden, hingegen lässt die Rezipienten sich gähmend abwenden. Er gibt keine schlechte Werbung.

Theorien der Inflation (Teil II)

Ich habe [Michael Roberts' Artikel](#) über *Theories of inflation part two – heterodox and Marxist* übersetzen lassen und Text und Grafiken überarbeitet. Die Links sind von mir.



Inflation in Bolivien 1984. Alle Geldscheine zusammen sind ungefähr 100 US

\$ wert.

Dies ist der zweite Teil meiner Erörterung der Ursachen der Inflation in modernen kapitalistischen Volkswirtschaften. Grundlage ist ein unveröffentlichtes Papier von [Guglielmo Carchedi](#) und mir [Michael Roberts].

Zusammenfassung: Der Artikel diskutiert heterodoxe und marxistische Erklärungen der Inflation und fragt vor allem, ob Inflation durch Monopolmacht, Klassenkonflikte, Geldmengenwachstum oder Veränderungen der Profitabilität des Kapitals erklärt werden kann.

Die wichtigsten Aussagen sind:

Monopol- und Mark-up-Theorien: Eine verbreitete heterodoxe Erklärung führt Inflation auf die Marktmacht großer Unternehmen zurück. Angebotsengpässe können es ihnen ermöglichen, ihre Preisaufschläge zu erhöhen und Preissteigerungen durch die gesamte Wirtschaft weiterzugeben. Der Artikel hält dies für eine mögliche Erklärung einzelner Inflationsschübe, etwa nach der Pandemie, aber nicht für eine allgemeine Inflationstheorie. Monopole und Kartelle existierten schließlich auch in Perioden mit niedriger Inflation oder sogar Deflation.

Marx und die Produktionspreise: Marktpreise können von den Produktionspreisen abweichen. Diese Abweichung ist wegen der Konkurrenz jedoch begrenzt. Sinkt der auf der durchschnittlichen Profitrate beruhende Produktionspreis, sollten tendenziell auch die Marktpreise sinken. Monopolmacht kann diese Bewegung verändern, aber nicht dauerhaft außer Kraft setzen.

Klassenkonflikt: Nach einer zweiten heterodoxen Theorie entsteht eine Inflationsdynamik durch den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital: Arbeiter reagieren auf steigende Preise mit Lohnforderungen, worauf Unternehmen wiederum ihre Preise erhöhen. Das erklärt jedoch nicht, warum die Preise ursprünglich zu steigen beginnen.

Profitabilität als entscheidender Faktor: Verschiedene marxistische Autoren – Mattick, Mandel, Harman und Choonara – versuchen, Profitrate, Geld, Wertproduktion und Inflation miteinander zu verbinden. Besonders Choonara sieht Inflation als Ergebnis des Zusammenspiels von Wertschöpfung, Geld- bzw. Kreditschöpfung, Kapitalakkumulation und Profitraten.

Anwar Shaikh: Seine Theorie verbindet Nachfrage und Profitabilität. Neue Kaufkraft entsteht durch Kredit- und Geldschöpfung. Ob diese zusätzliche Nachfrage inflationär wirkt, hängt von der Produktionskapazität ab. Hohe Profitabilität fördert Investitionen und Produktionswachstum; sinkende Profitabilität schwächt die Erweiterung des Angebots. Übersteigt die Nachfrage dadurch die Angebotskapazität, entsteht Inflation. Für die USA wird dies mit fallender Profitabilität und steigender Inflation 1964–1982 sowie steigender Profitabilität und sinkender Inflation 1982–2007 begründet.

Mavroudeas und Chatzirafailidis: Sie erklären Inflation stärker mit Marx' Werttheorie. Durch Überakkumulation und steigende organische Zusammensetzung des Kapitals fällt schließlich die Profitabilität, Investitionen und Produktionswachstum werden gebremst. Die Nachfrage übersteigt das Angebot, sodass die Marktpreise über die Produktionspreise steigen. **Der Warenwert bleibt dabei der „Anker“ der Preise.**

Der Artikel sieht allerdings bei beiden Ansätzen eine Lücke. Shaikh berücksichtigt Geld und Profitabilität, erklärt aber nicht ausreichend, weshalb die Nachfrage bei sinkender Produktionskapazität nicht ebenfalls zurückgeht. Mavroudeas und Chatzirafailidis verankern die Preise dagegen konsequent in der marxistischen Werttheorie, berücksichtigen aber die eigenständige Rolle modernen Fiatgeldes nicht.

Kernaussage: Eine umfassende marxistische Inflationstheorie müsste deshalb drei Faktoren miteinander verbinden: Profitabilität des Kapitals, Entwicklung des Warenwerts und

Geld- bzw. Kreditschöpfung. Weder Unternehmensmacht noch Lohnkämpfe oder Geldmengenwachstum allein reichten als allgemeine Erklärung der Inflation aus.

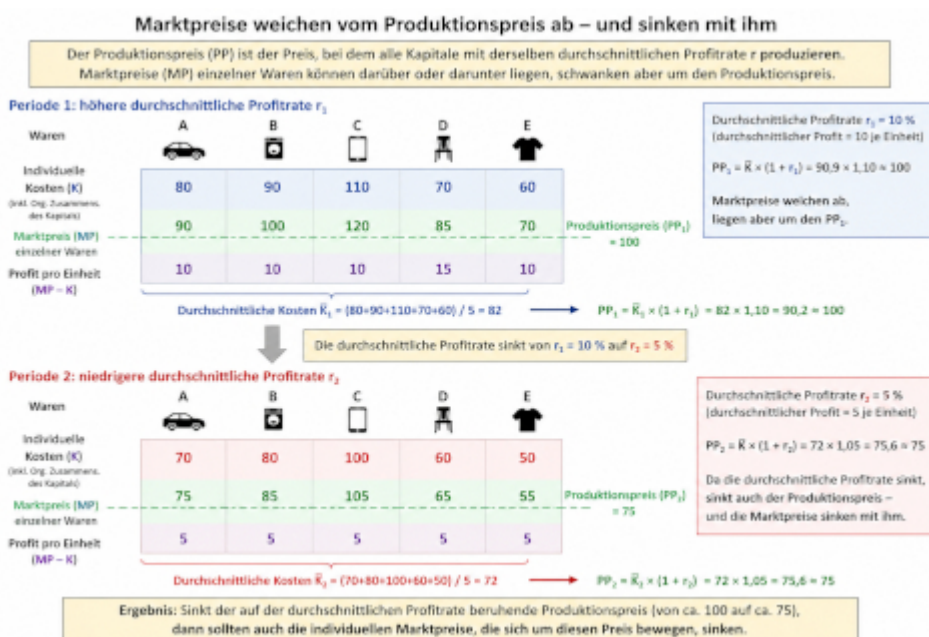
Theories of inflation part two – heterodox and Marxist

Es gibt verschiedene heterodoxe Auffassungen über die Ursachen der Inflation. Im Allgemeinen wenden sie sich gegen die [im ersten Teil](#) erörterte Konzentration der herrschenden Wirtschaftslehre auf Monetarismus, Überschussnachfrage und Inflationserwartungen. Die heterodoxen Ansätze lassen sich in zwei Gruppen einteilen. Erstens gibt es jene, die den Schwerpunkt auf die sektorale Struktur der Wirtschaft legen, also darauf, wie Angebotsengpässe in bestimmten Wirtschaftssektoren zu Preissprüngen führen und sich diese dann über Input-Output-Verflechtungen und Veränderungen im Preissetzungsverhalten der Unternehmen auf die gesamte Wirtschaft ausbreiten. Zweitens gibt es Theorien, die davon ausgehen, dass Inflation durch Klassenkonflikte verursacht wird, also durch die Forderungen der Arbeiter nach höheren Löhnen und die Reaktion der Kapitalisten darauf.

Nach der sektoralen Auffassung werden teilweise die Preisaufschläge („Mark-ups“) der Unternehmen als Erklärung für Inflation herangezogen. Demnach wird Inflation durch Monopole und deren Fähigkeit verursacht, Marktpreise oberhalb der Preise bei „freier Konkurrenz“ durchzusetzen. Monopole können ihre Gewinnaufschläge und Verkaufspreise erhöhen, wenn die Kosten steigen, einschließlich der Arbeitskosten. [Stephanie Kelton](#), die bekannte Vertreterin der [Modern Monetary Theory](#), erklärt, dass Unternehmen mit ausreichender Marktmacht auch einseitig die Preise erhöhen könnten, um immer höhere Gewinne zu erzielen.

Marx würde dem widersprechen. Ja, der Marktpreis der

verkauften Waren kann und wird vom Produktionspreis abweichen, also von jenem Preis, bei dem alle Kapitale Waren mit derselben durchschnittlichen Profitrate produzieren – einer Rate, die sich ständig verändert. Sinkt der auf der durchschnittlichen Profitrate der Wirtschaft beruhende Produktionspreis, dann sollten auch alle individuellen Preise, die sich um diesen Preis bewegen, sinken. Es gibt jedoch einen gewissen Spielraum, innerhalb dessen einige Unternehmen ihre Preise weniger stark senken als der Durchschnitt oder sie sogar erhöhen können. Diese „monopolistische“ Fähigkeit hat jedoch stets Grenzen. Die Konkurrenz wird sich tendenziell durchsetzen, selbst bei Oligopolen. **Deshalb kann der monopolistische Marktpreis nicht dauerhaft vom Produktionspreis abweichen.**



Beim jüngsten Inflationsschub nach dem pandemiebedingten Einbruch hat die sektorale Theorie eine andere Form angenommen. Nach dieser Auffassung entsteht Inflation durch Angebotsengpässe in wichtigen Wirtschaftssektoren, die anschließend dadurch verstärkt werden, dass Unternehmen aufgrund ihrer Marktmacht ihre Preisaufschläge erhöhen. Lieferengpässe, die sich durch verschiedene Wirtschaftssektoren ausbreiten, setzen den Inflationsprozess in Gang. Anschließend können die Preisaufschläge der

Unternehmen über den Durchschnitt steigen und so zusätzlichen Preisdruck erzeugen. [Isabella Weber und Evan Wasner](#) argumentieren, dass steigende Preise in bestimmten „systemisch bedeutsamen vorgelagerten Sektoren“ einen Impuls für weitere Preiserhöhungen geben. Um ihre Gewinnmargen gegenüber steigenden Kosten zu schützen, geben nachgelagerte Sektoren den Preisdruck weiter oder verstärken ihn – etwa bei vorübergehenden Monopolen infolge von Engpässen.

Für eine profitgetriebene, sektoral verursachte Inflation gibt es beim jüngsten Inflationsschub nach der Pandemie durchaus empirische Anhaltspunkte. Aber kann dies als allgemeine Erklärung der Inflation in kapitalistischen Volkswirtschaften gelten? Inflation hat in den großen Volkswirtschaften langfristig auch dann existiert, wenn Unternehmen ihre Preisaufschläge nicht erhöhten oder wenn es keine sprunghaften Anstiege der Rohstoffpreise gab. Natürlich dürften Preise auf oligopolistischen Märkten höher sein als auf stärker wettbewerblich geprägten Märkten. Eine höhere Inflation kann jedoch sowohl bei relativ wettbewerblichen als auch bei oligopolistischen Marktstrukturen auftreten.

Das sogenannte Gilded Age des späten 19. Jahrhunderts war durch den Aufstieg von Kartellen gekennzeichnet – und dennoch herrschte Preisdeflation. Die 1990er Jahre wiederum, die häufig als ein zweites Gilded Age mit zunehmender Marktkonzentration betrachtet werden, waren durch die sogenannte „[Great Moderation](#)“ der Preisinflation, also durch Disinflation, gekennzeichnet. Beim letzten großen Inflationsschub der 1970er Jahre gingen die Profite sogar zurück. [Sylos-Labini](#) schrieb damals: Der Rückgang des Profitanteils in mehreren kapitalistischen Ländern lasse sich vor allem auf den anhaltenden Anstieg der direkten Kosten für Arbeit, Rohstoffe und Energie zurückführen. (Auf die Diskussion über die so genannte [Sellers' Inflation](#), Profitaufschläge und sektoral verursachte Inflation werde ich im vierten Teil zurückkommen, wenn ich den Inflationsschub

nach der Pandemie analysiere.)

Die zweite heterodoxe Erklärung lautet, Inflation sei das Ergebnis von Klassenkonflikten. Diese Theorie verwirft die keynesianische Auffassung, wonach Inflation auf einen Lohndruck zurückzuführen ist, der durch Überschussnachfrage und die Verhandlungsmacht der Arbeiter entsteht. Stattdessen geht diese Theorie – wie Marx – davon aus, dass die Löhne als Reaktion auf Preissteigerungen steigen.

Doch was verursacht den ursprünglichen Inflationsschub? Dieser soll auf Angebotsstörungen oder die Fähigkeit von Monopolen zu höheren Preisaufschlägen zurückgehen – womit wir wieder bei der ersten heterodoxen Theorie wären. Ob die Inflation anhält, hängt dann davon ab, ob die Arbeiter über genügend Macht verfügen, um darauf zu reagieren, was wiederum die Unternehmen zu weiteren Preiserhöhungen veranlassen kann. Die Inflation hängt somit vom Kräfteverhältnis zwischen Arbeitern und Kapitalisten ab. Diese Theorie erklärt jedoch nicht den ursprünglichen Anstieg des allgemeinen Preisniveaus, außer durch den zufälligen Faktor einer Angebotsstörung oder eines „Schocks“. Damit greift sie letztlich wieder auf Preisaufschläge oder Angebotsengpässe als Auslöser zurück.

Es gibt auch ausdrücklich marxistische Inflationstheorien. **Eine „marxistische“ Erklärung ist im Grunde lediglich die bereits beschriebene Theorie monopolistischer Preisaufschläge.** [Baran und Sweezy \(1966\)](#) erklärten die Ursache der Inflation folgendermaßen: „Die keynesianische Theorie ging von freier Konkurrenz aus; unter oligopolistischen Bedingungen führt eine steigende Nachfrage zu Preissteigerungen(...) und schließlich – infolge der steigenden Lebenshaltungskosten – zu höheren Löhnen, statt zu einer Ausweitung der Produktion. Das Ergebnis ist eine allgemeine Inflation.“

Ähnlich argumentierte [Kotz \(1982\)](#), dass Monopole Marktpreise festsetzen können, die über den Produktionspreisen liegen. Doch Monopole existierten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs

sowohl während der Inflationsperiode von 1949 bis 1979 als auch während der Disinflationsperiode von 1980 bis 2021, in der ihre Marktmacht sogar zunahm. **Eine allgemeine Inflation muss daher unabhängig von Monopolen erklärt werden.** Wenn Monopole tatsächlich die Macht besitzen, ihre Marktpreise praktisch unbegrenzt zu erhöhen, warum tun sie dies dann nur unter ganz bestimmten Umständen? In der jüngeren Wirtschaftsgeschichte erhöhten sie ihre Preise nur zweimal besonders stark – Ende der 1970er Jahre und 2021 –, und zwar jeweils zu Zeiten niedriger Profitabilität.

[Paul Mattick Sr.](#) argumentierte, Inflation sei Ausdruck unzureichender Profite, die durch Preis- und Geldpolitik ausgeglichen werden müssten: „Steigen die Preise schneller als die Löhne, wird den Arbeitern im Zirkulationsprozess genommen, was ihnen im Produktionsprozess nicht entzogen werden konnte.“ ([1977, Kapitel 3](#))

Das ist offensichtlich. Steigen die Preise schneller als die Löhne, findet eine Umverteilung zugunsten des Kapitals und zulasten der Löhne statt. Steigen die Preise dagegen langsamer als die Löhne, erfolgt eine Umverteilung zugunsten der Arbeit und zulasten der Profite. Doch beides erklärt nicht die Ursache des ursprünglichen Anstiegs des allgemeinen Preisniveaus.

[Ernest Mandel](#) (1987) versuchte eine marxistische Erklärung, die das Geld einbezieht: Wenn „der Papiergeldumlauf sich verdoppelt hat, ohne dass die insgesamt in der Wirtschaft verausgabte Arbeitszeit wesentlich gestiegen ist, dann wird sich tendenziell auch das Preisniveau verdoppeln“. Doch warum passt sich das umlaufende Geld nicht einfach der Veränderung des Werts der Waren an, gemessen an der gesamten Arbeitszeit? Mandel kommt den für die Inflation relevanten Faktoren nahe, analysiert jedoch nicht, wie diese Faktoren zusammenwirken.

[Harman](#) (1979) erkannte zutreffend, dass die Profitabilität des Kapitals eine wesentliche Ursache der Inflation ist. Harman

vertrat jedoch eine subjektive Analyse: „In einem Boom sind die Kapitalisten zuversichtlich, dass sie ihre Waren auch dann verkaufen können, wenn sie die Preise erhöhen. [...] Sobald die Rezession einsetzt, müssen die Kapitalisten reagieren [...] [auf] schrumpfende Märkte [und] die Preise drastisch senken.“

Damit wird zwar die Reaktion der Kapitalisten auf einen Boom und die Preisinflation beschrieben, aber nicht erklärt, wodurch inflationäre beziehungsweise disinflationäre Perioden verursacht werden. So lässt sich damit beispielsweise die anhaltende Disinflation von den 1980er Jahren bis 2019 nicht erklären. Es fehlt sowohl eine Erklärung dafür, wie Veränderungen der Profitabilität wirken, als auch eine Berücksichtigung des Einflusses der Geldbehörden.

[Choonara](#) (2021) unterstreicht ebenfalls die Rolle der Profitabilität als zentrale Ursache steigender Preise: „Inflation hängt vom Zusammenspiel zwischen der Wertschöpfung durch die Verausgabung von Arbeitskraft, der Geldschöpfung – vor allem durch das Kreditsystem – und dem Verhältnis zwischen Kapitalakkumulation und Profitraten ab.“ Dies kommt unserer „Werttheorie der Inflation“, auf die ich in einem späteren Beitrag eingehen werde, am nächsten.

Die beiden umfassendsten marxistischen Erklärungen der Inflationsursachen stammen von [Anwar Shaikh](#) sowie – in jüngerer Zeit – von den griechischen marxistischen Ökonomen [Stavros Mavroudeas](#) und Athanasios [Chatzirafailidis](#).

Shaikh bezeichnet seine Theorie ungern als marxistisch und bevorzugt den Begriff „klassisch“. Er argumentiert, dass „die moderne Inflation das Ergebnis des Gleichgewichts zwischen einem durch neue Kaufkraft erzeugten Nachfragesog und einer Angebotsreaktion ist, die von der Profitabilität und dem Grad der Wachstumsauslastung abhängt“.

Die Kombination dieser beiden Faktoren ergibt „eine allgemeine Theorie, in der die Inflation positiv auf neue Kaufkraft

reagiert, weil der Teil davon, der nicht vom gegenwärtigen Angebot absorbiert wird, in Preissteigerungen mündet; negativ auf die Nettoprofitabilität, da diese das reale Produktionswachstum erhöht; und positiv auf die Wachstumsauslastungsrate, soweit diese das reale Produktionswachstum hemmt“.

Woher kommt diese „neue Kaufkraft“, die die Nachfrage darstellt? Sie entsteht durch neue inländische Kredite privater Banken und der Zentralbanken, also faktisch durch eine Zunahme des umlaufenden Geldes.

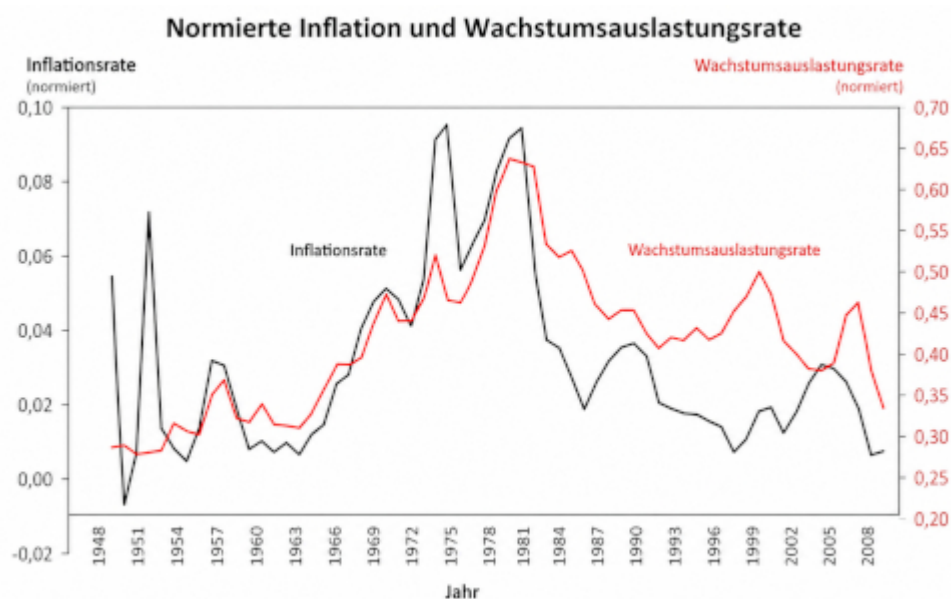
Die Fähigkeit des Angebots, mit dieser steigenden Nachfrage Schritt zu halten, hängt von der Profitabilität des Kapitals ab, die den „Anreiz“ für Investitionen bildet. Wächst der Kapitalstock, erhöht sich die Produktionskapazität, wodurch eine stärkere „Wachstumsauslastung“, also eine höhere reale Produktion, möglich wird. Sinkt der Kapitalstock, nimmt die Produktionskapazität ab.

Mit anderen Worten: Shaikh zufolge entsteht Inflation dadurch, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage die Angebotskapazität übersteigt. Steigt die Profitabilität des Kapitals, erhöhen die Kapitalisten das Angebot, und Inflation kann vermieden werden. Sinkt dagegen die Profitabilität, verringert sich die Angebotskapazität, und Inflation entsteht.

Inflation wird somit durch eine steigende Nachfrage – also neue Kaufkraft – und eine geringe Angebotskapazität nach oben getrieben, wobei Letztere durch sinkende Profitabilität verursacht wird. Die Inflation verlangsamt sich oder verschwindet, wenn die zusätzliche Kaufkraft durch ein steigendes Angebot befriedigt wird; dies geschieht tendenziell dann, wenn die Profitabilität steigt.

In der Periode, in der die Profitabilität in den USA sank (1964–1982), verlangsamte sich daher das Wachstum der Angebotskapazität und die Inflation beschleunigte sich. In der

Periode von 1982 bis 2007, als die Profitabilität stieg, nahm die Angebotskapazität zu und die Inflation verlangsamte sich. Shaikh liefert empirische Belege für diese Theorie und widerlegt zugleich die keynesianische [Phillips-Kurve](#). Ich habe seine Grafik 15.10 aus seinem Hauptwerk [Capitalism](#), S. 711, reproduziert und neu berechnet. [Übersetzt von mir und ChatGPT]



Die Grafik zeigt eine hohe Korrelation (0,63) zwischen steigender Inflation und der Auslastung der Produktionskapazitäten (d. h. einem verlangsamten Angebotswachstum) und umgekehrt. Die Korrelation ist im inflationären Zeitraum (beschleunigte Inflation) von 1948 bis 1981 sehr hoch (0,83) und auch im disinflationären Zeitraum (verlangsamte Inflation) von 1982 bis 2010 noch relativ stark (0,59).

Stavros Mavroudeas und Athanasios Chatzirafailidis definieren Inflation als ein Phänomen, „bei dem die Gesamtsumme der Marktpreise über einen längeren Zeitraum in einer Volkswirtschaft die Gesamtsumme der Produktionspreise deutlich übersteigt“. Ein starkes und anhaltendes Inflationsphänomen – also der Anstieg der gesamten Marktpreise über die gesamten Produktionspreise – entstehe, wenn die Nachfrage der Kapitalisten nach zusätzlichen Produktionsmitteln über einen längeren Zeitraum die Investitionen deutlich übersteige.

Warum sollte die Nachfrage zeitweise die Investitionen

übersteigen? Mavroudeas und Chatzirafailidis greifen auf Marx' Reproduktionsschemata aus dem zweiten Band des Kapital zurück. Für sie ist Inflation die Folge einer systematischen Überakkumulation von Kapital und insbesondere einer unablässigen Nachfrage nach zusätzlichen Produktionsmitteln. Werden im Verhältnis zur Arbeit mehr Produktionsmittel eingesetzt, steigt die organische Zusammensetzung des Kapitals. Dies führe schließlich zu einem Rückgang der Profitabilität, wodurch sich die Investitionen verlangsamen und das Produktionswachstum abschwäche. Die Nachfrage übersteige somit das Angebot, die Marktpreise stiegen über die Produktionspreise, und es komme zur Inflation.

Beide Theorien haben den Vorzug, die Profitabilität des Kapitals in den Mittelpunkt der Erklärung der Inflation zu stellen. Anders als Shaikh betonen Mavroudeas und Chatzirafailidis, dass die Angebotsseite marxistisch betrachtet vom Wachstum des Warenwerts abhängt: „Inflation sollte nicht einfach als ein Prozess verstanden werden, bei dem die Marktpreise der Waren auf unbestimmte Weise über irgendein willkürliches ‚normales‘ Preisniveau steigen. Vielmehr sollten die Werte der Waren als ihr ‚Anker‘ dienen.“

Meiner Ansicht nach liefert jedoch keine der beiden Theorien eine vollständige marxistische Inflationstheorie. Shaikh geht davon aus, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage durch das Wachstum des Kredits beziehungsweise der umlaufenden Geldmenge angetrieben wird, was meiner Ansicht nach richtig ist. Er erklärt jedoch nicht, warum sich diese Nachfrage beschleunigen oder verlangsamen sollte. Insbesondere erklärt er nicht, warum die Nachfrage bei einem Rückgang der Angebotskapazität nicht ebenfalls sinkt und dadurch Inflation vermieden wird. Schließlich geschieht genau dies in einer Wirtschaftskrise. Auch seine Betonung der Kapazitätsauslastung anstelle der Wachstumsrate des Werts auf der Angebotsseite der Inflationsgleichung deutet eher auf eine keynesianische Theorie der Überschussnachfrage als auf eine marxistische

Werttheorie hin.

[Mavroudeas und Chatzirafailidis](#) hingegen betrachten den Wert der Waren eindeutig als Anker der Produktionspreise, um den herum die Marktpreise schwanken. Doch in ihrer Theorie spielt das Geld keine Rolle. Für sie ist Preisinflation in einer kapitalistischen Wirtschaft ein rein reales und kein monetäres Phänomen. Sie gehen von der Annahme aus, dass Geld eine Ware – Gold – ist, wodurch eine eigenständige Rolle des Geldes bei der Inflation ausgeschlossen wird.



[Fiatgeld](#) – Assignat über 500 Livres von 1794.- Auch die heutigen Staatsanleihen kann indirekt man als „Fiatgeld“ bezeichnen. Genauer: Eine Zentralbank kann Staatsanleihen mit neu geschaffenem Zentralbankgeld kaufen. Der Staat gibt Anleihen aus → die Zentralbank kauft Anleihen → die Zentralbank schafft dafür Zentralbankgeld. Dabei ist die Staatsanleihe selbst nicht das Fiatgeld. Das bei ihrem Ankauf von der Zentralbank geschaffene Geld ist Fiatgeld.

Dies ist für moderne Volkswirtschaften unrealistisch, in denen Zentralbanken und Regierungen Geld schaffen können – [Fiatgeld](#) –, das nicht an den Wert der Ware Gold gebunden ist. In modernen Volkswirtschaften kann das Wachstum der Geldmenge vom Wachstum des Warenwerts abweichen und dadurch die Marktpreise beeinflussen. Ohne die Rolle des Geldes lässt sich nicht

erklären, warum die Nachfrage das Angebot übersteigen und Inflation verursachen sollte.

Im dritten Teil werde ich die von Carchedi und mir so bezeichnete **Werttheorie der Inflation** vorstellen. Sie berücksichtigt sowohl die Rolle der Profitabilität des Kapitals als auch Veränderungen des Warenwerts und die Rolle des Geldes. Die Verbindung dieser Faktoren ermöglicht eine umfassendere Theorie.

□□□“, **glänzend**



Ich habe vier Anstriche gebraucht, um den vorher abgeschliffenen Küchentisch so hinzubekommen, wie ich ihn gern hätte. Das [Material](#) ist ~~kommunistisch-chinesisch~~ deutsch: [Livoss Tunna Klarlack Nr. 611 glänzend](#).

Das japanische リボス (Ribosu) [auf Amazon] ist lediglich die japanische Schreibweise von [LIVOS](#) in Katakana. Es handelt sich also nicht um einen japanischen Hersteller.

Ich frage mich, warum bei Amazon das Produkt zusätzlich mit Japanisch gelabelt wird?

Ein dritter Anstrich wird nicht empfohlen, da die

Gesamttrockenfilmstärke von 50 µm nicht überschritten werden darf. Ein zusätzlicher Anstrich könnte diesen Grenzwert überschreiten und die Qualität des Lackfilms beeinträchtigen.

Wie messe ich jetzt, ob ich [50 µm](#) überschritten habe oder nicht?

Die Firma und das Produkt kann man weiterempfehlen. „Der Lack ist speichel- und schweißecht ([DIN 53 160](#)), schmutzabweisend sowie begrenzt wasser- und chemikalienbeständig – ideal für stark beanspruchte Holzoberflächen im Innenbereich.“

Theorien der Inflation (Teil I)

Ich habe [Michael Roberts' Artikel](#) über *Theories of inflation: part one – the mainstream* übersetzen lassen und Text und Grafiken überarbeitet. Die Links sind von mir.

[Guglielmo Carchedi](#) und [ich](#) arbeiten seit mehreren Jahren an einer Theorie der Inflation. Vor einiger Zeit haben wir eine ausführliche Abhandlung abgeschlossen, die von einer marxistischen Zeitschrift zur Veröffentlichung angenommen wurde. Da es jedoch ewig dauert, bis sie tatsächlich erscheint, habe ich mich entschlossen, eine gekürzte Fassung unserer Arbeit in meinem Blog vorzustellen.

Für den Blog habe ich [Michael Roberts] die Abhandlung in mehrere Teile gegliedert: 1) die herrschenden Inflationstheorien; 2) heterodoxe und andere marxistische Theorien; 3) unsere eigene Theorie, die wir als „Werttheorie der Inflation“ bezeichnen; und schließlich 4) eine Diskussion

darüber, wie sich unsere Theorie auf den jüngsten starken Anstieg der Inflation anwenden lässt, der seit Fertigstellung der Abhandlung eingetreten ist.

Zusammenfassung: Der Text kritisiert die drei wichtigsten herrschenden Inflationstheorien als empirisch unzureichend:

Monetarismus: Inflation entsteht nach [Friedman](#) durch ein zu starkes Wachstum der Geldmenge. Die Daten zeigen jedoch nur einen schwachen Zusammenhang zwischen Geldmenge und Preisen. Marx argumentiert umgekehrt: Nicht die Geldmenge bestimmt die Warenpreise, sondern die Warenpreise und die für die Zirkulation benötigte Wertrepräsentation bestimmen die zirkulierende Geldmenge.

Keynesianische Theorien: Weder steigende Löhne und Kosten („cost-push“) noch eine angebliche Übernachfrage erklären Inflation überzeugend. Lohnerhöhungen können zulasten der Profite gehen, ohne dass Preise steigen müssen. Zudem zeigen empirische Untersuchungen kaum Belege für dauerhafte Lohn-Preis-Spiralen. Auch die [Phillips-Kurve](#), die einen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation unterstellt, ist empirisch weitgehend flach. Marx hatte bereits 1865 argumentiert, dass Lohnforderungen meist eine „**Abwehraktion der Arbeit gegen die vorhergehende Aktion des Kapitals**“ darstellen.

Erwartungstheorie: Auch die Vorstellung, Inflationserwartungen von Haushalten und Unternehmen verursachten die Inflation, überzeugt nicht. Empirisch folgen die Erwartungen vielmehr der tatsächlichen Preisentwicklung. **Sie erklären daher nicht, warum die Preise ursprünglich steigen.**

Fazit: Monetarismus, keynesianische Kosten- und Nachfragetheorien sowie die Erwartungstheorie liefern keine überzeugende allgemeine Erklärung der Inflation. Als Alternative soll eine marxistische Werttheorie der Inflation

entwickelt werden, die Preisbewegungen aus Veränderungen von Wert und Produktionspreisen erklärt.



Die Frage nach den Ursachen der Inflation stellt die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft seit langem vor ein Problem. [Walter Münchau formulierte](#) es 2020 in der [Financial Times](#) so: „Die Zentralbanker verstehen nicht wirklich, wie Inflation funktioniert. Es gibt zahlreiche Theorien und Ansätze, theoretische wie statistische, aber keiner davon war bisher in der Lage, dauerhaft zu erklären, was in der realen Welt tatsächlich vor sich geht.“

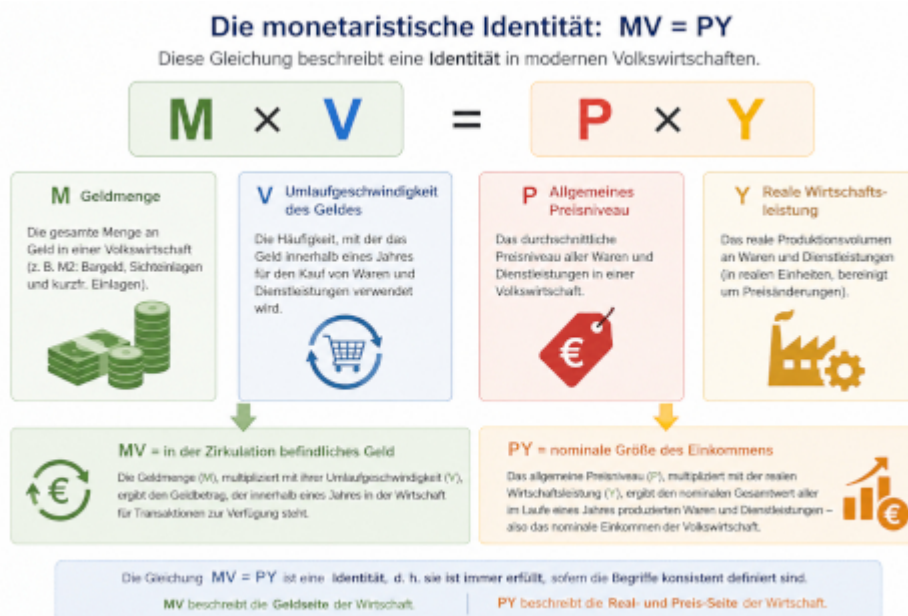
[Charles Goodhart](#) von der London School of Economics äußerte sich 2021 noch schärfer: „Die Welt befindet sich gegenwärtig in einem wirklich ziemlich außergewöhnlichen Zustand, denn [wir verfügen über keine allgemeine Theorie der Inflation](#).“

Warum ist das so? Weil die konventionellen oder herrschenden

Inflationstheorien bisher keine tragfähige Erklärung dafür liefern konnten, warum sich die Preise von Waren und Dienstleistungen in modernen kapitalistischen Volkswirtschaften verändern.

Die herrschenden Auffassungen über Inflation lassen sich in drei Gruppen einteilen: 1) die **monetaristische Theorie**; 2) die **keynesianischen Theorien** der „Übernachfrage“ beziehungsweise der kostengetriebenen Inflation; und 3) die **auf Inflationserwartungen beruhende Theorie** der Zentralbanken.

Die monetaristische Inflationstheorie geht davon aus, dass Inflation ein rein monetäres Phänomen ist, das heißt, dass sie durch Veränderungen der Geldmenge im Verhältnis zu Veränderungen des Produktionsvolumens bestimmt wird. Der führende Monetarist Milton Friedman formulierte dies so: „Inflation ist immer und überall ein monetäres Phänomen in dem Sinne, dass sie nur durch einen schnelleren Anstieg der Geldmenge als der Produktion hervorgerufen werden kann.“



Die monetaristische Auffassung beruht auf der mathematischen Identität $MV = PY$.

Dabei bezeichnet M die Geldmenge, V die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, also die Häufigkeit, mit der das Geld innerhalb

der Volkswirtschaft umgesetzt wird, P das allgemeine Preisniveau und Y die reale Wirtschaftsleistung. MV entspricht dem in der Zirkulation befindlichen Geld, während PY die nominale Größe des Einkommens einer Volkswirtschaft ausdrückt.

Der Monetarismus behauptet, dass die linke Seite der Gleichung die rechte Seite bestimmt. Unter der Annahme einer konstanten Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (V) muss demnach ein schnellerer Anstieg von M gegenüber Y zu einer Erhöhung des Preisniveaus führen. Veränderungen von M verursachen somit Veränderungen von P .

Doch bei dieser Gleichung handelt es sich um eine Identität. Aus ihr allein lässt sich keine Richtung der Kausalität ableiten.

Marx vertrat hinsichtlich des Kausalzusammenhangs die entgegengesetzte Auffassung. Für Marx ist Geld nicht selbst Wert, sondern die selbständige Erscheinungsform beziehungsweise Repräsentation des Werts. Daher bestimmt nicht die Geldmenge die Warenpreise; vielmehr bestimmt die Summe der Warenpreise – bei gegebener Umlaufgeschwindigkeit – die für die Zirkulation erforderliche Geldmenge.

Marx formuliert diesen Zusammenhang sinngemäß so: „Ist die Umlaufgeschwindigkeit gegeben, dann wird die Masse der Zirkulationsmittel einfach durch die Preise der Waren bestimmt. Die Preise sind also nicht hoch oder niedrig, weil mehr oder weniger Geld umläuft, sondern es läuft mehr oder weniger Geld um, weil die Preise hoch oder niedrig sind.“

Veränderungen von P , also der Produktionspreise, bestimmen demnach Veränderungen von MV , also der in der Zirkulation befindlichen Geldmenge.

Die Preise wiederum verändern sich infolge der Schwankungen der Wertgrößen. Die Wertgröße der Waren wird durch die zu ihrer Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt. Steigt oder fällt der Wert der Waren – ist also mehr

oder weniger gesellschaftlich notwendige Arbeit zu ihrer Produktion erforderlich –, so wird entsprechend mehr oder weniger Geld benötigt, um ihre Zirkulation zu vermitteln.

Das folgt daraus, dass Geld nicht selbst Wert schafft. Es ist Ausdruck und Repräsentation des Werts. Der Wert entspringt der Verausgabung menschlicher Arbeitskraft beziehungsweise, genauer gesagt, abstrakt menschlicher Arbeit.

Die entscheidende Frage lautet daher: Wer hat recht – Friedman oder Marx?

Führen Veränderungen von MV zu Veränderungen von PY, oder verläuft der Kausalzusammenhang umgekehrt? Besteht überhaupt ein enger Zusammenhang zwischen Veränderungen der Geldmenge (M) und Veränderungen des Preisniveaus (P)?

Abbildung 1 zeigt die jährlichen prozentualen Veränderungen der US-amerikanischen Geldmenge M2 und der Inflation, gemessen am impliziten [BIP-Deflator](#). Bis in die 1990-er Jahre scheint zwischen beiden Größen ein relativ enger Zusammenhang bestanden zu haben.

Danach jedoch änderte sich das Bild. Das Wachstum der US-Geldmenge beschleunigte sich im längerfristigen Trend, während sich gleichzeitig der Anstieg des Preisdeflators verlangsamte. Zeitweise bestand zwischen beiden Größen sogar eine negative Korrelation.

Über den gesamten Zeitraum seit 1960 betrachtet war die Korrelation zwischen dem Wachstum der Geldmenge und der Preisentwicklung mit 0,21 ausgesprochen gering.

Die empirischen Daten liefern damit jedenfalls keine überzeugende Bestätigung für die monetaristische Behauptung, wonach Veränderungen der Geldmenge die entscheidende Ursache von Veränderungen des allgemeinen Preisniveaus seien.

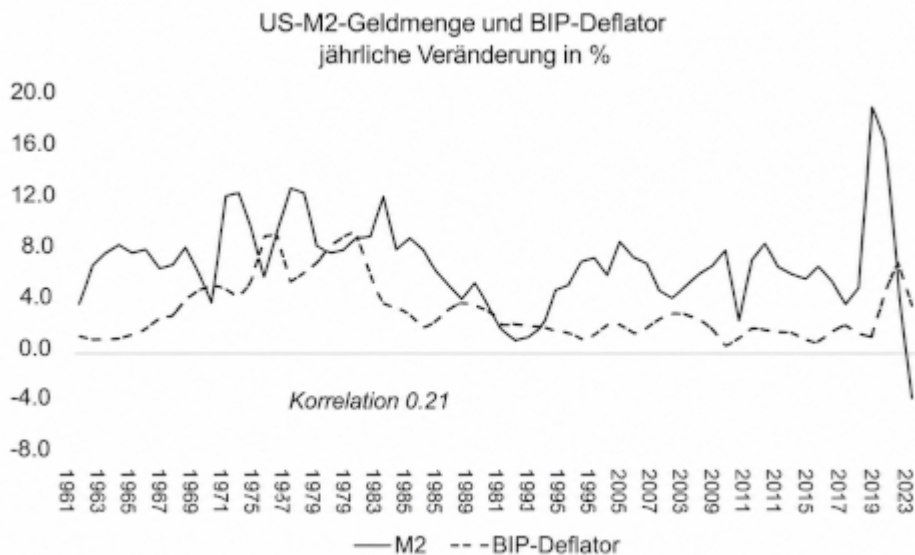


Abbildung 1. Quelle: [FRED](#), Michael Robert's Berechnungen

Ein entscheidender Grund für die geringe Korrelation zwischen Veränderungen der Geldmenge und Veränderungen der Preise liegt darin, dass Geldmenge und das tatsächlich in der Zirkulation befindliche Geld nicht dasselbe sind. Das Horten von Geld und die Verwendung von Geld zum Erwerb von Finanzanlagen können das Verhältnis zwischen Geldmenge und Preisen erheblich verändern. Wie Abbildung 1 zeigt, deutet die seit Mitte der 1990-er Jahre wachsende Kluft zwischen dem Wachstum der Geldmenge und dem BIP-Deflator tatsächlich darauf hin, dass Geld zunehmend von produktiven Anlagen in Finanzanlagen umgeleitet wurde.

Friedmans monetaristische Theorie ist daher nicht geeignet, die Inflation in den USA in der Nachkriegszeit zu erklären. In einem späteren Beitrag werde ich zeigen, dass es Veränderungen der Produktionspreise beziehungsweise des Werts der Waren sind, die Veränderungen des „zirkulierenden Geldes“ bewirken – also genau das Gegenteil dessen, was der Monetarismus behauptet.

Die zweite vorherrschende Theorie ist die keynesianische. Sie dominiert die gängigen Erklärungen der Inflation. Ein klassisches Beispiel für die Variante der „kostendruckinduzierten Inflation“ ([cost-push inflation](#)) lieferte vor kurzem [Jason Furman](#), [er heißt nicht Fulman,

sondern [Furman](#)] ehemaliger Wirtschaftsberater des Weißen Hauses:

„Wenn die Löhne steigen, führt das zu steigenden Preisen. Wenn Flugzeugtreibstoff oder Lebensmittelzutaten teurer werden, erhöhen Fluggesellschaften oder Restaurants ihre Preise. Ebenso erhöhen sie die Preise, wenn die Löhne von Flugbegleitern oder Servicekräften steigen. Das folgt aus den Grundlagen der Mikroökonomie und dem gesunden Menschenverstand.“ ([Furman, 2022](#))

Die Ursachen der Inflation sind demnach offenbar steigende Rohstoffkosten und die Versuche der Arbeiter, höhere Löhne durchzusetzen. Dies zwingt die Unternehmen dazu, ihre Preise zu erhöhen, um ihre Profite aufrechtzuerhalten. Das ist die Theorie der kostendruckinduzierten Inflation.

Marx setzte sich bereits 1865 mit dieser Auffassung auseinander. In seiner Debatte mit dem Gewerkschafter John Weston, der behauptete, Lohnerhöhungen würden Preissteigerungen verursachen, erklärte Marx, der Kampf um höhere Löhne sei eine „Abwehraktion der Arbeit gegen die vorhergehende Aktion des Kapitals“.

Marx formuliert den Zusammenhang ausführlicher: „In allen Fällen, die ich einer Betrachtung unterzogen habe – und sie machen 99 vom Hundert aus –, habt ihr gesehen, dass ein Ringen um Lohnsteigerung nur als Nachspiel vorhergehender Veränderungen vor sich geht und das notwendige Ergebnis ist von vorhergehenden Veränderungen im Umfang der Produktion, der Produktivkraft der Arbeit, des Werts der Arbeit, des Werts des Geldes, der Dauer oder der Intensität der ausgepressten Arbeit, der Fluktuationen der Marktpreise, abhängig von den Fluktuationen von Nachfrage und Zufuhr und bereinstimmend mit den verschiedenen Phasen des industriellen Zyklus – kurz, als Abwehraktion der Arbeit gegen die vorhergehende Aktion des Kapitals. Indem ihr das Ringen um eine Lohnsteigerung unabhängig von allen diesen Umständen nehmt, indem ihr nur auf

die Lohnänderungen achtet und alle andern Veränderungen, aus denen sie hervorgehn, außer acht lasst, geht ihr von einer falschen Voraussetzung aus, um zu falschen Schlussfolgerungen zu kommen.“ (Karl Marx: [Lohn, Preis und Profit](#), 1865, MEW Bd. 16, s. 103ff)

Darüber hinaus übersieht Furman, dass die Auswirkungen höherer Löhne oder höherer Materialkosten auf die Preise durch niedrigere Profite aufgefangen werden können. Bei einer gegebenen Wertgröße gilt: Steigen die Löhne, können die Profite fallen; fallen die Löhne, können die Profite steigen, während die Preise unverändert bleiben.

Marx formuliert diesen Zusammenhang in Lohn, Preis und Profit folgendermaßen: „Da Kapitalist und Arbeiter nur diesen begrenzten Wert zu teilen haben, d.h. den durch die Gesamtarbeit des Arbeiters gemessenen Wert, so wird, je mehr der eine erhält, desto weniger der andre erhalten und umgekehrt. Sobald eine Quantität gegeben ist, wird ein Teil davon zunehmen, wie umgekehrt der andre abnimmt. Ändert sich der Arbeitslohn, so wird sich der Profit in entgegengesetzter Richtung ändern. Fällt der Arbeitslohn, so wird der Profit steigen; und steigt der Arbeitslohn, so wird der Profit fallen.“

Furmans Argument setzt dagegen voraus, dass die Profitabilität „um jeden Preis“ aufrechterhalten werden müsse.

Eine [Studie des Internationalen Währungsfonds](#) aus dem Jahr 2022 untersuchte diese Frage anhand einer länderübergreifenden Datenbank früherer Inflationsperioden in entwickelten Volkswirtschaften, die bis in die 1960er Jahre zurückreicht. Sie kam zu folgendem Ergebnis:

„Lohn-Preis-Spiralen, zumindest wenn man sie als eine anhaltende Beschleunigung von Preisen und Löhnen definiert, sind in den jüngeren historischen Daten nur schwer zu finden. Von den 79 seit den 1960-er Jahren ermittelten Episoden mit

sich beschleunigenden Preisen und Löhnen wies nur eine Minderheit nach acht Quartalen eine weitere Beschleunigung auf. Noch schwieriger ist es, eine anhaltende Beschleunigung von Löhnen und Preisen in Situationen zu finden, die der heutigen ähneln und in denen die Reallöhne deutlich gefallen sind.

In diesen Fällen tendierten die Nominallohne dazu, gegenüber der Inflation aufzuholen, um die Reallohnverluste teilweise auszugleichen; anschließend stabilisierten sich die Wachstumsraten auf einem höheren Niveau als vor der ursprünglichen Beschleunigung. Das Lohnwachstum entsprach schließlich der beobachteten Inflation und der Anspannung auf dem Arbeitsmarkt. Dieser Mechanismus scheint nicht zu einer anhaltenden Beschleunigungsdynamik geführt zu haben, die als Lohn-Preis-Spirale bezeichnet werden könnte.“

In Inflationsperioden versuchen die Löhne also lediglich, den bereits gestiegenen Preisen zu folgen. Aber selbst dann führen Lohnerhöhungen nicht zu einer „Lohn-Preis-Spirale“. Das entspricht im Wesentlichen der Position, die Marx bereits 1865 vertrat.

Eine Variante der keynesianischen Auffassung ist die Theorie der nachfrageinduzierten Inflation ([demand-pull inflation](#)). Ihr zufolge entsteht Inflationsdruck durch eine positive „Produktionslücke“ (output gap), bei der das tatsächliche Bruttoinlandsprodukt das „Produktionspotenzial“ (potential GDP) übersteigt. Dieses Produktionspotenzial wird als die Wirtschaftsleistung bei vollständiger Auslastung der Produktionskapazitäten einschließlich Vollbeschäftigung definiert.

Inflation entsteht nach dieser Auffassung also durch eine „übermäßige Nachfrage“ innerhalb einer Volkswirtschaft, das heißt durch eine Nachfrage, die über die vorhandenen Angebots- und Produktionskapazitäten hinausgeht.

Diese „übermäßige Nachfrage“ könnte beispielsweise durch eine expansive staatliche Fiskalpolitik oder – bei Vollbeschäftigung – durch rasch steigende Löhne verursacht werden. Verstärkt werden könnte dies durch einen Rückgang des „Produktionspotenzials“, etwa infolge von Störungen der Lieferketten oder von Energiepreisschocks.

Welche empirischen Belege gibt es für diese Theorie der „übermäßigen Nachfrage“?

Keynesianer verweisen auf einen angeblichen Zielkonflikt (trade-off) zwischen Veränderungen der Löhne und der Preise beziehungsweise zwischen Veränderungen der Arbeitslosigkeit und der Preise. Im ersten Fall müsste eine positive Korrelation bestehen, im zweiten eine negative.

Grafisch dargestellt würde dieser Zusammenhang die Form einer Kurve annehmen. Dies wurde erstmals 1958 von A. W. Phillips mit der später nach ihm benannten sogenannten [Phillips-Kurve](#) formuliert.

Die empirischen Daten für die US-Wirtschaft der Nachkriegszeit zeigen jedoch, dass die Phillips-Beziehung keineswegs die Form einer ausgeprägten Kurve – und damit eines entsprechenden Zielkonflikts – aufweist. Vielmehr verläuft sie weitgehend flach.

Hier ist unsere eigene Berechnung für die USA.

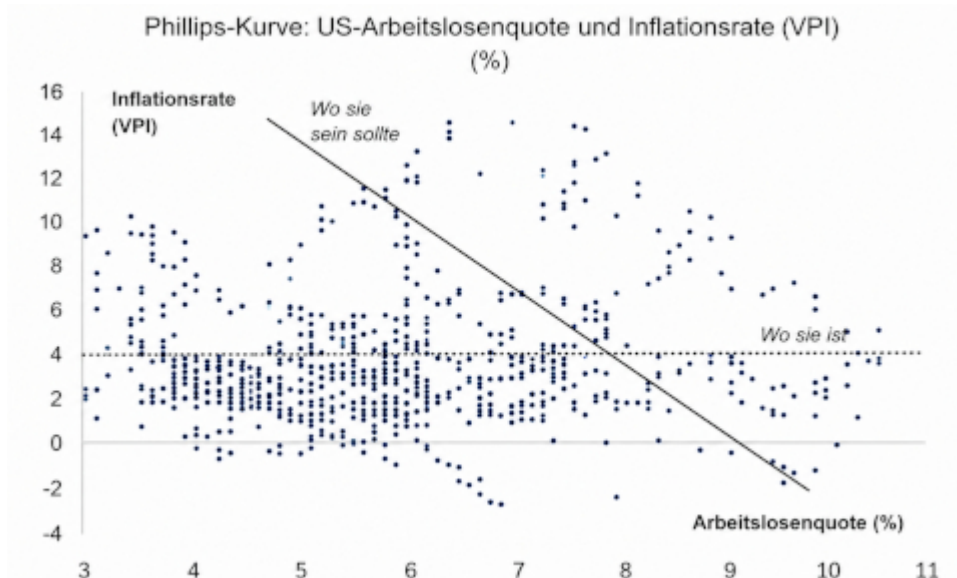


Abbildung 2. Quelle: [FRED](#), Michael Robert's Berechnungen

Auch andere empirische Untersuchungen zeigen, dass die Phillips-Kurve weitgehend flach verläuft. Mit anderen Worten: **Es besteht keine negative Korrelation zwischen Löhnen beziehungsweise Preisen und Arbeitslosigkeit.**

[Mary Daly](#), Präsidentin der Federal Reserve Bank of San Francisco, kam zu dem Schluss: „Der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation ist inzwischen nur noch sehr schwer auszumachen.“

Der Ökonom [Claudio Borio](#) von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) stimmt dem zu: „Die Reaktion der Inflation auf ein Maß für die Unterauslastung des Arbeitsmarktes hat tendenziell abgenommen und ist inzwischen statistisch nicht mehr von null zu unterscheiden.“

In jüngerer Zeit kam er zu dem Ergebnis: „Die Inflation hat sich als unerwartet wenig empfindlich gegenüber einer Unterauslastung der Wirtschaft erwiesen – die Phillips-Kurve verläuft sehr flach.“ (Borio 2021)

Auch der damalige Vorsitzende der US-Notenbank, [Jerome „Jay“ Powell](#), räumte 2021 das Problem ein: „Es gab eine Zeit, in der ein enger Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation bestand. Diese Zeit ist lange vorbei.“

Zu diesem unbequemen Ergebnis waren bereits zuvor zwei prominente Vertreter der herrschenden Wirtschaftswissenschaft gelangt. [Robert Solow](#) (2018) bemerkte: „Die Steigung der Phillips-Kurve selbst ist seit den 1980er Jahren immer flacher geworden und inzwischen nur noch sehr gering.“

[Robert Gordon](#) (2018) kam zu einem ähnlichen Schluss: „Die kurzfristige Beziehung zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit ist flacher geworden.“

Warum also halten Ökonomen und Zentralbanker weiterhin an einer Theorie fest, für die es kaum empirische Belege gibt?

[Gavyn Davies](#), Keynesianer und ehemaliger Chefökonom von Goldman Sachs, erklärte 2017: „Ohne die Phillips-Kurve erscheint der gesamte komplizierte theoretische Apparat, auf dem die Politik der Zentralbanken beruht, plötzlich äußerst wackelig. Aus diesem Grund werden die politischen Entscheidungsträger die Phillips-Kurve nicht ohne Weiteres aufgeben.“

Doch eine Theorie wird nicht dadurch weniger wackelig, dass man die empirischen Befunde ignoriert, die gegen sie sprechen.

Die dritte vorherrschende Inflationstheorie ist noch schwächer. Sie wird vor allem von Zentralbanken und internationalen Institutionen vertreten. Es handelt sich um die Erwartungstheorie der Inflation.

Nach dieser Theorie wird Inflation durch die Erwartungen der Wirtschaftssubjekte verursacht. Steigen die Preise, dann steigen auch die Erwartungen der Verbraucher hinsichtlich künftiger Preissteigerungen, was wiederum zu einer Beschleunigung der Inflation führen soll.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) formuliert es folgendermaßen: „Es ist möglich, dass Veränderungen der gegenwärtigen und der erwarteten Inflation gleichermaßen durch veränderte Erwartungen über den zukünftigen Zustand der

Wirtschaft verursacht werden. Wenn Unternehmen und Haushalte beispielsweise erwarten, dass sich die Wirtschaft in naher Zukunft in einer Rezession befinden und die Inflation niedriger als heute sein wird, werden sie bereits jetzt damit beginnen, ihre Konsum- und Investitionsausgaben zu reduzieren, wodurch bereits heute ein Abwärtsdruck auf die Inflation entsteht.“

Doch die Erwartung der Verbraucher beziehungsweise der privaten Haushalte, dass die Inflation steigen wird, liefert noch keine Theorie darüber, warum die Preise überhaupt zu steigen beginnen.

Der Ökonom [Jeremy Rudd](#) von der Federal Reserve weist darauf hin: „Wenig überraschend deuten die wenigen uns vorliegenden Belege darauf hin, dass Unternehmen Prognosen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, einschließlich der Inflation, nur wenig Beachtung schenken.“

Wenn die Inflation über einen längeren Zeitraum zurückgeht, werden Haushalte und Unternehmen – wenig überraschend – ebenfalls erwarten, dass die Inflation weiter zurückgeht. Daher bestehe „eine auffällige langfristige Korrelation zwischen einer Schätzung des langfristigen stochastischen Trends der Inflation und den in Umfragen ermittelten langfristigen Inflationserwartungen““.

Die nachstehende Grafik verdeutlicht diesen Zusammenhang: Wenn sich die Inflation abschwächt, folgen auch die Erwartungen beziehungsweise Prognosen einer nachlassenden Inflation.

Die Erwartungen folgen also der tatsächlichen Inflationsrate – und nicht umgekehrt.

2. Langfristige Inflationserwartungen und langfristiger Trend der Inflation

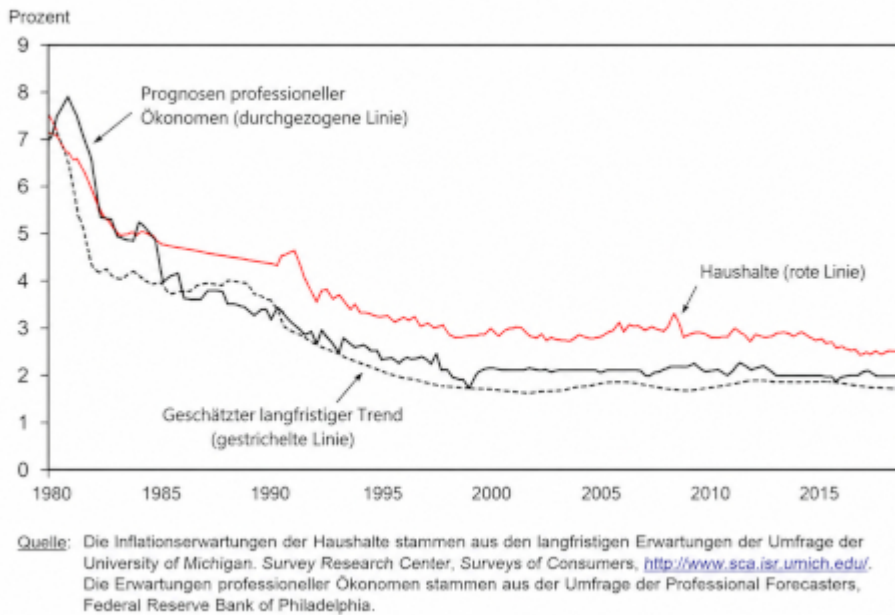


Abbildung 2. Quelle: [FRED](#), Michael Robert's Berechnungen

Rudd kommt zu folgendem Schluss: „Ökonomen und wirtschaftspolitische Entscheidungsträger sind der Auffassung, dass die Erwartungen von Haushalten und Unternehmen hinsichtlich der künftigen Inflation eine entscheidende Determinante der tatsächlichen Inflation darstellen. Eine Untersuchung der einschlägigen theoretischen und empirischen Literatur legt jedoch nahe, dass diese Auffassung auf äußerst unsicheren Grundlagen beruht. Es lässt sich sogar argumentieren, dass ein unkritisches Festhalten daran leicht zu schwerwiegenden wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen führen könnte.“

Die Zentralbanken sollten sich das zu Herzen nehmen.

Damit haben wir drei vorherrschende Inflationstheorien: den Monetarismus, die keynesianischen Theorien der kostendruckinduzierten Inflation und der „Übernachfrage“ sowie die Theorie der Inflationserwartungen. **Keine dieser Theorien ist überzeugend oder wird durch die empirischen Befunde bestätigt.**

Kein Wunder also, dass die herrschende Wirtschaftswissenschaft über „keine allgemeine Theorie der Inflation“ verfügt.

Im nächsten Teil werde ich mich mit heterodoxen und anderen marxistischen Theorien über die Ursachen der Inflation befassen.

Selbstkritische und bewusste KI



Version Gemini – das Wasserzeichen wurde nach einigem Gemeckere von ChatGPT entfernt.

Ich habe versucht, ein [eingescanntes Dia](#) mit Hilfe der KI zu verbessern. Das ist gar nicht so einfach.

Das Foto ist am 19.09.1979 vom [Empire State Building](#) in Richtung World Trade Center 1979 gemacht worden. Kannst du andere Gebäude identifizieren?

ChatGPT: Ja. Wenn die Aufnahme 1979 vom Empire State Building nach Süden in Richtung Lower Manhattan gemacht wurde, lassen sich anhand der Straßenachsen und der damaligen Skyline einige Gebäude recht gut bestimmen. Bei einzelnen Gebäuden würde ich

wegen der Dunkelheit allerdings nur von einer wahrscheinlichen Identifikation sprechen.

Am auffälligsten sind:

► **World Trade Center – Twin Towers** : natürlich die beiden großen Türme ungefähr in der Bildmitte. Der Nordturm (1 WTC) trug seit 1978 die große Antenne. Das ist ein sehr guter Orientierungspunkt. In deinem Originalfoto sind tatsächlich beide Türme zu erkennen; bei den KI-Restaurierungen ist ihre Form leider teilweise verfälscht worden.

► **Flatiron Building** : ziemlich sicher im unteren Bereich des Fotos, etwas links der Bildmitte. Vom Empire State Building schaut man praktisch entlang Broadway auf das markante dreieckige Gebäude an der 23rd Street. Aus dieser hohen Perspektive fällt besonders der keilförmige Grundriss auf.

► **Metropolitan Life Insurance Company Tower (Met Life Tower)** am Madison Square: der historische Uhrenturm an der Madison Avenue/23rd Street müsste ebenfalls in diesem Bereich liegen. Nachts ist seine Silhouette im Original allerdings nur schwer vom Umfeld zu trennen.

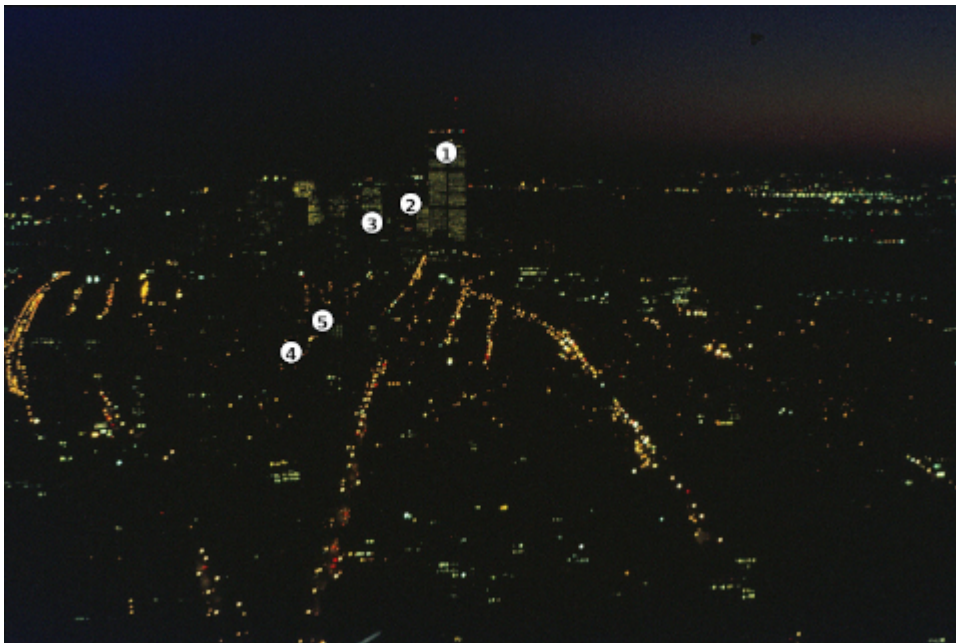
► **New York Life Building** an Madison Avenue/26th Street: sehr nahe am Empire State Building und deshalb weit unten beziehungsweise teilweise außerhalb des Bildausschnitts. Charakteristisch wäre der pyramidenförmige vergoldete Dachaufbau.

► **Woolworth Building** : unmittelbar nördlich des World Trade Centers. 1979 war der neugotische Turm noch ein auffälliger Bestandteil der Lower-Manhattan-Silhouette. Auf deinem Foto dürfte er als deutlich niedrigerer Turm links bzw. leicht links vor den Twin Towers liegen.

► **Municipal Building** bei der Brooklyn Bridge: ebenfalls links/nordöstlich des World Trade Centers. Wegen der Entfernung ist eine eindeutige Trennung vom Woolworth Building auf dieser Aufnahme schwierig.

Interessant sind außerdem die hellen Straßenlinien. Die breite, geschwungene Verkehrsachse ganz links dürfte im Wesentlichen den Bereich Broadway/Fifth Avenue beziehungsweise deren südliche Fortsetzungen zeigen. Die ziemlich gerade, stark beleuchtete Achse, die auf Lower Manhattan zuläuft, hilft dabei, Madison Square und das Flatiron Building zu lokalisieren.

Ein wichtiger Punkt: Für die Gebäudeidentifikation sollten wir dein ursprüngliches Foto von 1979 verwenden und nicht die von KI restaurierten Fassungen. Die KI hat zusätzliche Gebäude und Fassadendetails erfunden und insbesondere die Gestalt der Twin Towers verändert.



ChatGPT, 2. Versuch: Ich habe bewusst das Originalfoto von 1979 verwendet und nicht die KI-restaurierte Version.

Legende:

- **World Trade Center – Twin Towers** – eindeutig. Der Nordturm trägt die Antenne.
- **Woolworth Building** – sehr wahrscheinlich; der neugotische Hochhausturm nördlich des WTC.
- **Civic-Center-Bereich / Manhattan Municipal Building** – wahrscheinliche Position; wegen Dunkelheit und Entfernung nicht völlig sicher.

- **Flatiron Building / Madison Square** – Position des markanten Dreiecksgebäudes im Verlauf des Broadway.
- **Metropolitan Life Insurance Company Tower (Met Life Tower)** – Bereich Madison Square/23rd Street.

Die Nummer 1 ist sicher. Bei 2–5 würde ich die Identifikation gern noch anhand einer Manhattan-Skyline bzw. eines Stadtplans von 1979 und der exakten Blickachse vom Empire State Building überprüfen.



Version ChatGPT, 1. Versuch – das Foto ist völlig unbrauchbar

Addendum zur APW



Aus [Erich Pilz](#): Zur neuesten Debatte über die Asiatische Produktionsweise in der Volksrepublik China, 1982:

Marx hat nicht primär historisch gearbeitet, seine Methode muß man eine „historisch-logische Methode“ nennen. Wer daher Marx rein historisch interpretiert, muß ihn notgedrungen mißverstehen. In Entsprechung zu dieser Feststellung dürfen Kategorien, die an einer bestimmten Stelle eine rein historische Abfolge anzudeuten scheinen, auch in solchen Zusammenhängen nicht rein historisch verstanden werden. Als Beispiel wird der oft zitierte Satz aus dem Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie genommen:

In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformationen bezeichnet werden. (Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie, S. 6f. Digitale Bibliothek Band 11: Marx/Engels, S. 2898f (vgl. MEW Bd. 13, [S. 9f.](#))

Dieser Satz läßt für sich allein genommen die Interpretation der zeitlichen Abfolge dieser Produktionsweisen zu. Da wir aber wissen, daß für Marx die Ausgangsposition seiner Überlegungen nicht die reale Entwicklungsgeschichte der Gesellschaft war (er ließ diese allerdings keineswegs außer

acht), sondern die politische Ökonomie, und daß in seiner Arbeit die Abstraktion dieser Kategorien als Gegenpole zur bürgerlichen Gesellschaft eine bedeutende Rolle spielte, muß diese methodische Grundposition auch bei der Interpretation dieses Satzes zum Tragen kommen. Man verfällt ja sonst in die fatale Gleichsetzung von Sklavensystem und Sklavengesellschaft: Das erstere existierte in Amerika bis 1850, bei manchen Stämmen in China bis 1949, das letztere ist eine logisch-abstrakte Kategorie, deren Konkretisierung in der Geschichte nachzuweisen äußerst umfangreiche und komplexe Forschungen voraussetzt.*

(...) Die [...] aufgezählten Produktionsweisen sind also logische Abstraktionen, reine Wirtschaftsformen und deren logische Reihung, erarbeitet beim Studium der politischen Ökonomie. Wer so eine Produktionsweise mit einer Periode der Gesellschaftsentwicklung gleichsetzt, der wird den methodischen Voraussetzungen bei Marx (logische Methode versus historische Methode) absolut nicht gerecht.⁵⁰ Damit bedeutet die APW bei Marx die im Prozeß der gesellschaftlichen Produktion als erste auftretende antagonistische Wirtschaftsform, deren Auftreten ein Zeichen für den Prozeß der Auflösung des urwüchsigen Gemeineigentums hin zum Privateigentum darstellt. Der Kapitalismus als letzte antagonistische Form schafft die materielle Voraussetzung für diesen Antagonismus. Die APW ist also ein aus der konkreten Geschichte abstrahiertes ökonomisches Universale (chouxiang chulai de jingji yiban).“ **

* Qi Qingfu: „Yaxiya shengchan fangshi“ zhi de shi yuanshi shehui ma? – yu Zhi Chun / Xue Sheng tongzhi shangque (Handelt es sich bei der „Asiatischen Produktionsweise“ um die Urgesellschaft? – eine Diskussion mit Zhi Chun und Xue Sheng), in: [Shijie lishi](#) 1980.1:55–64

** Zhang Yaqin / Bai Jinfu: Yaxiya shengchan fangshi wenti de zhengjiedian zai nali? (Wo liegt die eigentliche Schwierigkeit

des Problems der Asiatischen Produktionsweise?), in: Shijie lishi 1981.4:29–35.

Unter Fröschen, Treppen steigend



Das [grüne Gehäuse](#) neben dem Türschloss nennt man im

Sicherheitsgewerbe „Frosch“.

Im Fachjargon (der schon von der KI und von mir geglättet wurde): Die Türklinke wird in der Verschlussstellung überwacht. Im Notfall kann die Tür mit nur einem Handgriff geöffnet werden. Durch das Herunterdrücken der Türklinke wird der EH-Türwächter nach unten verschoben. Die Tür kann dann geöffnet werden. Bei einer Notöffnung ertönt ein Dauersignal. Der Alarm kann nur von berechtigten Personen mithilfe des Geräteschlüssels deaktiviert werden. Berechtigte Personen können die Tür alarmfrei öffnen, indem sie das Türschloss bzw. die Schlossfalle mit dem Schlüssel betätigen, ohne dabei die Türklinke zu benutzen.

Jetzt noch dazu denken: 36 Monitore in der Sicherheitszentrale, 1600 Schlüssel, sieben Etagen, zehn Treppenhäuser, ein mehr als ein Jahrhundert altes Gebäude, das ununterbrochen umgebaut und erweitert wurde und wird und bei dem es passieren kann, dass man plötzlich vor einer Mauer steht, wo im Bauplan noch eine Tür ist.

Und rund 40 Kontrollpunkte ([Deisterpunkte](#)), die mit einem [PdA](#) gescannt werden müssen – heute ein Smartphone mit [entsprechender Software](#) (Beispiel).

Wenn man zügig geht und sich nicht verläuft und alles sofort findet, dauert das eine gute Stunde. Zwei Mal in zwölf Stunden. Wer nicht fit ist, braucht mehr, weil man mindestens fünf Mal vom Erdgeschoss ins zweite Obergeschoss oder gar ins Dachgeschoss steigen muss. Sicherheitsmitarbeiter dürfen im Dienst Aufzüge nicht benutzen, weil es suboptimal wäre, falls derjenige, der im Falle des Falles Leute aus einem steckengebliebenen Aufzug retten soll, selbst befreit werden müsste.

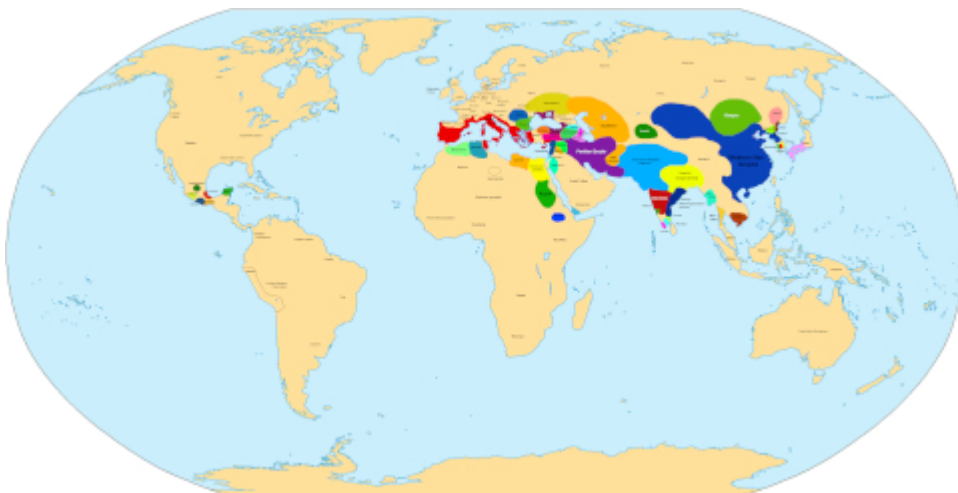
Man sollte auch nicht versehentlich einen Alarm auslösen bei den unzähligen [scharf geschalteten Türen](#), die man jedes Mal „händisch“ unscharf schalten muss. Das bedeutet: Man steckt

für eine Tür zwei Mal den richtigen Schlüssel in das richtige Loch und hat dann nur wenige Sekunden, um die schwere Tür zu öffnen und hineinzugehen. Manche Türen, die ein Jahrhundert auf dem Buckel haben, geben sich störrisch und tun nicht sofort das, was der Schlüssel ihnen befiehlt, sondern wollen, dass man sie zusätzlich schiebt und/oder stößt, weil sie vielleicht das moderne nachträglich montierte Alarmzeugs abschütteln wollen. Manche Türen müssen zusätzlich noch abgeschlossen werden, manche dürfen nicht, weil Fluchtweg.

Es könnte auch eine von mehreren Kältemaschinen im Keller ausfallen, Dampf austreten und einen Feueralarm auslösen, so dass das gesamte Gebäude evakuiert werden muss.

Ich hatte gar nicht vor, das Sicherheitsgewerbe an einem sonnigen Sonntag zu beschreiben...

Miszellen zu Garamanten, Nabatäern, Makkabäern und Chandragupta Maurya



Die Welt um 100 vor unserer Zeitrechnung aka v. Chr.

Das Publikum ist an diesem Thema schuld. Es begann mit den Tuareg, und ich kam von von [Höcksken auf Stöcksken](#), da ich große Wissenslücken meinerseits feststellte, je mehr ich suchte. (Jemand wies mich übrigens auf Frutzenbuch darauf hin, dass der Singular von [Tuareg Targi](#) sei.)

Die bis heute weit verbreitete arabische Volksetymologie: Tawariq (Einzahl: Tarqi), ‚das von Gott verlassene Volk‘, dient dazu, eine arabische Überlegenheit über die Tuareg auszudrücken. Grund dafür sind die liberalen religiösen Auffassungen der Tuareg, die von Vertretern einer strengen muslimischen Doktrin als verwerflich angesehen werden.

Der Name Tuareg hat sich seit der Kolonialzeit im deutschen, frankophonen und angloamerikanischen Sprachraum eingebürgert. Die Tuareg selbst bezeichnen sich nicht mit diesem Namen.

Die Tuareg sollen Nachkommen der [altberberischen Garamanten](#) sein. Wer weiß, was das ist? Bitte um Handzeichen! (By the way: Die Araber sind die Kolonisatoren Nordafrikas, die Berber die Indigenen.)

Und ist das so wichtig wie eine Mesh-Statue für Secondlife herstellen zu können? (Um einer zu erwartenden spöttischen Bemerkung des Fachpublikums zuvorzukommen: Die Antwort auf die Frage, warum „der“ das mache, lautet ähnlich wie die Antwort Julius Caesars auf die Frage, warum man eine Pontonbrücke über den Rhein baue und die dann wieder abreiße: „Weil wir es können.“)

Der weltgeschichtliche Horizont hilft (mir, sonst interessiert das eh niemanden) weiter (vgl. Karte oben). Vergesst alle Namen von Herrschern, Warlords und Daten von Schlachten. Muss man nicht wissen. Aber: Werft einen Blick auf die Produktionsverhältnisse. Der Homo sapiens hatte ab 10.000 vor Christus die Optionen:

► **Agrargesellschaft mit Warlords**, also eine Klassengesellschaft *under construction*. Das gilt für den

gesamten fruchtbaren Halbmond und den [Mittelmeerraum](#) seit spätestens [Göbekli Tepe](#).

► **Reitervölker** wie die [hier](#) schon lobend erwähnten [Massageten](#) und andere Nomaden.

► **„Asiatische“ Produktionsweise**, auch in Asien und Amerika: Wenn die Ökonomie es verlangt, entwickelt sich Herrschaft aus der Notwendigkeit, kollektives Wirtschaften zu organisieren, lehrbuchmäßig in der Hochkultur Ägyptens sowie in China, wo es darum ging, die Flüsse zu bändigen, um Landwirtschaft zu ermöglichen.



[Petra](#), die bedeutendste Stadt der Nabatäer, im heutigen Jordanien

Eine sich entwickelnde Klassengesellschaft schafft sich durch die Kontrolle wichtiger Handelsrouten große Vorteile; das gilt für die Garamanten in Afrika, die den Transsaharahandel beherrschten als auch für die [Nabatäer](#) im Vorderen Orient. Um den Blickwinkel zu weiten: In einer vergleichbaren Situation waren die [Chibchas](#) im heutigen Kolumbien (Salz, Koka, Smaragde).

Exkurs: Die orthodoxe „marxistische“ Geschichtswissenschaft kannte nach der „Urgesellschaft“ nur noch diejenigen Klassengesellschaften, die auf der Arbeit von Sklaven fußte

– oder, [wie in Nord- und Zentralafrika](#), auch auf dem Handel mit Sklaven.

„In der neueren marxistischen Diskussion wird davon ausgegangen, dass sich Gesellschaften mit asiatischer Produktionsweise direkt aus der Urgesellschaft entwickelt haben. Sie sind universell verbreitet. Dagegen haben sich Sklavenhaltergesellschaften und feudale Gesellschaften nur in wenigen Regionen der Erde und unter ganz spezifischen Bedingungen entwickelt.“ (Wikipedia)

Letztere These ist nicht richtig (unter Vorbehalt): Es gibt *keine* Klassengesellschaft, die sich direkt aus tribalistisch organisierter Subsistenzwirtschaft entwickelte, die *ohne* Sklavenarbeit auskommt. Durch den zeitlichen Vorsprung Nordwesteuropas zur Entwicklung des Kapitalismus konnte dessen kolonialistische Form daher damit brüsten, in den „unterentwickelten“ Regionen der Welt die Sklaverei abgeschafft zu haben.

Wegen der Ökologie sind Nomaden in ganz Mittel- und Südamerika die große Ausnahme, vor allem auch, weil es weder Kamele noch Pferde gab. In Zentral- und Südasien war die Agrargesellschaft die vorherrschende Option (Reis statt Getreide), und die jeweilige herrschenden Klassen musste räuberische Reitervölker aus der „Nachbarschaft“ vor allem im Norden abwehren.

Die [Seevölkern](#) in der späten Bronzezeit verkörpern ökonomisch entweder Nomaden auf dem Wasser oder expandierende agrarische Subsistenzwirtschaften, die durch Raubzüge eine Art [ursprüngliche Akkumulation](#) forcieren (wie später die Spanier mit dem Silber Südamerikas).

► **Agrargesellschaft als Republik mit Sklaven:** Griechenland und das alte Rom scheinen mir eine historische Ausnahme zu sein. Mir ist kein vergleichbares Herrschaftsmodell aus Asien oder Afrika bekannt.



Karte der Nachfolgestaaten der [Diadochen](#) im Jahr 188 v. Chr. Bis 167 v. Chr., dem Beginn des Aufstands der Makkabäer, war das [antigonidische Makedonienreich](#) größtenteils von der Römischen Republik erobert worden. Das Königreich Pergamon, direkt an der Grenze zum Seleukidenreich gelegen, war ein enger Verbündeter Roms. Rhodos wurde 164 v. Chr. ein ständiger Verbündeter der Römer.

Was ich eigentlich sagen wollte: Die obige Karte macht es einem leichter, ein halbes Jahrtausend Weltgeschichte in wenigen Sätzen zusammenzufassen dergestalt, dass man sich das Wesentliche merken kann.

Antikes Griechenland. Alexander der Große marschiert mit seinem Heer über [Baktrien](#) fast [fast Indien](#) und gründet Nikaia, eine Stadt am linken Ufer des Hydaspes, des heutigen [Jhelum](#) im [Punjab](#) in Pakistan. Seine Nachfolger gründen das [Seleukidenreich](#).

Das wird nach und nach vom Römischen Reich erobert und geschluckt. Jetzt sind wir schon in historisch bekannten Gefilden. Im Süden – von Ägypten aus – herrschen die [Ptolemäer](#), ebenfalls Nachfolger des alexandrinischen Herrschaftsgebiets (vgl. Karte oben). Auch das Reich der Ptolemäer wird nach und nach vom Römischen Reich eingenommen.

Pointe: Genau dazwischen (geografisch) liegt [das heutige Israel](#), das damals gar keinen säkularen Herrscher hatte.

Die Makkabäer, hebräisch מַכַּבִּים Makkabbīm, altgriechisch Μακκαβαῖοι Makkabaioi, waren die Anführer eines jüdischen Aufstandes gegen das Seleukidenreich und die von diesem unterstützten einheimischen Gruppierungen. Sie begründeten nach ihrem Sieg das königliche und hohepriesterliche Geschlecht der [Hasmonäer](#) und erkämpften sich für ein Jahrhundert (165 v. Chr. bis 63 v. Chr.) eine Erbherrschaft über die Juden. Das jüdische [Chanukka-Fest](#) geht auf die damaligen Ereignisse zurück.

Es ist umstritten, dass der Aufstand im so genannten Palästina primär gegen die Seleukiden ging. Viel wahrscheinlicher ist es, dass es sich um einen Klassenkampf handelte zwischen den herrschenden religiösen Funktionären und sozialen Aufsteigern. Letztlich darum, wer [die Steuern und das Geld](#) bekam.

Die Makkabäer revoltierten gegen die Hellenisierung Judäas durch mit dem seleukidischen Herrscher [Antiochos IV. Epiphanes](#) verbündete Juden und die vom König befohlene Plünderung des Tempelschatzes in Jerusalem im Jahr 167 v. Chr. ([1 Makk 1,20–25](#)). Problematisch ist die Quellenlage, die die Ereignisse ausschließlich aus Sicht der späteren Sieger schildert und die innerjüdischen Konflikte herunterspielt.

Uns fehlen noch die Inder.

Zur Zeit des Alexanderreiches bereiste der Geschichtsschreiber und Geograph [Megasthenes](#) Indien. „Die Forschung geht in der Regel davon aus, dass Megasthenes im Auftrag des Seleukidenherrschers [Seleukos I. Nikator](#) unterwegs war. Wenn dies zutrifft, ist die Gesandtschaft nicht vor 305 v. Chr. zu datieren, denn in diesem Jahr kam es zu einem friedlichen Ausgleich zwischen Seleukos und Sandrokottos.“

Letzterer ist [Chandragupta Maurya](#), der Herrscher über das [Maurya-Reich](#), das zeitlich ungefähr parallel zur alten römischen Republik entstand.

Man kann sich fragen, warum das Maurya-Reich nicht eine

ähnliche Entwicklung nahm wie Rom? „Bemerkenswert an Megasthenes Bericht ist die Aussage, dass alles Land dem König gehöre. So müssen die Bauern dem König einen Pachtzins für ihr Land sowie ein Viertel ihres Ertrags an die Staatskasse zahlen.“

Da haben wir die „Asiatische Produktionsweise“ ganz idealtypisch.